

Sezession

Ernst Nolte
Dogma oder Wissen?

Karlheinz Weißmann
Front National

Manfred Kleine-Hartlage
Widerstandsrecht

Heino Bosselmann
Konstante Kapitalismus

Felix Menzel
Der Fall Weidner

49

August 2012
10 EURO
ISSN 1611–5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Institut für Staatspolitik (IfS)

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-Stocker, Ellen Kositza, Götz Kubitschek (verantwortlich), Erik Lehnert und Karlheinz Weißmann.

10. Jahrgang, Heft 49,
August 2012

Sezession erscheint im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Der Preis für das Einzelheft beträgt 10 € zzgl. Versandkosten. Wer *Sezession* für mehr als lesenswert hält, kann ein Förderabonnement (75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das normale Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet 45 €, ermäßigt 30 € (junge Leser in Ausbildung), jeweils inkl. Versand. Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr. Wird das Abonnement nicht bis zum 30. November gekündigt, verlängert es sich um ein weiteres Jahr.

Manuskripte sind stets willkommen und sollten für einen Kurzbeitrag 8 500, für einen Grundlagenbeitrag 14 500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel/Fax: (03 46 32) 9 09 42

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

Postbank Leipzig
BLZ 860 100 90
Kto 913 644 908

ISSN 1611-5910

Salz säen

von Götz Kubitschek

Im Bücherschrank auf dem Rittergut findet sich neben den Übersetzungen der Ilias und der Odyssee von Wolfgang Schadewaldt auch die Aufsatzsammlung *Von Homers Welt und Werk* dieses großen und stilprägenden Altphilologen. Darin ist auch der Text »Die Heimkehr des Odysseus« abgedruckt, den Schadewaldt im Auftrag Peter Suhrkamps im ersten Nachkriegsjahr schrieb. Dieser später weltberühmte Verleger wollte eine sprachlich der besonderen Situation angemessene Übertragung der antiken Ur-Heimkehr in das *Taschenbuch für junge Menschen* aufnehmen, das er 1946 für die Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft herausgab.

Schadewaldt erzählt den schon hundertfach übersetzten Stoff also noch einmal nach – heilend und beruhigend. Er deutet schon im Vorspann den Sinn des Endes aller Irrfahrt: »Heimkehren, wenn die Not der erzwungenen Ferne uns von den Wurzeln unserer Existenz getrennt hat, ist immer eine Art ›Wieder zu sich selbst Kommen‹.« Ich habe diese besondere, auf die Heimkehr der geschlagenen deutschen Soldaten abgestimmte Fassung nun wieder einmal gelesen. Dabei fiel mir auf, was mir zuvor entgangen war: Schadewaldt verzichtete darauf, die an eine Grenze der Selbstachtung stoßende List zu schildern, mit der Odysseus dem Kriegszug nach Troja zu entgehen versucht hatte.

Denn Odysseus wollte nicht in diesen Krieg ziehen. Es war nicht sein Krieg, sondern der des um Helena geprellten Menelaos und wohl auch der solcher Gestalten wie Achill, die den Krieg wie einen Sport betrieben. Odysseus aber war mehr Gutsherr als Heerführer, mehr Gärtner als Soldat und vor allem einer, der im Krieg erst das letzte Mittel, die extremste Form der Machtdemonstration sah.

Was hatten die Griechen vor Troja verloren? Ging es wirklich nur um die ebenso schöne wie eitle Helena, um Weibergezänk? Oder war solche »Frage der Ehre und der Bündnistreue« (die Menschenrechte, der Demokratisierungsprozeß, das Al-Qaida-Versteck, ein Öl-Vorkommen) nur der Mantel um die Absicht, einen erstarkenden Konkurrenten zu vernichten? Wäre in diesem Falle nicht auch ein Ausgleich, eine Vermittlung, ein Abkommen möglich? Odysseus machte sich auf den Weg. Aber seine diplomatische Mission nach Troja scheiterte, und als Agamemnon daraufhin den Heerbann ausrufen ließ, entschloß sich Odysseus zu einem verzweifelten Schritt: Als Menelaos und Palamedes nach Ithaka kamen, um ihn an seinen Beistandsschwur zu erinnern, trafen sie ihn am Strand an, wo er mit einem absurden Gespann aus Ochse und Pferd den Sand pflügte und Salz in die Furchen streute. Bereitwillig gab er Auskunft über seine Tätigkeit, die er während des Gesprächs nicht unterbrach, sondern mit ernster Verrücktheit weiterführte. Er bot den Gästen sein Haus, seine Speisekammer und seinen Weinkeller an, zeigte sich untröstlich darüber, daß er sich nicht auch an die Tafel setzen könnte – sein Experiment dulde keine Unterbrechung und keinen Verzug –, und hoffte dabei inständig, daß die beiden Sendboten der Pflicht ihm sein Spiel abkaufen und ihn im Windschatten der Geschichte gewähren lassen würden. Weiterregieren und sein Land bestellen – das wollte er, und er nahm dafür in Kauf, fortan als Verrückter zu gelten.

Nochmals versuchte man, ein Gespräch anzuknüpfen, aber Odysseus pflügte wie ein Irrer und gab keine Antwort mehr. Menelaos war es, der sich zum Gehen wandte, Palamedes indes, der ihn abwarten hieß. Er ließ sich den Erstgeborenen des Odysseus bringen, Telemachos, und legte das Bündel dorthin, wo der Pflug die nächste Furche umbrechen würde. Odysseus pflügte, erreichte seinen Sohn und hob mit einer blitzschnellen Bewegung die Schar über ihn hinweg. Palamedes begann zu lachen, die Maskerade fiel, das Spiel war verloren. Odysseus verabschiedete sich von seiner Frau, zog in den Krieg und kehrte erst nach zwanzig Jahren wieder zurück – dort anlandend, wo er (sich verweigernd) symbolträchtig das Unfruchtbarste in den schlechtesten Boden gesät hatte: Salz in Sand.

Laut und um den Preis der Selbstbeschädigung hatte Odysseus sein »Ego non« gesprochen. Es war umsonst gewesen, er hatte mittun müssen. Daß er kein Feigling, sondern ein großer Krieger war, bewies er im Kampf und auf seinen Irrfahrten. Sein »Ohne mich!« indes wird in den Heldengesängen der Ilias und der Odyssee nicht besungen. Es ist nur durch einen Zufall nicht verlorengegangen und wird nur selten weitererzählt. Dabei macht erst dieser lange Widerstand gegen den Tod aus Odysseus einen konservativ-revolutionären Helden.

Auf der Kulturschwelle

von Ellen Kositza

So heißt es doch: Der Mann greift aus. Er jagt, er sucht das Weite. Die Frau hingegen: in sich ruhend, ums Eingemachte kreisend, bergend, hütend. Feministinnen haben diese Dichotomie für überholt erklärt, Genderforscher halten solcherlei für kulturell bedingte Relikte, die nichts mit der Mann-Frau-Geschlechtlichkeit zu tun hätten.

Geschlechterfragen sind nun im Kern kein Thema für Hygieniker. Darum mußte einst ein schmutzfreundliches Biest wie die Retro-Feministin Camille Paglia antreten, um festzustellen: Männer werden in der Sexualität wie im Leben stets hinausgetrieben – hinaus über sich selbst, über ihren Körper. Das dynamische Moment werde selbst und gerade beim schnöden Akt des Urinierens deutlich. Männer, so Paglia, schaffen pinkelnd einen hohen Bogen, gleichsam einen kreativen, ja transzendenten Akt. Frauen wässern bloß den Boden unter sich.



Diverse Sozialingenieure haben diesem anatomisch beförderten Sachbestand schon lange abhelfen wollen. Sie schufen den Sitzpinkler und (ja, das gibt es) Stehpinkelhilfen für transzendenzwillige Frauen. Beides, in unterschiedlichem Maße zwar, sind Minderheitenphänomene.

Aber! Da gibt es eine Beobachtung, die – seit noch nicht allzu langer Zeit – massenhaft zu machen ist für den, der längere Strekken über Bundesstraßen oder Autobahnen reist. Objekt ist der austretende Mann. Autotür auf, ein halber Schritt: Wasser marsch! Da steht er und kann nicht anders! Kein sichernder Blick rundum, keine Suche nach Deckung. Man könnte sagen: ein Verlust des Anstands, des Schamgefühls. Oder aber: die rigide, selbstgewählte Verkürzung des Transzendenzbogens. Mann beschränkt seine Kreise. Mann wässert nur den Boden neben den Autoreifen. Ausschreiten: wozu denn? Und wohin bloß? Weiter nach vorn? Ins Überschaubare etwa? Dort wuchern Brennesseln und Disteln, es droht ein kratziger Busch! Motto des animalischen Geschäftsgebarens: Was muß, das muß. So kann man sich auch neutralisieren.

An der Grenze

von Heino Bosselmann

Mit dem Rucksack unterwegs im Dreiländereck Oberlausitz-Schlesien-Böhmen. Von den Gipfeln des kleinen Zittauer Gebirges blickt man nach Tschechien und Polen. An einem Aussichtspunk ist ein Kreuz errichtet. Zwischen seinen Balken steht in deutscher, tschechischer, polnischer Sprache und auf Latein: »Dass alles eins sei …« – Die Netzseite der Stadt Zittau meldet: »Mit dem historischen Schritt der EU-Erweiterung am 01.05.2004 liegt dieses Gebiet im Herzen der Europäischen Union.« Und neben anderen neuen Kultstätten gibt es in Oybin eine Friedenslinde, die anläßlich des Beitritts Polens und Tschechiens zur NATO gepflanzt wurde.

Endlich, endlich sollen alle dort angekommen sein, wohin sie gehörten – in Europa. Selbstverständlich waren sie da schon immer, als sehr bewegtes Terrain der Geschichte. Seit dem Mittelalter gingen die Besitzungen hin und her. Die sich wieder und wieder überschneidenden Herrschaften bereicherten einander zu einer Mannigfaltigkeit, die man der Region noch ansieht. Das alte Europa war gerade hier eines der interferierenden Vielgestaltigkeit, also genau das, was das neue Europa nicht sein will: Alles soll eins sein … – Das betet Jesus nach Johannes 17,21. Es korrespondiert mit dem Gedanken der Mystik: Alles ist eines. Das jedoch meint etwas anderes als nivellierende Vereinheitlichung.



Kein Zweifel: Grenzen, die keine Frontlinien, kaum mehr Demarkationslinien sind, können als Segen gelten. Nur ist die »Europäische Union« keine Bewegung der Völkerverständigung, die es in diesem Dreiländereck tatsächlich schwer hatte, sondern zuerst die Zurichtung eines barrierefreien Marktplatzes. Insofern war der Begriff der EWG ehrlicher. Daß der mittlere Buchstabe verschwand, hat weniger damit zu tun, daß er sich etwa erübrigte, sondern weil er umgekehrt die Hauptsache war, die man so profan nicht herausstellen mochte. Ein anderer Aussichtspunkt heißt »Sudetenblick«. Man sieht in das einst deutschsprachige Gebirgsland Böhmens. Was für ein industrieller und kultureller Reichtum einst. Trotz Grenzen. Ohne Vertreibungen. Im Verschiedenen.

Wach ablösen!

von Martin Lichtmesz

Man müßte einmal einen Bildband für Freunde des schwarzen Humors herausgeben, eine Art »Worst of« der schwachsinnigsten und häßlichsten Kunstwerke im öffentlichen Raum. Material dafür findet sich heute schon in jedem Provinznest. Wozu überhaupt noch Kunst gemacht wird und was der Sinn von Plastiken in der Fußgängerzone sein soll, weiß indessen kein Mensch mehr. Kunstkritik und Kunstpraxis haben sich ins Beliebige aufgelöst. Die Bevorzugung von Formanarchie, Ironie, Miserabilismus und Verweigerungsgeste ist zum unhinterfragten Selbstläufer geworden. Die Gewissenhaftigkeit, mit der sich vor sechzig Jahren ein Hans Sedlmayr um die Frage nach der »Wahrheit« der Kunst bemühte, wirkt auf uns heutige Abgebrühte geradezu rührend. Ein Bild könne etwa nur dann wirklich »schön« genannt werden, wenn es neben dem handwerklichen Können auch »eine Beziehung zur Seinsordnung«, zur Wahrheit, eingehe, wenn also dem Bildgehalt angemessene, adäquate Bildmittel entsprechen. Ein Schinken etwa, der Hitler als edlen Kreuzritter zeigt, wird zu Recht als Propagandakitsch wahrgenommen; mit einem Löwen kann man nicht die Sanftmut oder Feigheit symbolisieren, und mit einer Hure oder einem Misthaufen nicht die Reinheit. Gäbe es das Kriterium der Angemessenheit von Form und Inhalt nicht, würde es logischerweise auch keine ironische, komische, satirische, absurde, »dialektische« oder gar offen »diabolische« Kunst geben.

Vergessen und verschmäht sind die klassischen Aufgaben der Kunst, etwa spielerisch die Sinne zu erfreuen und zu berauschen, dem Erhabenen und Idealen eine Gestalt zu verleihen, den Menschen über das Allzumenschliche und Vergängliche zu erheben. Dagegen ist »Kunst« mittlerweile zum Synonym für Miesmacherei, »Dekonstruktion«, »Gags«, Stümperhaftigkeit und öde Egotrips geworden. Öffentliche Kunst ist heute Teil eines subventionierten Psychokriegs gegen die Refugien der Seele. Die Kunst ist keine seelische Kraftquelle mehr, sie ist zum Feind übergelaufen, der dem Menschen ständig zuflüstert, daß es keinen Gott gebe und er ein miserables, zufälliges Stück Zellmaterie sei. Sein Bedürfnis nach dem Schönen, Monumentalen und Idealen ist von der Werbung kanalisiert worden, denn als Konsumanreiz sind diese Dinge gerade noch gut genug. Der Alltag der Menschen ist indessen nicht weniger langweilig, mühsam und deprimierend als früher; sie selber sind nicht schöner, gesünder, vollkommener, moralischer, unsterblicher geworden. Hätten sie nicht die Fähigkeit, abzustumpfen und abzuschalten, sie müßten sich nach jeder Fahrt in einer überfüllten, verdreckten U-Bahn die Köpfe einschlagen. Je feinfühliger ein Mensch ist, um so mehr muß er sich gegen die ubiquitären Attacken abgrenzen: Jede Häßlichkeit, jede Dummheit, jede Gemeinheit nagt an seiner Seele und Lebenskraft, zermürbt seinen mentalen Schutzschild.

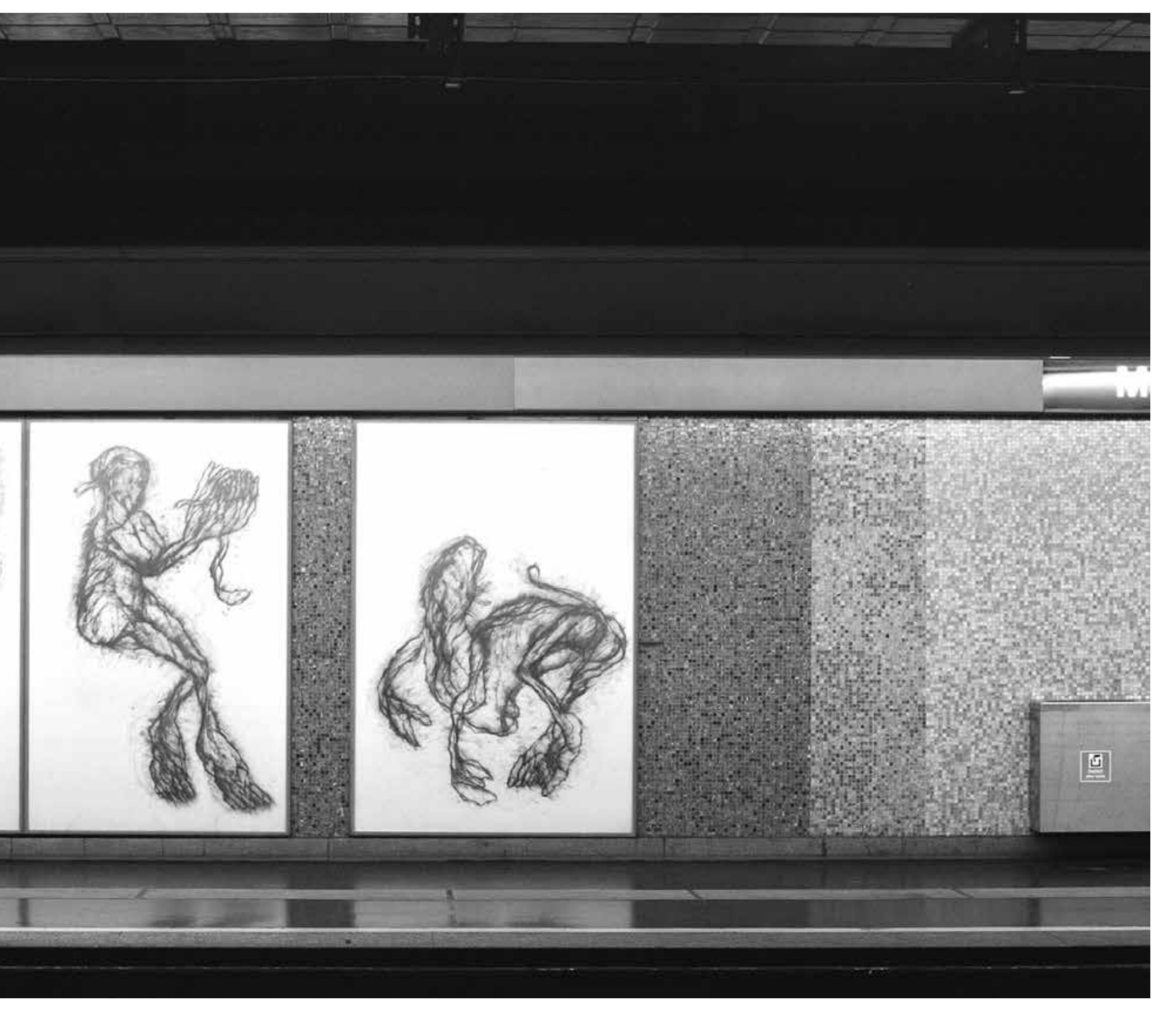
Ich stelle mir nun all die müden und mürrischen Arbeitnehmer vor, die frühmorgens mit der Wiener U-Bahn zur Arbeit fahren und



spätabends wieder zurückkehren, gereizt und erschöpft, um sich dann in der Station »Museumsquartier« von den dort ausgehangenen Bleistiftzeichnungen des Rudi Wach (geb. 1934) belästigen lassen zu müssen.

Aus der Presseaussendung der Wiener Linien: »Die 18 spannungsgeladenen überlebensgroßen Zeichnungen weisen bereits auf die Einzigartigkeit dieses Ortes hin. Auch für den durchfahrenden Fahrgast wird sofort klar, daß er sich hier in einem Brennpunkt der Kunst befindet, dem er sich nicht entziehen kann.« Das klingt nicht umsonst wie eine Drohung. Die Bilder zeigen gekrümmte, düsterschwarze Lemurengestalten mit klobigen, augen- und gesichtslosen Schädeln auf halslosen, wulstigwelken Kartoffelwurstkörpern, mit gebrechlichen, verdrehten, skelettdünnen Gliedmaßen und riesigen, viehischen Klauenhänden und -füßen. All dies ist von solch ätzender, ausgesuchter, durchtriebener Scheußlichkeit, daß es beinah schon boshaft wirkt. Die Figuren zeigen keine Spur von Vitalität: sie sind reine Kopfgeburten, mausetot, Gespenster, die um ihre eigene Leere kreisen. Wollte Wach mit diesem Gruselkabinett Angst, Dämonie, Entfremdung darstellen, wie Kubin, Bacon oder Giger? Weit gefehlt! Der Künstler selbst will damit nach eigener Aussage dem »Wesen des Menschen Gestalt geben«, der Zyklus nennt sich »Lauf der Geschöpfe« und ist als eine Art mystische Lobpreisung der Schöpfung und »Energiefeld der Kunst« gedacht: »Nichts ist so vielfältig und einzigartig wie das Lebendige.«

Das kann man von seiner monotonen Folge blutleerer Figuren nicht gerade sagen. Der »Sterbende« etwa sieht nahezu identisch aus wie der »Tanzende«, der »Gabenbringende«, die »Verführende«, die »Bewußtwerdung« und der »Hirte«: überall die gleichen Gesten, die gleichen freischwebend abgewinkelten Körperhaltungen und die gleichen grotesken Leiber. Humanoide, Pflanzen und Tiere sehen aus wie demiurgisch hingeknödelte Gedärm- und Hackfleischskulpturen – Ekelalpträume wie aus einem Film von Lynch oder Cronenberg. Wach hat es sogar geschafft, die Gestalt des Tieres zu verhäßlichen und jeglicher Anmut zu berauben. Jeden Tag gehen Tausende Menschen an diesen »spannungsgeladenen« optischen Körperverletzungen vorbei, und die meisten werden wahrscheinlich gar nicht mehr hingucken. Zur Kunst pflegt der Mann auf der Straße ohnehin ein eher ironisches Verhältnis, erst recht zur »zeitgenössischen«. Wer aber hinguckt, kann zumindest folgendes erkennen: daß noch der optisch verunglückteste, lächerlichste und stumpfeste reale Mensch lebendiger, einzigartiger, »vielfältiger« und vor allem mehr »Geschöpf« ist als Rudi Wachs Spukgestalten.



Dogma oder Wissenschaft? – eine Dankrede

von Ernst Nolte

Ich will über das Thema »Die Wissenschaft und der Nationalsozialismus« sprechen, aber nicht durch die Aufzählung und Analyse von Büchern und Untersuchungen, sondern unter Leitung der Frage, ob es inmitten einer Fülle von Literatur Probleme oder Tatbestände gibt, die von Historikern und Publizisten nicht oder nur ansatzweise thematisiert worden sind. Zunächst will ich indessen einige der Schwierigkeiten, welche die wissenschaftliche Behandlung des Nationalsozialismus mit sich bringt, durch einen Hinblick auf drei vor kurzem erschienene Bücher aus dem Bereich der Geschichte Osteuropas anschaulich machen. Am Ende meiner Ausführungen werde ich erklären, weshalb mein Dank von besonderer Art ist und sein muß.

Vorbemerkung: Bei den hier abgedruckten Überlegungen handelt es sich um den Wortlaut der Dankrede, die Ernst Nolte am 16. Juni bei der Verleihung des »Historikerpreises des Jahres 2012« der Erich und Erna Kronauer-Stiftung im Rathaus der Stadt Schweinfurt gehalten hat. Die ausdrücklichen Danksagungen zu Beginn galten dem Begründer der Stiftung, Herrn Erich Kronauer, dem Laudator, Professor Günter Scholdt aus Saarbrücken, und dem Oberbürgermeister, Herrn Remelé.

Ausländische Historiker und deutsche Fachvertreter der »osteuropäischen Geschichte« verfügen in aller Regel über eine größere Distanz zum Nationalsozialismus sowie über einen anderen Ausgangspunkt, und wenn eine Tendenz der Wissenschaft darin bestehen muß, von allzu großer Nähe zu ihrem Gegenstand fortzukommen und größeren Abstand zu gewinnen, so ist sie in diesem Falle gleichsam von der Natur gegeben.

So will Timothy Snyder, Professor an der Yale University, in seinem 2011 in deutscher Übersetzung publizierten Buch *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin* sich der grauenhaftesten geographischen Konzentration von Menschenvernichtungen durch Massenmorde zuwenden, die es während des Zweiten Weltkriegs und dessen Vorgeschichte in der Welt gegeben habe, nämlich in dem ostmitteleuropäischen Raum von Weißrußland, der Ukraine und den baltischen Staaten bis zur Westgrenze Polens, wo »mitten in Europa das NS- und das Sowjetregime vierzehn Millionen Zivilisten und Kriegsgefangene ermordeten«. Aber bald danach formuliert er den überraschend klingenden Satz: »In den dreißiger Jahren war die Sowjetunion das einzige Land in Europa gewesen, das politische Massenmorde durchführte … in den sechseinhalb Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg ermordete das NS-Regime nicht mehr als etwa 10000 Menschen. Stalins Regime hatte 1939 bereits Millionen verhungern lassen und fast eine Million Menschen erschossen.« Noch greller klingt der folgende Satz in den Ohren der Leser: »Bis Ende 1938 hatten die Sowjets etwa tausendmal so viele Menschen ermordet wie die Nationalsozialisten … Nicht einmal Hitler schien begriffen zu haben, daß Massenerschießungen dieser Art möglich waren«. (S. 9, 12 und 127) Anscheinend kommt dem Verfasser der naheliegende Gedanke nicht, daß das eine mit dem anderen zu tun haben könnte, nämlich daß ein so ungeheures, aus sämtlichen bisherigen Realitäten und Vorstellungen herausfallendes Geschehen bestimmte Konsequenzen in einem großen Nachbarlande nach sich ziehen könnte, etwa die Entschlossenheit, etwas Vergleichbares im eigenen Lande zu verhindern, und sei es auf präventive Weise. Aber offenbar ist für ihn und viele

andere Historiker der Eindruck der seit 1941 gegen die Juden in Gang gesetzten und Millionen von Opfern fordernden Vernichtungsaktionen des »Holocaust« so stark, daß die deutschen Zahlen den sowjetischen gleichkommen und diese sogar übertreffen müßten. Das gelingt ihm jedoch nur partiell, da er keine Unterscheidungen innerhalb der Kategorie »Opfer« vornimmt. Von den sowjetischen Zeiten vor Stalin, also von den Vorgängen der Revolution und des »Roten Terrors«, ist kaum auch nur andeutungsweise die Rede. Aber daß mindestens das Phänomen des »Stalinismus« in der Ungeheuerlichkeit seiner Vernichtungsmaßnahmen älter war als der Nationalsozialismus, kann keinem Leser des Buches im geringsten zweifelhaft sein.

Karl Schlögel, nicht nur als Osteuropa-Historiker der Universität Frankfurt an der Oder, sondern auch als geistreicher Schilderer von Orten und Zeiten bekannt, stellt in seinem Buch *Terror und Traum. Moskau 1937* unter Beweis, daß es möglich ist, die furchtbare Zeit des »Großen Terrors« der Jahre von 1936 bis 1938 in der Sowjetunion mit viel Reichtum an Details sorgfältig zu beschreiben und doch nicht zu verbergen, daß auch diese Jahre eine Zeit des »Aufbruchs«, des erfolgreichen und begeisternden Aufbaus einer gewaltigen Industrie, von wagemutigen Unternehmungen und Entdeckungen waren, die nach ihren Erfolgen von Millionenmassen ohne jeden Zwang umjubelt wurden. Auch die »andere Seite« eines Phänomens wahrzunehmen und nicht in der bloßen Empörung über »das Schwarze« in einem Schwarz-Weiß-Bild zu verharren, ist generell eine der wichtigsten Aufgaben der Wissenschaft, und Karl Schlögel hat sie erfüllt, obwohl Entsetzlicheres als die von der Staatsspitze nach »Quoten« von vermuteten Feinden aller Art, nicht zuletzt von Angehörigen anderer Nationen wie Polen und Deutschen, zu den unvorstellbarsten Untaten der Weltgeschichte gehören. So verschwindet neben dem Entsetzlichen das Faszinierende nicht, und die Wissenschaft hat gezeigt, daß die Distanz der abwägenden Vernunft im Sturm der berechtigten und nur allzu naheliegenden Emotionen nicht untergehen muß.

Ich führe noch einige Bemerkungen oder Feststellungen aus dem Buch von Jörg Baberowski, Professor an der Humboldt-Universität Berlin, mit dem Titel *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt* an, um zwei Merkmale der sowjetischen Verhältnisse deutlich zu machen, die den Unterschied zu allen vergleichbaren Realitäten, einschließlich derjenigen im nationalsozialistischen Deutschland, kennzeichnen. Es handelt sich einmal um die Nähe der bolschewistischen Revolution zu jener spontanen und häufig sehr grausamen »Volksrevolution«, die aus den Erfahrungen des Krieges hervorging und von den Bolschewiki nicht aufgehoben, sondern nur systematisiert und bürokratisiert wurde: »Die Opfer wurden in siedendes Wasser geworfen, gehäutet, gepfählt, bei lebendigem Leib begraben oder in winterlicher Kälte nackt auf die Straße getrieben und mit Wasser übergossen«. Und als der Hauptexekutor des »Großen Terrors«, Nikolaj Jeschow, schließlich zum Tode verurteilt wurde, starben mit ihm »alle seine Gefolgsleute und deren Verwandte, Frauen wie Kinder, 346 Menschen«. (S. 74 und 361)

Timothy Snyder: *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin,* München 2011.

Karl Schlögel: *Terror und Traum. Moskau 1937,* München 2008.

Jörg Baberowski: *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt,* München 2012.

Im ganzen darf ich meinen Ansatz von 1963 im *Faschismus in seiner Epoche,* der den Sowjetkommunismus und bereits dessen Präzedens in Marx' *Kommunistischem Manifest* mit dessen »Todesurteil« über »die Bourgeoisie« als Voraussetzung und Ausgangspunkt des »Bürgerkriegs« zwischen der älteren, tiefer in der Geschichte verwurzelten Ideologie des »Marxismus-Leninismus« und der tendenziell auf der gleichen Ebene reagierenden Ideologie des Hitlerschen »Radikalfaschismus« betrachtete, insgesamt und wieder einmal bestätigt sehen. Aber schon dieses Buch war nicht eine Polemik oder Schulderklärung gegenüber dem Marxismus-Leninismus, sondern es verstand diesen als einen »großen Glauben«, der angesichts der »Blutmühle« des Ersten Weltkriegs auf militante Weise die Hoffnung auf eine »verschmolzene« Menschheit ohne Staaten, Klassen und Einzelkulturen verwirklichen wollte und gerade deshalb zu der »größten Kraft der Vernichtung« wurde, die es bis dahin in der Weltgeschichte gegeben hatte, nämlich den Willen zur Vernichtung des streiterzeugenden, weil auf individuellem und kollektivem Egoismus beruhenden »Kapitalismus«. Diese Weltrevolution des militanten Globalismus oder Universalismus sollte der Doktrin zufolge als radikal umwälzende und rein positive Fortentwicklung des bis dahin nur in den »industriell entwickelten« Län-

dern existierenden und gerade dort in Gestalt der sonst überall unbekannten Selbstkritik heftig angegriffenen kapitalistischen Wirtschaftssystems ihren letzten und definitiven Fortschritt machen und die ganze Menschheit zu einer harmonischen und rundum sittlichen, weder Polizei noch Gefängnisse benötigenden Gemeinschaft werden lassen.

Aber wenn diese zugleich »progressive« und »utopische« Konzeption sich nicht realisierte, dann mußte »der Kapitalismus« als das einzigartige gesellschaftliche System des politischen Liberalismus und des ökonomischen Unternehmertums erscheinen, dem als »okzidentalem« bisher aller Fortschritt zu verdanken war und dem der bloße Anspruch eines noch in den Anfangsstadien der Entwicklung steckenden und schon deshalb »barbarischen« Landes feindlich gegenüberstand. Das bedeutete, daß weder



Wer ist der Gaukler, wer der Taschendieb? Wer muß Kröten schlucken oder hat einen Frosch im Hals, während er vorgeführt wird? Keinesfalls ist ein Historiker beteiligt, das scheint sicher zu sein, allenfalls das in blödem Ernst dem lächerlichen Zauber beiwohnende Volk. Außerdem: ein altes Bild bloß ... Hieronymus Bosch: Der Gaukler, etwa 1480

der einen noch der anderen Seite ein vollständiges Recht oder ein vollständiges Unrecht zuzuschreiben war. Es bedeutete ebenfalls, daß die zweite und sekundäre Ideologie sowie ihr Regime und ihr Staat sich von Anfang an in der Position einer Defensiv-Aggressivität befanden. Das wird besonders deutlich in der stets auf sehr einseitige Weise interpretierten geheimen Denkschrift Hitlers zu den »Aufgaben eines Vierjahresplans« von 1936, wo es heißt: »Ein Sieg des Bolschewismus über Deutschland [der offenbar als möglich angesehen wird] würde ... zu einer endgültigen Vernichtung, ja Ausrottung des deutschen Volkes führen ... Gegenüber der Notwendigkeit der Abwehr dieser Gefahr haben alle anderen Erwägungen als gänzlich belanglos in den Hintergrund zu treten«. (*Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* 1955, S. 204f.) Als unerläßliche Voraussetzung der erfolgreichen Abwehr nennt Hitler die Verwirklichung des Postulats, daß eine radikal-antikommunistische Partei ebenfalls einen »Katechismus« besitzen müsse, also eine genuine Gegen-Ideologie, denn sonst sei der Kampf »von vornherein verloren«. (RSA Bd. 1, S. 109) Eben dadurch hatte Hitler bereits in seinen Anfängen die schwerstwiegende und potentiell verhängnisvollste seiner Entscheidungen getroffen, denn er machte sich von seinem Hauptfeind innerlich abhängig, so daß dieser Bürgerkrieg einen Charakter gewann, den noch kein politischer Bürgerkrieg gehabt hatte, nämlich

denjenigen eines Entscheidungskampfes um das Schicksal der Menschheit in der Gegenwart und der Zukunft.

Aber eben deshalb wurden auch Fragen allenfalls nur ansatzweise gestellt wie die folgenden: Mußte nicht trotz dieses »kausalen Nexus« im Nationalsozialismus die »okzidentale« Version des »Totalitarismus« gesehen werden? Gab es nicht vielleicht eine Alternative zu der allein zur Wirklichkeit gewordenen extremen Gestalt des Nationalsozialismus? Mußte im Hinblick auf »Gulag« und »Auschwitz« nicht das meist Übersehene zu Wort gebracht werden, nämlich im ganzen die Unterscheidung zwischen »sozialer« und »biologischer, ja überbiologischer« Vernichtung und damit die Einsicht, daß das Abgeleitete unter philosophischen Gesichtspunkten »böser« sein konnte als das Ursprüngliche, aber auch das paradoxe Nebeneinander von radikalem Vernichtungswillen und »humanitären« Erwägungen im Falle des Nationalsozialismus?



Es buchstabiert ein Tiermensch mit offenem Rücken für seine beiden Kumpanen aus einem Buch ein paar Sätze zusammen. Danach geht es weiter unter dem Banner einer aufgespannten Haut. Lektüre in der Schnaufpause oder doch als Wegweiser durchs Chaos? Hieronymus Bosch: Die Versuchung des hl. Antonius, Detail, etwa 1490

Dennoch würde vermutlich niemand mit leidenschaftlichem Nachdruck von »nicht-gestellten« Fragen sprechen, wenn es sich nur um einen internationalen Bürgerkrieg von noch so unvergleichlicher Art gehandelt hätte. Starke und weitverbreitete Emotionen wurden und werden nur erweckt, wenn es sich um die Frage der Beteiligung oder sogar der Ursächlichkeit konkreter Menschengruppen handelt, vornehmlich »der Deutschen« und »der Juden«. Daß der Nationalsozialismus »deutsch« sei, wurde kaum je bezweifelt, aber daß der Kommunismus »jüdisch« sei, war eine der zentralen Thesen der nationalsozialistischen Propaganda, und deshalb wird jede Wiederaufnahme dieser Fragestellung von vornherein als »Apologie Hitlers« verstanden, obwohl in der Fachliteratur und weit darüber hinaus die Feststellung, daß im frühen Bolschewismus die Beteiligung von Juden »stark« oder »sehr stark« gewesen sei, so gut wie selbstverständlich ist.

Um heute eine wissenschaftlich begründete Antwort auf die mindestens in Deutschland »nie gestellte Frage« zu gewinnen, ob die nationalsozialistische Propagandathese einen »rationalen Kern« enthalten habe, ist es empfehlenswert, sich nicht an deutsche Historiker und Publizisten zu wenden, sondern an jüdische Autoren. In der frühesten Zeit des bolschewistischen Regimes schrieb der berühmte jüdische Historiker Simon Dubnow aus der unmittelbaren Zeugenschaft des Zeitgenossen nach dem Anschlag auf Lenin im August 1918: »Es ist gut, daß gerade Juden diese Tat vollbracht haben, denn dadurch wird die furchtbare Schuld gesühnt, mit der sich Juden durch ihre Beteiligung am Bolschewismus beladen haben … Der brennende Haß gegen die Bolschewisten wird zu einem ebenso brennenden Haß gegen die Juden.« Der längst vorhandene »Antisemitismus« in der russischen Bevölkerung wurde also durch die Erfahrung des Bolschewismus ganz außerordentlich verschärft. Das Attentat gegen Lenin wurde jedoch zunächst zur unmittelbaren Ursache des Regierungsdekrets über den »Roten Terror«, und bei dem gigantischen Blutvergießen, das die Folge war, traten unter Rufen wie »Tausend von euch für einen von uns!« als Feinde wieder »die Bourgeois« in den Vordergrund.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und im Wissen um den »Holocaust« veröffentlichte Sonja Margolina, die sich im Vorspruch stolz »die

Tochter eines jüdischen Kommunisten« nennt, im Jahre 1992 ein kleines Buch mit dem befremdenden Titel *Das Ende der Lügen:* Nach dem Sturz des Zarismus (war darin zu lesen) sei »der nicht selten gebrochen russisch sprechende jüdische (lettische) Kommissar mit Lederjacke und Mauserpistole typisch für das Erscheinungsbild der revolutionären Macht geworden ... zum ersten Mal erschienen sie [die Juden] nicht als Opfer, sondern als Täter ... Die Tragödie des Judentums bestand darin, daß es keine politische Option gab, um der Rache für die geschichtliche Sünde der Juden – ihre exponierte Mitwirkung am kommunistischen Regime – zu entgehen. Der Sieg des Sowjetregimes hatte sie zeitweilig gerettet; die Vergeltung stand ihnen noch bevor«. (S. 45, 47 und 66)

Sonja Margolina: *Das Ende der Lügen. Rußland und die Juden im 20. Jahrhundert,* Berlin 1992.

Johannes Rogalla von Bieberstein: *»Jüdischer Bolschewismus«. Mythos und Realität,* zuletzt Graz 2009.

Aus den Begriffen »Rache« und »Vergeltung« mußten sich Weiterungen ergeben, so gewiß Sonja Margolina die faktischen »Gegenmaßnahmen« der deutschen Nationalsozialisten und ihrer in Osteuropa zahlreichen Verbündeten als asymmetrisch und exzessiv verurteilt hätte. Gravierende Unterscheidungen innerhalb allzu ungenauer Begriffe wie »Juden« und »Holocaust« mußten also getroffen werden, vornehmlich zwischen deutschen und sowjetischen Juden und zwischen dem Begriff des »Feindvolkes hinter der Front« und demjenigen des »Weltfeindes«, und ich habe es daran nicht fehlen lassen.

Die Verurteilung ist auf die nachdrücklichste Weise von einem überaus einflußreichen Juden vollzogen worden, und zwar in eins mit einer Einschätzung der eigenen Rolle, die auch heute alles andere als evident ist, nämlich von Chaim Weizmann in seiner zuerst 1947 publizierten Autobiographie *Trial and Error:* »In dem Kampf gegen das Nazi-Monster konnte niemand stärker engagiert sein [»no one could have a deeper stake«]; niemand konnte fanatischer bestrebt sein, zu der gemeinsamen Sache einen Beitrag zu leisten als die Juden« (Bd. 2, S. 417). »Die Juden« erscheinen also hier nicht primär als Opfer Hitlers, sondern als solche und tendenziell im ganzen als seine schärfsten, ja geradezu entscheidenden Feinde.

Nicht weniger an Selbstgewißheit wies die in der Wertung schroff entgegengesetzte Aussage Hitlers auf, die er trotz der für ihn aussichtslosen Situation in seinem »Politischen Testament« formulierte: »Die Universalisten, Idealisten und Utopisten zielen ins Nichts. Sie versprechen ein unerreichbares Paradies und betrügen damit die Welt. ... Sie arbeiten insgesamt an der Unterjochung des Menschengeschlechts.«

Das abschließende Resultat meines Nachdenkens ist daher das folgende: Sowohl der Sowjetkommunismus als auch der Nationalsozialismus haben sich mit einer »Sache« identifiziert, die einen machtvollen Bestandteil der gegenwärtigen Grundsituation ausmacht: der »Globalisierung« als Erscheinungsform der »Transzendenz« auf der einen Seite und der Realität des menschlichen Lebens in der Vielfalt seiner Merkmale und Strukturen auf der anderen. Beide haben ihren Teil des historischen Rechts nicht nur von vornherein durch die Nähe zu partikularen Wirklichkeiten wie Rußland oder das bedingungslose Festhalten an dem Begriff des Krieges als der unüberholbaren, ja der höchsten Lebensäußerung fragwürdig gemacht, sondern sie haben die jeweiligen Verkehrungen zu einem »Absolutum« werden lassen. Nachdem beide gescheitert sind, müssen sie sich einer Relativierung dieser absoluten Ansprüche unterwerfen, ohne daß auf Unterscheidungen verzichtet wird, insbesondere nicht auf den Vorrang des aggressiven vor dem defensiven Impuls.

Meine bloß knapp umrissene Vorstellung von der Zukunft hat eine einheitliche, aber nicht eine »verschmolzene« Menschheit im Blick, die in ihren keineswegs starren Strukturen Einheit und Vielfalt auf mannigfache Weise synthetisiert. Insofern ist mein aktuelles Ergebnis von trivialer, häufig artikulierter und daher weithin zustimmungsfähiger Art, und eindeutiges Unrecht wird nur denjenigen gegeben, die behaupten, in den großen Kämpfen von gestern habe die eigene Seite »die Richtigen« und die andere »die Falschen« umgebracht. Allen Opfern des bisher blutigsten Abschnitts der Geschichte, denen auch »Täter« nicht selten zuzurechnen sind, muß ein um Verstehen bemühtes und trauerndes, obgleich unterschiedliches Gedenken gewidmet werden, wenn die Menschheit die Periode des Sowjetkommunismus und des nationalsozialistischen Radikalfaschismus hinter sich lassen will.

Ich bitte Sie, mir noch zwei Worte zu meinem letzten Buch zu gestatten, den *Späten Reflexionen* über den Weltbürgerkrieg des 20. Jahr-

hunderts, das im Sommer 2011 vom Karolinger-Verlag in Wien publiziert worden ist. Die wichtigsten wissenschaftlichen Postulate für die Gegenwart – die Juden von ihrer Reduzierung auf den bloßen Opferstatus und die Deutschen von der Subsumtion unter den Begriff des »absoluten Bösen« als dem Zentrum einer neuen (Pseudo-)Religion zu befreien – habe ich bereits in meinem ganzen Lebenswerk von mehreren Ausgangspunkten aus zu realisieren versucht. In den *Späten Reflexionen* habe ich ein Vorgehen gewählt, das anscheinend von nicht wenigen Lesern als »provokativ« empfunden worden ist, denn die Kapitel über »Juden, Judentum, ›jüdischer Bolschewismus‹« sind gleich an den Anfang gestellt worden, und die ebenfalls vom »Zeitgeist« abweichenden Aussagen über Hitler und den Nationalsozialismus folgen bald darauf. Dieses Buch ist jedoch kein Teil des historiographischen und analysierenden Lebenswerks, sondern es hat einen eher aphoristischen Charakter, der es erlaubt, hin und wieder zugespitzte Formulierungen zu wählen und große Teile des »intellektuellen Umfelds« wie »Egalitarismus«, »Ewige Linke«, »Weltzivilisation« und »Nachgeschichte« in einem zweiten Teil einzubeziehen und dann einen weiteren Schritt zur »Philosophie« hin zu tun. Aber neuartig dürfte vornehmlich die unmittelbare Bezugnahme auf die Situation der Gegenwart sein, welche politische Polemik vermeidet und erkennen läßt, daß der Kampf für Wissenschaftlichkeit der einzige Kampf war, den ich immer führen wollte, und nicht der politische Kampf, den man je nach den Umständen und Ausgangspunkten als »philokommunistisch« oder als »philofaschistisch« kennzeichnen mag.

Ich kann nicht leugnen, daß es mich sehr betroffen gemacht hat, wie mehrere gute Bekannte und Kollegen, aber darüber hinaus auch geschätzte Gesprächspartner ihre Ablehnung der *Späten Reflexionen* durch Schweigen oder offene Kritik zum Ausdruck brachten. Der Grund kann so gut wie durchweg nur die scheinbar negative Kritik an »den Juden« gewesen sein, welche die sich eigentlich aufdrängende Frage überlagerte, ob von mir »den Juden« und auch »den Bolschewiki« gegenüber nicht mehr Respekt an den Tag gelegt wurde, als es von seiten der Philosemiten und Philokommunisten üblich ist. Wer das Thema »der Juden«, sei es auch mit klaren Unterscheidungen, auf eine Weise anschneidet, die von der in Deutschland herrschenden Meinung abweicht, sieht sich mit Vorwürfen, ja mit Anklagen konfrontiert, gegen die es keine Abwehr zu geben scheint: Ein neuer »Antisemitismus« kritisiere die Juden, um ihnen – vielleicht unter der Maske des Antizionismus – ein ähnlich gravierendes Menschheitsverbrechen wie »Auschwitz«, nämlich die Greueltaten der Russischen Revolution und des »Stalinismus« sowie das lediglich konstruierte Schreckbild eines »palästinensischen Holocaust« zuzuschieben und damit »quitt« zu sein.

Sezession hat die Debatte über die *Späten Reflexionen* mit folgenden Beiträgen geführt:

Siegfried Gerlich: »Ernst Nolte – Späte Ambivalenzen«, *Sezession* 45 (2011), S. 22–25;

Siegfried Gerlich/ Thorsten Hinz: »Ernst Nolte – der Mann von ›morgen‹? Briefwechsel«, *Sezession* 45 (2011), S. 26–29;

Stefan Scheil: »Eine Lanze für Ernst Nolte«, *Sezession* 46 (2012), S. 36–38;

Siegfried Gerlich: »Hamburg, den 19. Juni 2012«, *Sezession* 46 (2012), S. 39;

Thor v. Waldstein: »Nolte, Nexus und Nasenring«, *Sezession* 47 (2012), S. 42–44.

Ich kann nur antworten: Nicht ein »Quittwerdenwollen« war mein Motiv, sondern innerhalb der Hauptintention, eine philosophische Geschichte der »Historischen Existenz« und ihres möglichen Übergangs in die »Nachgeschichte« vorzulegen und dadurch den wirkungsvollsten Ideologien des 20. Jahrhunderts gleichermaßen gerecht zu werden, war die Absicht maßgebend, zur Überwindung der antiwissenschaftlichen Ungleichbehandlung eines welthistorischen und in aller Differenzierung sehr aktiven Volkes beizutragen, das aus inneren und äußeren Gründen auf der Ausschließlichkeit seines Opferstatus zu beharren scheint. Aber sogar hier fehlt es nicht an Selbstkritik, und ich erinnere nur an einen Autor jüdischer Abkunft, der diese Ungleichbehandlung mit entschiedenen Worten kritisiert hat, nämlich an Alfred Grosser.

Und deshalb gilt Ihnen, lieber Herr Kronauer, sowie dem Kuratorium Ihrer Stiftung und Ihnen, verehrter Herr Scholdt, mein ganz besonderer Dank dafür, daß Sie, obwohl Ihnen die *Späten Reflexionen* bekannt oder jedenfalls nicht völlig unbekannt waren, sich der Macht der »politischen Korrektheit« nicht unterworfen und einem Autor Ihren Preis zuerkannt oder die Zuerkennung begründet haben, der in der Tat heute in der Bundesrepublik Deutschland so isoliert ist wie kaum ein anderer Historiker und Geschichtsdenker. Aber wir dürfen in diesem unserem kleinen Kreise das Bewußtsein haben, daß sich entweder ein dogmatischer »Absolutismus« des Geschichtsverständnisses in Deutschland und möglicherweise sogar in Europa durchsetzen wird oder ein freies Denken, das sich an den Maximen einer reflektierenden Wissenschaft orientiert.

Front National – Warum, woher, wohin?

von Karlheinz Weißmann

Der Wahlkampf um die französische Präsidentschaft ist zu Ende. Marine Le Pen hat es nicht geschafft. Erwartungsgemäß, ist zu sagen, aber der Stimmenanteil, den sie im ersten Durchgang gewann – 17,9 Prozent der Stimmen –, war doch achtunggebietend. Dasselbe Urteil gilt auch für die Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen sich zwar bloß zwei Kandidaten des Front National (FN) durchsetzen konnten, die Partei aber in einzelnen Fällen – vor allem in den Hochburgen des Südens – bemerkenswerte Erfolge errang.

Das alles erklärt hinreichend, warum die Diskussion über den Front National nicht endet. Es geht dabei aber nicht nur um bleibende Aktualität, sondern auch um einen politischen Strukturwandel. Denn viele Beobachter fragen sich je länger je mehr, warum sich das Schicksal des FN so deutlich von dem anderer populistischer Gruppierungen unterscheidet? Wieso eine derartige Partei immer stärkere Anziehungskraft auf »normale« Bürger ausübt? Warum sie sich weder durch die Ungeschicklichkeit des Führungspersonals noch die Dämonisierung durch Medien oder tonangebende Kreise davon abhalten lassen, dem FN beizutreten oder ihm wenigstens in der Klausur der Wahlkabine das Votum zu geben? Sicher spielen die Modernisierungsmaßnahmen eine Rolle, die Marine Le Pen nach dem Rücktritt ihres Vaters einleitete, und natürlich kann man Krisenphänomene wie den Verfall der politischen Klasse geltend machen, aber es muß darüber hinaus tiefere Ursachen für den Aufstieg der »Nationalen Front« geben, die von einer Sammlungsbewegung frustrierter Nationalrevolutionäre, intransigenter Katholiken, Antikommunisten und Antigaullisten zu einer Volkspartei neuen Typs werden konnte.

Ein Versuch, dieses Phänomen zu erklären, bieten die Journalisten Nicolas Lebourg und Joseph Beauregard mit ihrer gerade erschienenen Biographie François Duprats (*François Duprat. L'homme qui inventa le Front national,* Paris: Denoël Impacts 2012, kart., 382 S., 23.50 €), jenes Mannes, von dem sie behaupten, daß er »den Front National erfand«. Der Name Duprats dürfte in Deutschland kaum bekannt sein, aber in Frankreich spielt er nach wie vor eine Rolle, vor allem in Kreisen jener, für die er als »Märtyrer« gilt. Jean-Marie Le Pen besucht regelmäßig am 18. März das Grab Duprats, der 1978 an diesem Tag einem Anschlag zum Opfer fiel. Eine Autobombe explodierte unter seinem Fahrzeug, tötete ihn und verletzte seine Frau schwer. Der Fall konnte nie geklärt werden, als Verdächtige gelten wahlweise interne Gegner oder Linksextreme, diverse Geheimdienste inländischer oder ausländischer Herkunft.

Der Unübersichtlichkeit in bezug auf die Todesumstände Duprats entspricht die Unübersichtlichkeit seines Lebenslaufs. Aufgrund seiner Herkunft hätte kaum jemand eine solche Biographie erwartet. Duprat kam am 26. Oktober 1940 im korsischen Ajaccio zur Welt. Er entstammte der kleinen Bourgeoisie. Sein Vater hatte sich während des Zwei-

»Wenn für die europäische Rechte, für die Konservativen, aus der Geschichte seit 1917 eine Lehre zu gewinnen ist, dann diese: Die Rechte kann heute keine rein konservierende Funktion haben – ihre Funktion muß vielmehr auf weite Strecken eine sprengende sein. Der Spielraum einer solchen Rechten ist begrenzt. Zwar muß sie wissen, daß das einmal Vergangene nie restauriert werden kann; es vermag nur eine Entsprechung auf neuer Ebene zu finden. Gleichzeitig muß sie aber auch eine sichere Witterung dafür besitzen, wieviel sie sprengen darf, ohne die Substanz zu verletzen.«

Armin Mohler: *Die französische Rechte*

ten Weltkriegs der Résistance angeschlossen und profitierte davon für eine überschaubare Karriere im öffentlichen Dienst der Vierten Republik. Die Geschwister Duprats folgten alle dem eingeschlagenen Weg oder gingen weiter nach links. Anders François Duprat, der früh als eigenbrötlerisch und verschlossen galt, das Nesthäkchen der Familie, ein korpulenter Junge (aber mit erheblichem physischem Mut), der ununterbrochen las und schon als Schüler über erstaunliche Mengen an Wissen verfügte. Trotzdem waren seine Angehörigen erstaunt, daß er sich nach der Schule, Ende der fünfziger Jahre, der äußersten Rechten anschloß.

»Der Ausdruck ›extreme Rechte‹ oder ›Rechtsextremismus‹ – lange Zeit gebraucht als einfaches Äquivalent für ›Faschismus‹ oder ›Neofaschismus‹ – gehört nicht in die Ideengeschichte oder die Geschichte politischer Doktrinen, sondern in den Zusammenhang der Geschichte von Propaganda und Gegenpropaganda.«

Pierre-André Taguieff: *Le nouveau national-populisme*

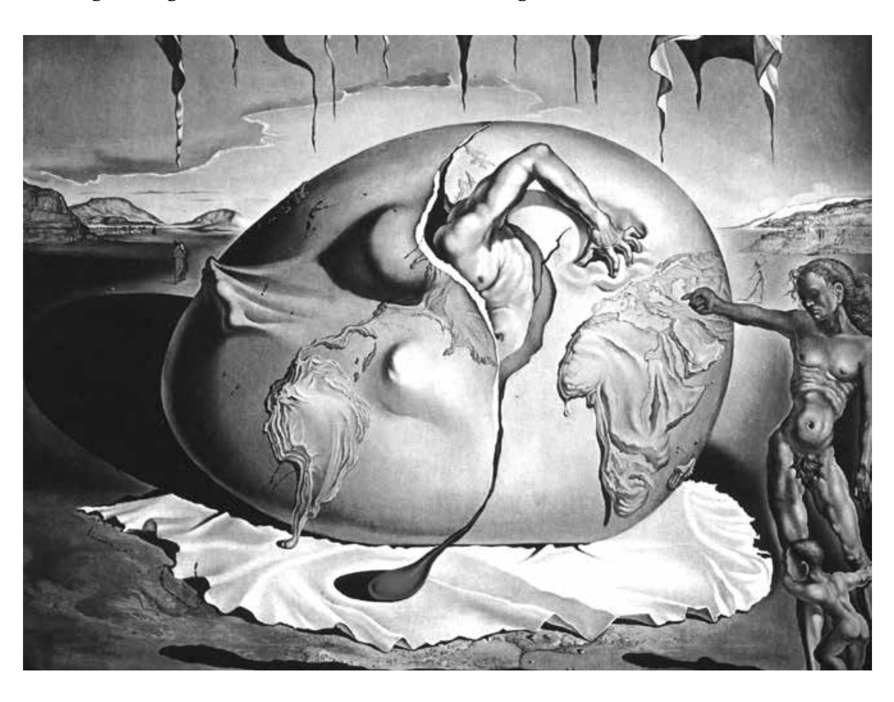
Es war die Zeit der Algerienkrise und der Agonie des Parlamentarismus, der von dauernden Regierungswechseln und Korruptionsaffären zerschlissen wurde. Während die Masse der Franzosen den Kampf um die nordafrikanische Kolonie leid war, gab es eine Minderheit, die sich nicht nur entschlossen zeigte, den Rest des *empire* mit Zehen und Klauen zu verteidigen, sondern auch aus ihrem Widerwillen gegen die Republik keinen Hehl machte. Lebourg und Beauregard zeichnen ein interessantes Bild dieses Milieus, gleichermaßen bestimmt von den Verhärtungen des Kalten Krieges, dem traditionellen Widerwillen des Offizierskorps gegenüber der Demokratie und der ideologischen Unerbittlichkeit jener harten Rechten, die »das System« beseitigen wollte, im Idealfall durch eine Kombination aus Militärputsch und Volksaufstand. Die Gruppe Jeune Nation (JN), dann der aus ihr hervorgegangene Parti Nationaliste (PN) bildeten den Kern dieser Art von »Neofaschismus«.

Auch nachdem Algerien verloren und der terroristische Weg genauso erledigt war wie die Vorstellung von einem Staatsstreich, hielt man in der Szene, der Duprat sich zurechnete, am Plan eines gewaltsamen Umsturzes fest. Allerdings führte das Verbot der Gruppierungen, denen er sich anschloß, dazu, daß er die Arbeit nur getarnt fortsetzen konnte. Die 1960 gegründete Fédération des étudiantes nationalistes (FEN) erschien Duprat als geeigneter Rahmen. Nur war der Verband allzu heterogen, und es kam rasch zu internen Konflikten, die mit seiner Ausstoßung endeten. Es wäre leicht, als Ursache dafür weltanschauliche Motive zu nennen, vor allem den Konflikt zwischen den Faschisten der JN und den »europäischen Nationalisten« um Dominique Venner und den jungen Alain de Benoist, die die Zeitschrift *Europe Action* herausgaben. Aber der Grund für die Spaltung der FEN war doch ein anderer: Man hatte nicht nur entdeckt, daß Duprat im eigentlichen Sinn »kein Intellektueller« (Alain de Benoist), sondern ein Mann des Agitprop war, sondern auch, daß er für den französischen Inlandsgeheimdienst arbeitete. Offenbar war er schon während einer ersten Inhaftierung rekrutiert worden, und Duprat scheint die Aufgabe als Spitzel nicht nur aus Angst vor strengerer Bestrafung akzeptiert zu haben, sondern auch, weil ihn die Möglichkeit verdeckter Machtausübung faszinierte.

Ein Moment des Obskuren blieb auch für seine weitere Laufbahn bestimmend, vor allem in den sechziger Jahren, als Duprat aus Angst vor neuerlicher Verurteilung Frankreich verließ und in Afrika untertauchte. Fest steht, daß er sich längere Zeit im Kongo aufhielt (während dieses Zeitraums nicht nur ein bevorzugter Tummelplatz diverser Geheimdienste, sondern auch verschiedener Söldnergruppen mit mehr oder weniger ausgeprägt-rechtsradikalem Hintergrund), bevor er plötzlich nach Frankreich zurückkehrte und sich am Aufbau einer neuen studentischen Organisation, dem Mouvement Occident beteiligte. Daß man den Gründungstag auf den von Mussolinis Fasci di Combattimento legte, war sowenig Zufall wie die gleichzeitig verstärkte theoretische Beschäftigung Duprats mit jeder Facette des historischen Faschismus. Allerdings erwies sich doch der Aktivismus gegen die »gauchistes«, vor allem Maoisten, auf die Dauer als unfruchtbar. Die Bewegung erschien immer mehr wie ein Männerbund, der Gelegenheiten suchte, sich zu prügeln. Im Strudel der Ereignisse des »Pariser Mai«, dem Schwanken zwischen einer konsequenten Wendung gegen de Gaulle und der Bereitschaft, dessen Regierung gegen linke Angriffe zu stützen, ging Occident unter, bevor die Gruppe auch offiziell verboten wurde.

Bezeichnenderweise hatte Duprat zu dem Zeitpunkt erneut den Kurs korrigiert. Er wandte sich von den politischen Sekten ab, denen er bisher angehört hatte, und propagierte die Einheit aller Nationalisten. Das brachte ihn bei den Militanten selbstverständlich in den Verdacht, die bis-

herige Linie aufzuweichen, aber er verwies nicht nur auf Hitlers Legalitätskurs, sondern auch auf das aktuelle Beispiel der NPD, die in der Bundesrepublik einige erstaunliche Erfolge errang. Der wesentlich von Duprat initiierte Ordre Nouveau (ON) folgte diesem Modell einer Sammlungsbewegung aber nicht. Das Interesse der Presse an dem wie eine K-Gruppe auftretenden ON war zwar groß, aber die Führung schwankte unentschieden zwischen der Radikalität ihrer Propaganda und dem Bemühen, Wahlerfolge zu erzielen. Duprat erkannte auch in dem Fall relativ rasch die Zwangsläufigkeit des Scheiterns und schlug im kleinen Kreis einen weite-



Die schwere Geburt des Rechtspopulismus in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg – Salvador Dalí: Geopoliticus, 1943

ren Strategiewechsel vor: Es gelte, die Trennung von »Nationalisten« und »Nationalen« – also Anhängern der bürgerlichen, aber antigaullistischen Rechten – zu überwinden und gegen die linke »Volksfront« eine rechte »Nationale Front« zu bilden. Eine Organisation dieses Namens hatte der bekannteste Kopf der »Nationalen« – Jean-Marie Le Pen – schon in den fünfziger Jahren gegründet, den Front National des Combattants, wichtiger aber waren der Aufstieg der britischen National Front in den sechziger Jahren und das Vorbild des »nationalen Kompromisses« (anstelle des »historischen«, den die Kommunisten betrieben), den der Movimento Sociale Italiano (MSI) durch den Zusammenschluß von Neofaschisten, Postfaschisten und Monarchisten gerade vollzogen hatte.

Schon vor dem Verbot des ON im Juni 1973 hatte Duprat Weichen für die Bildung des Front National (FN) gestellt und Sorge getragen, daß einerseits die wichtigsten Trägergruppen des ON eingebunden blieben, andererseits Le Pen als unbestrittener Führer und »Gesicht« der Partei installiert werden konnte. Lebourg und Beauregard verwenden viel Mühe darauf, im einzelnen nachzuzeichnen, welche Anstrengungen Duprat in der Folge unternahm, nach innen den Eindruck von Kontinuität zu wahren, aber nach außen Mäßigung zu signalisieren. Das war um so schwieriger, als er, der dem Direktorium des FN angehörte, gleichzeitig eine lose Organisation der »Nationalrevolutionäre« in der Partei aufrechterhielt. Den Begriff hatte Duprat ganz bewußt aus dem Fundus der Weimarer Zeit übernommen, zusammen mit vielen schillernden programmatischen Formeln, die seinen Ruf als verkappter Trotzkist oder Nazi-Maoist nährten.

Es spricht tatsächlich viel dafür, daß es Duprat nicht nur um ein taktisches Manöver ging, um den aktivistischen Flügel der Bewegung einzubinden. Aber es ist auch unverkennbar, wie stark die Loyalität gegenüber Le Pen war, und wie rasch sich sein Lebensstil nach einer zweiten Eheschließung und der Aufnahme eines bürgerlichen Berufs als Lehrer normalisierte. Lebourg und Beauregard bringen das Disparate seines Charakters, auch die Massivität der Selbstwidersprüche, auf die Formulierung: »François Duprat war ein jovialer Onkel für seine Nichten. Er war auch ein Nazi für die Neonazis, ein Intellektueller und Forscher für seine Frau, Lehrling für die Geschäftemacher, Desillusionierter für seine Schwester,

Revolutionär für die Radikalen, Atlantiker und Antikommunist für die Gaullisten«. Man müßte aufgrund des hier ausgebreiteten Materials noch hinzufügen: Informant der linken Presse und Spitzel für die Polizei.

Ohne Zweifel steckt in der Behauptung, François Duprat habe den Front National »erfunden«, ein Moment kalkulierter Übertreibung. Aber es ist doch sehr aufschlußreich, anhand des Buches von Lebourg und Beauregard nachzuvollziehen, aus welchen Ursprüngen diese Formation hervorging – jenseits dessen, was der Parteigesichtspunkt oder die antifaschistische Optik bieten – und welche Mutationen sie tatsächlich in den vierzig Jahren ihres Bestehens vollzogen hat. Dabei erinnert das Sektiererische der Anfänge und das Schwanken zwischen verbalem Radikalismus und taktischer Anpassung nicht zufällig an vergleichbare Erscheinungen am Ursprung der traditionellen Linken, es spielt auch der Ruch des Unseriösen mit, der den Gründervätern solcher Bewegungen stets anhaftet, die Verwicklung in das Geflecht von Spionage und Gegenspionage.

Selbstverständlich wurde die Analyse für Lebourg und Beauregard dadurch erleichtert, daß die Rolle Duprats im historischen Prozeß als abgeschlossen behandelt werden kann, umgekehrt wäre es interessant zu wissen, welche Anpassungen oder Richtungswechsel diesem Mann noch möglich gewesen wären, wenn er noch gelebt hätte, als die Phase der eigentlichen Erfolge für den Front National begann. Denn trotz einer erkennbaren Leidenschaft für das Außenseitertum genügte es Duprat offenbar zuletzt nicht, ein »Großer unter den Kleinen« zu sein, wenn es Aussicht gab, ein »Großer unter den Großen« zu werden. Er, ein Mann, dem es zwar gelang, sich von seinen frühen ideologischen Fixierungen zu lösen, und der immer mit der politischen Gewalt liebäugelte, aber vor dem Schritt in den Untergrund dann doch gezögert hat, und der ein Spiel über so viele Banden spielte, daß man nie wußte, was mehr verwundern sollte: der ausgeprägte machiavellistische Instinkt oder eine schon naive Neigung, sich Feinde zu machen.

In mancher Hinsicht war Duprat ein verspätetes Opfer der »bleiernen Jahre«, jenes Dezenniums nach ’68, das nicht nur in der Bundesrepublik, sondern stärker noch in Spanien, Irland, Italien und Frankreich geprägt war von einem massiven Ausbruch des Terrorismus. Man muß diese Phase aber doch notwendig verknüpfen mit jenen Entwicklungen, die sich als Reaktion auf die Entkolonialisierung schon früher anbahnten und zu einer Beseitigung der Gewißheiten des Kalten Krieges und allgemeiner Radikalisierung führten. Verglichen damit sind die letzten zwanzig Jahre eine Zeit der Ruhe gewesen. Aber es spricht wenig dafür, daß dies so bleibt. Das muß nicht heißen, daß sich Duprats Erwartungen erfüllen, welche auch immer. Aber es kann sehr wohl dahin kommen, daß eine Partei wie der Front National weniger als Überrest der alten Politik, eher als Vorbote einer neuen Politik erscheint.

Pierre-André Taguieff, einer der klugen Beobachter der französischen Rechten, hat gerade einen Essay über den »neuen National-Populismus« (*Le nouveau national-populisme,* Paris: CNRS Editions 2012, kart., 121 S., 6 €) veröffentlicht. Er hält es für notwendig, die Dämonisierung der Rechten zu beenden. Seiner Meinung nach wurzelt diese im antifaschistischen Reflex der Linken, die ihren ideologischen Sieg am Ende der sechziger Jahre zementieren will. Die voreilige Identifizierung der Rechten mit dem Faschismus führe aber nur dazu, daß man übersehe, daß diese nicht nur eine Frontstellung gegen die Linke kenne, sondern auch eine gegen das Konzept der Massendemokratie. Und während der alte Antikommunismus kaum noch mobilisiere, sei durchaus damit zu rechnen, daß die Kritik des Pluralismus in Zukunft Anziehungskraft gewinne. Denn prinzipiell, so Taguieff, lasse die krisenhafte Zuspitzung, deren Zeugen wir werden, nur noch zwei Alternativen zu: die Vollendung des technokratischen Turmbaus oder eine heftige Reaktion, das, was er eine »wilde Entglobalisierung« nennt. Als Träger einer solchen Strömung seien linke wie nationalpopulistische Parteien vorstellbar, die nicht nur gegen die Erstarrung und Korruption der Eliten auftreten, sondern es schaffen könnten, eine Menge an Normalbürgern hinter sich zu sammeln, die weniger ideologisch, als vielmehr daran interessiert sind, ihre Selbstverteidigung zu organisieren. Es liegt auf der Hand, daß Taguieff den Front National in der Gestalt, die er heute annimmt, als ersten Anwärter auf eine entsprechende Funktion im politischen System Frankreichs betrachtet.

»Die falsche Klarheit der Kategorie ›extreme Rechte‹ oder ›radikale Rechte‹ hat das wichtigste Hindernis geschaffen für ein Verständnis jener global auftretenden, nichtmarxistischen Infragestellung der heutigen Gesellschaften. Sie hat dazu geführt, die Neopopulismen der europäischen Rechten darauf zu reduzieren, daß es sich um eine ›Gefahr für die Demokratie‹ handele, dabei sind sie zuerst ein Symptom der Erkrankung der Demokratie, ein Ausdruck der Vertrauenskrise in den pluralistischen Demokratien oder den repräsentativen Demokratien, im doppelten Kontext eines Europa, das selbst betroffen ist von einer schweren und multidimensionalen Krise und einer unkontrollierten Globalisierung, die ihre negativen Wirkungen entfaltet.«

Pierre-André Taguieff: *Le nouveau national-populisme*

Literaturhinweise:

Michael Böhm: *Alain de Benoist. Denker der Nouvelle Droite,* Schnellroda 2008;

Nicolas Lebourg/Joseph Beauregard: *François Duprat. L'homme qui inventa le Front national,* Paris 2012;

Armin Mohler: *Die französische Rechte,* München 1958;

Pierre-André Taguieff: *Le nouveau national-populisme,* Paris 2012.

Das Volk verachten, dem Souverän schmeicheln

von Martin Lichtmesz

Es wäre eine schöne makabre Pointe gewesen, die sich der Weltgeist leider entgehen ließ: Beinahe wäre Deutschland am selben Wochenende Europameister im Fußball geworden, an dem der Bundestag mit überwältigender Mehrheit und trotz Einspruchs aus Karlsruhe den Vertrag zum »Europäischen Stabilitätsmechanismus« (ESM) verabschiedete. Das Land wäre unterdessen siegesbesoffen in einem Meer aus Schwarzrotgold versunken, die *Bild*-Zeitung hätte (doppelbödig) »Wir sind EURO« getitelt und ein Foto mit einer jubelnden Angela Merkel wäre durch die Weltpresse gegangen. Und während das Volk seine Party feierte, würde still und leise eine unkündbare Absaugpumpe an die nationalen Geldsäcke gelegt und das Budgetrecht des Parlaments weitgehend außer Kraft gesetzt. Wer auch immer die ESM-Abstimmung zeitgleich mit der EM ansetzte, wird sich wohl seinen Teil dabei gedacht haben. Vermutlich hat man auf einen Sieg Deutschlands geradezu gehofft.

Andererseits ist es nicht gerade so, daß ein Ablenkungsmanöver dringend nötig gewesen wäre. Otto Normalwähler steht vor den Umwälzungen der Euro-Krise wie das berühmte Kaninchen vor der Schlange, überflutet mit widersprüchlichen Informationen über ein Macht- und Finanzsystem, dessen komplizierte Mechanismen er kaum versteht. Euro-Gegner wie -Befürworter kündigen einen herannahenden Katastrophenkometen an, und vermutlich haben sogar beide recht. Thorsten Hinz beschrieb die Lage in der *Jungen Freiheit* als eine »Lose-Lose-Situation«, also eine, in der Deutschland auf jeden Fall verliere.

So mancher Beobachter wird ähnlich fühlen wie Stefan George vor beinahe hundert Jahren: »Das meiste war geschehn und keiner sah / Das trübste wird erst sein und keiner sieht.« Indessen gibt es auch Anlaß zu einer Art Schadenfreude. Wer Augen und Ohren hat, nimmt wahr, wie die herrschende politische Klasse die Maske fallen läßt, ihre Phrasen von gestern demontiert und immer dreister ihre eigentlichen politischen Ziele ausspricht. Der deutsche Bundesbürger, der jahrzehntelang darauf konditioniert wurde, zu vergessen, was das Politische, was Selbstbehauptung, was Souveränität, was Eigeninteresse, was Partizipation überhaupt bedeutet, nimmt seine eigene Entmachtung quasi widerstandslos hin. Er ist nicht mehr imstande, Verrat, auch in seinen krassesten Dimensionen, als solchen zu erkennen, ja ihn überhaupt als Kategorie zu verstehen. Das System, das er Jahr für Jahr mit Wahlzetteln gefüttert hat, ist zu einem entmutigend unüberschaubaren Leviathan angewachsen, dessen Funktionsweise noch nicht einmal mehr diejenigen erklären können, die im Auftrag des Volkes eine parlamentarische Kontrolle ausüben sollten. Noch gibt es genug Wohlstand, noch scheint das politische System stabil, noch scheint alles bestens zu funktionieren.

Einige wenige, die unmittelbarer betroffen sind, versuchen Alarm zu schlagen: 300 deutsche Familienunternehmen finanzierten am 27. Juni ei-

»Die Funktionseliten haben das Land, aber auch sich selbst in eine hoffnungslose Lage gebracht. Um die Stunde der Wahrheit zu vermeiden, setzen sie auf eine permanente Dynamik und beschwören das Morgenrot, das irgendwann am Horizont aufglänzen soll.«

»Sie haben das Land in eine Lose-Lose-Situation manövriert, in eine Lage also, in der Deutschland auf jeden Fall verliert: Nimmt es den Bruch der Euro-Zone in Kauf, muß es die 700 Milliarden abschreiben, die die Südeuropäer ihm schulden, und vermutlich noch viel mehr. Hält es an der Euro-Zone fest, muß es in eine faktische Transferunion eintreten; zu dem einzigen Zweck, die Katastrophe ein wenig hinauszuschieben und dabei das Geld der deutschen Sparer zu verpulvern.«

Thorsten Hinz: »Kalter Staatstreich«, in: *JF* 27/2012

nen vierseitigen, sorgfältig argumentierenden »Hauptstadtbrief« mit, der der *FAZ* beilag: Der ESM sei nicht nur verfassungswidrig, er führe das Land in den Staatsbankrott. Am 1. Juli berichtete das Blatt, daß im Gegensatz dazu die deutschen Großkonzerne, die mehrheitlich gar nicht mehr in deutschem Besitz sind, völlig aus dem Häuschen seien vor Begeisterung über die »Solidarität«, die sich in den Rettungsschirmen zeige: »Zerbricht der Euro, erlebt Deutschland seine Katastrophe, rufen sie. Ein Land, das so vom Export lebt, brauche den Euro. Tausende von Arbeitsplätzen im ganzen Land stünden auf dem Spiel. Soll heißen: Unser Wohl ist auch das Gemeinwohl.« Und ihr Wille auch der Gemeinwille?

Tags darauf, am 2. Juli, erschienen in der *FAZ* zwei längere Prosastücke mit dem offenbar einzigen Zweck, mit Hilfe von suggestivem Dampf Euro (Währung) und EURO (Fußball) ineinander zu blenden. Fußball wecke patriotische Emotionen, so Reinhard Müller, »auch jenseits von Brot und Spielen«, und diese »können abgerufen werden«, und zwar nicht nur »von Populisten, gewiß«, sondern auch sinnvoll, »zum Beispiel in der Euro-Krise.« Denn im Kreml von Brüssel werde doch allen Miesmachern zum Trotz Tag und Nacht zum Wohle der Untertanen geschuftet: »Trotz übler Kampagnen und obwohl es in diesen Tagen wieder einmal um die Grundlagen, um Wohl, Wehe und Währung der EU geht, funktioniert sie. Die Gremien tagen, die Krisenmechanismen greifen ineinander. Man weiß, man gehört zusammen und braucht einander. Man will nach außen möglichst geschlossen auftreten. Aber auch nicht die nationale Identität verlieren«, müsse man aber auch gar nicht und ebensowenig »Stolz und Souveränität«.

In diesem Stil wird genebelt, bis Müller die Katze aus dem Sack läßt: »Die Ablösung des Grundgesetzes durch das deutsche Volk? Warum sollte man eine bewährte Verfassung in Frage stellen? Oder sollte, muß man über den Fortgang der europäischen Integration abstimmen lassen?« Immerhin: »Wird … Deutschland faktisch … dauerhaft in den Rang einer europäischen Kommune herabgestuft, in der ein europäischer Sparkommissar über konkrete Einnahmen und Ausgaben entscheidet, hat es seine staatliche Souveränität aufgegeben. Diesen Schritt könnte auch der verfassungsändernde Gesetzgeber nicht allein gehen. Es ist alles andere als einfach, das Volk zu diesem Schritt zu befragen.« Soll wohl heißen: »zu manipulieren«. Denkt einfach daran, wie gut ihr euch beim EM-Gucken gefühlt habt: »Die Bürger aber, die Völker, deren Mannschaften beim Fußball angefeuert werden, sind die Grundlage dieser Europäischen Union.« In dieselbe Harfe griff Konrad Schuller mit seinem Beitrag »Euro-Volk«: »Die EM war Demonstration von europäischer Offenheit und entspanntem Patriotismus.«

»Der Glaube an den Parlamentarismus, an ein *government by discussion*, gehört in die Gedankenwelt des Liberalismus. Er gehört nicht zur Demokratie. Beides, Liberalismus und Demokratie, muß voneinander getrennt werden, damit das heterogen zusammengesetzte Gebilde erkannt wird, das die moderne Massendemokratie ausmacht.«

Carl Schmitt: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*

Derartige Töne waren nicht nur aus der *FAZ* zu vernehmen. Am 28. Juni brachte die *Zeit* pünktlich zur Bundestagsabstimmung einen Leitartikel mit dem Titel: »Mehr Volk wagen«. Den Hintergrund bildete ein Interview mit Wolfgang Schäuble im *Spiegel* (26/2012), in dem dieser andeutete, daß in baldiger Zukunft eine Volksabstimmung nötig wäre, um die Verfassung zu ändern. Mit anderen Worten: Der Artikel 146 des GG, der besagt, daß das Grundgesetz »seine Gültigkeit an dem Tage« verliere, »an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist«, soll als Joker gezogen werden, um die letzten Hindernisse auf dem Weg zum europäischen Superstaat zu beseitigen. Dieser aparte Gedanke wurde bald darauf auch von anderen Politikern dezent weitergestreut. Matthias Geis stellte dies in der *Zeit* als einen mutigen, erfrischenden Vorstoß Schäubles dar: »Europa ist zu lange nur ein Projekt seiner Eliten gewesen«, und »weil es der etablierten Politik inzwischen an Kraft und Legitimation mangelt« und es »verfassungsrechtliche Grenzen der Integration« gebe, brauche man nun »den Souverän selbst, der seine Bereitschaft erklärt, nationale Kompetenz und politisches Vertrauen auf ein neues Europa zu übertragen.« Damit läge Schäuble voll »im Trend« und käme dem »wachsenden Partizipationsanspruch« der »Bürger« entgegen. Aber das wäre freilich nur die »notwendige Ausnahme«, denn man könne doch den »Bauplan des künftigen Europas« nicht der »kollektiven Weisheit der Schwarmintelligenz« überlassen.

Damit bringt es der Apologet der Schäuble-Politik fertig, in ein und demselben Absatz dem »Souverän« zu schmeicheln und ihm vor die Füße zu spucken. Dieser taugt gerade noch dazu, mit einem Kreuzchen seiner

Entmachtung zuzustimmen. Danach hat er genug »partizipiert« und darf sich mitsamt seiner »Schwarmintelligenz« verabschieden. Wenn dies nun »mehr Volk wagen« bedeutet, was war eigentlich bisher mit dem Evergreen »mehr Demokratie wagen« gemeint, den Schäuble wiederholte, als er im Mai 2012 den Karlspreis verliehen bekam? Die Hypnosewirkung des Wörtchens »Demokratie« hat lange genug verschleiert, daß sich in dem politischen Massensystem, das sich heute so bezeichnet, zwei verschiedene Stränge verknüpfen, Demokratie und Parlamentarismus, deren Gegensätzlichkeit Carl Schmitt in seinem Aufsatz *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* (1923) herausstellte. Da sich nun die herrschende Klasse immer weiter davon abgekoppelt hat, die Interessen des Volkes zu vertreten (»sein Wohl zu mehren«), und sich gegen eine Kontrolle ihres Tuns weitgehend abgesichert hat, tritt die Heterogenität beider Bestandteile deutlich hervor. In der zeitgenössischen BRD meinte »Demokratie« in erster Linie eine »bestimmte Art von Liberalismus« (Schmitt). Wenn Schäuble von »Demokratie« spricht, dann meint er nicht die Herrschaft des Demos, sondern jene des EU-Machtapparats, der sich immer mehr der demokratischen Einwirkung entzieht, sprich: seine eigene. Zum Feind hat seine Klasse den Oppositionellen »populistischer« Prägung erklärt, der »direkte« (also eigentliche) Demokratie gegen die »Diktatur« Brüssels fordert. So kommt es, daß in Deutschland die »Populisten« von links (Die Linke) und in Österreich die »Populisten« von rechts (FPÖ, BZÖ) die einzigen nennenswerten Parteien sind, die Widerstand gegen den ESM leisten. Dazu paßt auch, daß der Staat zum Teil mit Berufung auf das GG jene als »Extremisten« zu ächten versucht, die allzu emphatisch den demographischen und kulturellen Bestand des deutschen Volkes, ja den Begriff selbst, zum politischen Thema machen wollen.



Franz Masereel: Arbeiter, 1949

Dieselbe Klasse, die seit Jahrzehnten »Verfassungsfeinde« »beobachtet« und brandmarkt und den »Verfassungspatriotismus« als einzig erlaubten propagiert, arbeitet gerade mit Nachdruck daran, eben diese Verfassung auszuhebeln. Nach Bundespräsident Gauck und Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger erteilte auch der 93jährige Helmut Schmidt den Spielverderbern in Karlsruhe einen Rüffel: Nun seien »Entschlußkraft und Opferbereitschaft« geboten. »Man muß sein Herz über die Hürde werfen. Das gilt ganz gewiß auch für uns Deutsche und ganz gewiß auch für das Bundesverfassungsgericht.« Von »einem Vorrang deutschen Interesses« sei im Grundgesetz ohnehin keine Rede. Dies veranlaßte Günther Lachmann in der *Welt* vom 3. Juli, gravierende »Auflösungserscheinungen der demokratischen Ordnung« festzustellen. Dennoch oder gerade deswegen spricht Schmidt von »uns Deutschen«. Die Putschisten können kaum noch verbergen, daß sie die eigentlichen Verfassungsfeinde sind. Darum wohl die Renaissance des pathosgeladenen Begriffs vom »Volk«, den man doch am liebsten durch das indifferente Wort »Bevölkerung« oder ein sozialpädagogisches »Menschen in Deutschland« ersetzt sähe.

Was aber ist das »Volk«? Nach wie vor schlüssig ist Spenglers Definition, daß Volk weniger von »der Einheit der Sprache« noch der »leiblichen Abstammung« bestimmt sei, sondern sich in erster Linie durch eine »seelische« Verfassung konstituiere. Das Volk sei von der bloßen Bevölkerung vor allem durch das »innere Erlebnis« des »Wir« unterschieden. So gesehen, gibt es gewiß noch ein deutsches Volk, das seelische Prädispositionen teilt, die andere »Menschen in Deutschland« (mit deutschem Paß oder ohne) nicht kennen. Aber die Meinungsmacher haben sorgfältig darauf geachtet, daß dieses »Wir«-Gefühl nur unverfängliche und kontrollierbare Ventile findet, wie eben den Fußball-»Patriotismus«. Denn eine wirkliche »Wir-Findung« würde unerwünschte machtpolitische Konsequenzen haben. In seiner Rolle als Demos, wozu auch eine Willensentscheidung gehört, hat das sogenannte Volk aber kläglich versagt. Allenfalls auf der Fanmeile zeigt es sich noch. Günter Maschke machte sich 1997 in einem Interview über jene Rechte lustig, die an die Fiktion von der »Volkssouveränität« glaube: »Sie ist sogar vulgär-rousseauistisch: Das Volk ist gut. Bei ihr ist aber nicht der Kapitalismus schuld, sondern die Vergangenheitsbewältigungsindustrie oder die Alliierten oder das korrupte Fernsehen. Doch muß man wohl zugeben, daß das deutsche Volk seelisch und intellektuell völlig verkrüppelt und heruntergekommen ist; es ist um keinen Deut in einem besseren Zustand als die politische Klasse.«

Letztere indes profitiert von der Verkommenheit des nominellen »Souveräns«: Dieser hat sich inzwischen schon so daran gewöhnt, die Macht per Wahlzettel zu delegieren, daß er nicht einmal mehr imstande ist, wenigstens sein Sparschweinchen zu verteidigen, also die Basis seiner (im Kern apolitischen) Zufriedenheit mit der »Demokratie« seit Anno Wirtschaftswunder. Er reagiert nicht einmal mehr dort, wo der Raub seines Wohlstands und der Währungssicherheit beginnt. Das erinnert an Spenglers Beschreibung vom Übergang Roms von der Republik zum Kaiserreich: Die Rechte, für die noch die Großväter gestorben waren, seien bereits den Enkeln gleichgültig geworden.

Darum haben die »Populisten« mit ihren altromantischen Vorstellungen vom Demos, den man auf die Straße trommelt, damit er unter »Wir sind das Volk«-Rufen die Berliner Mauer stürmt, keine Chance. Sie mobilisieren damit vielleicht ein paar verschrobene »Wutbürger« und Stammtischplebejer, die sich gern als »Souverän« ansprechen lassen, aber die breiten Mittelschichten, auf die es ankommt, werden damit nicht erreicht – diese wählen weiter, automatengleich und trotz aller Evidenz vertrauensblind, jene Parteien, die dabei sind, sie auszubooten. Wenn nun Schäubles Verbündete in den Medien aus taktischen Gründen »populistische« Begriffe wie »Identität« und »Volk« aufgreifen, so lauert auch hier ein zweischneidiges Schwert. Denn »deutsche Identität« bedeutet heute vor allem, erpreßbar zu sein. Maschke sah dies hellsichtig voraus: »Wenn wir dann kein Geld mehr haben, wenn sich unsere Krise verschärfen wird, wenn wir Europa nicht mehr finanzieren können, dann werden wir die größten Schweine in Europa sein und dann wird es wieder riesige Kampagnen wegen der Vergangenheit geben. … Wenn der Deutsche stolz sagen wird, daß er Europäer sei, wird ihm der Brite oder Franzose sagen, nein, du bist ein Deutscher, du Ferkel! Und da wird dieser Europäer Augen machen!«

So kann man in der *New York Times* lesen, daß Deutschland der eigentliche Schuldige an der Euro-Krise sei, während die griechische Presse Merkel als eiserne Nazikanzlerin porträtiert, die ganz Europa unter ihre Knute zwingen wolle. Und auf *Spiegel-Online* vom 26. Juni warnte (drohte?) der amerikanische Investmentbanker George Soros, daß Deutschland im Falle eines Auseinanderbrechens der Euro-Zone wieder als »Imperialmacht« wahrgenommen und »gehaßt« werden würde. Dies sagt ein besonders mächtiger und reicher Vertreter jener Hochfinanz, die heute die Zügel der Weltpolitik in der Hand hält. Soros gilt als »Philanthrop«, der aus rein humanitären Gründen Milliarden Dollar »demokratischen« Bewegungen und Menschenrechtsorganisationen in aller Welt zukommen läßt. Auch hier hat Spengler klar gesehen, als er bemerkte, daß »Demokratie und Plutokratie« im Grunde »gleichbedeutend« seien. In der Krise tritt deutlich zutage, daß auch die »Demokratie« Merkels und Schäubles keinem anderen Herren dient und keinen anderen Souverän kennt als den Mammon.

»Ströme von Blut hatten zur Zeit der kämpfenden Staaten das Pflaster aller Weltstädte gerötet, um die großen Wahrheiten der Demokratie in Wirklichkeit zu verwandeln und Rechte zu erkämpfen, ohne die das Leben nicht wert schien, gelebt zu werden. Jetzt sind diese Rechte erobert, aber die Enkel sind selbst durch Strafen nicht mehr zu bewegen, von ihnen Gebrauch zu machen.«

»Sie verhalten sich wie der Wunsch zur Wirklichkeit, wie Theorie und Praxis, wie die Erkenntnis zum Erfolg. Es ist das Tragikomische an dem verzweifelten Kampf, den Weltverbesserer und Freiheitslehrer auch gegen die Wirkung des Geldes führen, daß sie es eben damit unterstützen. Zu den Standesidealen des Nichtstandes gehört sowohl die Achtung vor der großen Zahl, wie sie in den Begriffen der Gleichheit aller, der angebornen Rechte und weiterhin im Prinzip des allgemeinen Wahlrechts zum Ausdruck kommt, als auch die Freiheit der öffentlichen Meinung, vor allem die Pressefreiheit. Das sind Ideale, aber in Wirklichkeit gehört zur Freiheit der öffentlichen Meinung die Bearbeitung dieser Meinung, die Geld kostet, zur Pressefreiheit der Besitz der Presse, der eine Geldfrage ist, und zum Wahlrecht die Wahlagitation, die von den Wünschen des Geldgebers abhängig bleibt. Die Vertreter der Ideen erblicken nur die eine Seite, die Vertreter des Geldes arbeiten mit der andern.«

Oswald Spengler:
Der Untergang des Abendlandes

Kapitalismus – eine Konstante

von Heino Bosselmann

War das Wort »Kapitalismus« vor dem Sturz von Lehman Brothers den Restbeständen der Ideologien vorbehalten, erscheint es in der Gegenwart sich überlagernder Krisen dauerpräsent und avancierte vom Schmäh- zum Arbeitsbegriff. Wer immer die Krise als Argument aufruft, spricht wieder offensiv vom Kapitalismus und verspricht sich davon die Frische einer neuen politischen Unmittelbarkeit – nicht zuletzt deswegen, weil das Wort »Kapitalismus« so alt klingt, wie es in Frakturbuchstaben aussähe. Was? Immer noch Kapitalismus? Jener, der längst vergessen war, längst verfeinert zur sozialen Marktwirtschaft, überwölbt von einer gerechtigkeitsfanatischen Demokratie mit ihren Diskriminierungsverboten und der neuen Menschlichkeit samt »Inklusion« von allem und jedem? Die Parteien überbieten sich im rechtlichen Sicherstellungsdenken, das die zunehmenden Härten im Sozialen kulturell und juristisch scheinkompensieren möchte. Und doch schreitet durch diese Harmonisierungsrunden der »politischen Mitte« immer wieder das häßliche Reizwort »Kapitalismus«. Zu seinen Auftritten paßt die Anfangszeile von Georg Heyms Gedicht »Krieg«: »Aufgestanden ist er, welcher lange schlief«.

Was also? Orakel eines neuen Weltendes? Doch wieder Revolution? Diesmal nicht so blutrünstig wie im zwanzigsten Jahrhundert, sondern kunterbunt gewitzt wie die jugendliche Occupy-Bewegung? Erneuerung durch die sogenannte Zivilgesellschaft, innerer Wandel, Läuterung im Sinne des Hegelschen Weltgeistes und seiner »List der Vernunft«? Mit all den neulinken Emanzipationsbewegungen erlebt folgerichtig tatsächlich die Hegel-Rezeption eine Renaissance, weil wieder darauf gehofft werden soll, daß sich die »Vernunft in der Geschichte« durch irdisch-verkörperte Gestalten vollziehe und »das Wahre nicht als Substanz, sondern ebensosehr als Subjekt aufzufassen« wäre. Der linke Poptheoretiker Diedrich Diederichsen wiederholt unermüdlich sein Mantra: »Der Marxismus mag wiederkommen, wenn er verstanden hat, warum er weg war.« Alles, was sich von diesen Quellen nährt, der Impetus des Klassenkampfes ebenso wie Blochs »Prinzip Hoffnung«, schöpft neue Kraft und hübscht sich auf zum großen Wandel – intellektuell, ethisch und ökologisch so geläutert, daß es der altmodischen Barrikade nicht mehr bedarf, zumal sich der Kapitalismus sowieso selbst zu erledigen scheint, offensichtlich unfähig zu noch weiteren verblüffenden Metamorphosen.

Aber: Kommt dem Kapitalismus überhaupt eine explizit geschichtliche Epoche zu, die irgendwann begann und irgendwann enden wird, so wie der Historische Materialismus marxistischer Formationstheorie, Hegels idealistische Geschichtsphilosophie umbauend, es zu fassen und zu prognostizieren meinte? Oder ist diese »Gesellschaftsordnung« nicht allgemeiner Ausdruck der Geschäfte des Menschlichen, ganz generell, so wie man diese schon immer betrieb, selbst vor der Industriellen Revolution und ohne die rasant entwickelten Maschinerien und Kapitalien

»Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckige Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, umbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als die gefühllose ›bare Zahlung‹. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlerworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt.«

Karl Marx/Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*

der Moderne? Kurz: Kann der Kapitalismus, der mit anthropologischen Grundbestimmungen lange und beeindruckend zusammenspielte, seiner grundsätzlichen Verfaßtheit nach nicht als große Konstante gelten, die geschichtlich von der Frühzeit an durchweg präsent war und nicht abgelöst oder ersetzt werden kann – gerade nicht durch ein gemutmaßt Besseres?

Mindestens wird man behaupten können: Markt war immer! Das Ökonomische, mithin das Denken in Kategorien wie Leistung, Gewinn und Genuß, ist nicht das isoliert und abspaltbar Böse, sondern Teil der *conditio humana,* die bislang durch revolutionäre Eingriffe, etwa die Abschaffung des »Privateigentums an Produktionsmitteln«, nicht verbessert, sondern, im Gegenteil, pervertiert wurde.

Die urkonservative Akzeptanz solcher menschlichen Konstanten macht die konservative Kritik an den Zuständen ebenso simpel wie hilflos: Es darf nicht alles zur Ware werden! Nicht die Wirtschaftsmathematik hat die Krise verursacht, sondern der mit seinen Bedürfnissen und Vorstellungen deren Variablen bestimmende Mensch, der als globalisierter, entgrenzter Konsument heute natürlich andere Möglichkeiten hat als jener, der vor hundert Jahren ortsgebunden und im Vergleich geradezu mittellos einkaufte. Ungefähr in diese Richtung stößt Alain de Benoist vor. In seinem jüngst in der Edition JF erschienenen Buch *Am Rande des Abgrunds* kritisiert er den gegenwärtigen Kapitalismus, nach seiner Auffassung einen »Kapitalismus dritten Typs«, auf eine Weise, die marxistisch anklingen würde, wären nicht die Auffassungen zu Staat und Nation ganz andere. Die Krise als Korrektiv ist für Benoist eine Folge der dem System strukturell immanenten Fixiertheit auf quantitatives Wachstum – forciert durch die Regie des Finanzkapitals und die von ihm bedienten Konsumentenerwartungen. Durch den vom Kapital geschaffenen globalisierten, also barrierefreien Markt geriet die Arbeiterschaft Westeuropas immer mehr unter den Druck der Billigkonkurrenz, ihr Realeinkommen sank. Da die Bedürfnisse aber blieben, wurde über Kredite finanziert. Verschuldungen füllten Kaufkraftlücken. Der Schuldendienst wuchs sich staatlich wie privat zum immer größeren Etatposten aus. Indem der moderne Kapitalismus ursprüngliche Regularien aufhob, so Benoist in einem Interview, habe er die »Verwurzelung in der Nation verloren«: »Der Markt hat kein Vaterland, das Vaterland ist da, wo der meiste Profit ist.« Diese Tendenz befördere »Delokalisierung« und die »Entortung des Systems«.

Verantwortlich für die Misere sind also nicht allein »der Kapitalist« oder »der Banker«, die von jeher die Interessen der Konsumenten von Produkten bedienen, sondern eingebunden sind alle, die an Produktion und Konsumtion einer hypertrophen Objektwelt von Waren und Dienstleistungen teilhaben, mithin jeder. Hochproblematisch, daß das Gemeinwesen sich rein utilitaristisch als Wohlstands- und Konsumentendemokratie versteht und daher nicht in der Lage ist, existentiell notwendige Korrekturen, etwa Reduktionen des Übermaßes, anzusteuern, sondern statt dessen einen Status quo zu bewahren sucht, der gerade in die Krise hineingeführt hat. Eine Politik, die willfährig einer große und größte Räume, hohe und höchste Dividende suchenden Ökonomie alles überläßt und die damit verbundene Globalisierung und »europäische Integration« – beides reine Marktplätze – als großen Völkerfrieden mißdeutet, hat ihren Gestaltungswillen schon aufgegeben und degeneriert zur bloßen Marketingagentur im Sinne »marktkonformer Demokratie«. Und: Ja, es gibt die Weltwirtschaft. Seit dem Altertum und insbesondere seit 1492. Aber es gibt keine Weltregierung. Sie wäre eine Monstrosität. Gestalten können nur Nationen, Regionen, Kulturen, in freiem Verkehr, aber in sich. Alles andere ist keine Gestaltung, sondern Nivellierung. Weil Deutschland nach regierender Leitlinie für sich keine Größe mehr sein soll, formuliert die Politik keine nationalen Perspektiven, sondern abstrakte, also »europäische« oder »globale«.

David Graeber, Ethnologe und als Anarchist erklärtermaßen Antikapitalist, versucht das Problem in seinem jüngst erschienenen Buch, *Schulden. Die ersten 5000 Jahre,* grundsätzlich anzugehen, indem er meint, daß den Markt primär nur zwei Grundbedingungen in Gang setzten – Gewalt und Schulden. Jedes Gut, einerlei ob materiell oder ideell, alles, was seinen Besitzer aus Bedürfnissen heraus wechselt, begründe eine Schuld – und sei es letztlich die ins Religiöse verklärte gegenüber Gott oder dem Kosmos

»Der Kapitalismus ist der Zauberlehrling. Er hat Kräfte beschworen, die vollkommen außer Kontrolle geraten sind und uns nun mit der Vernichtung bedrohen. Der Sozialismus soll diese Kräfte nicht etwa steigern, sondern sie unter vernünftige Kontrolle des Menschen bringen.«

Terry Eagleton: *Warum Marx recht hat,* S.

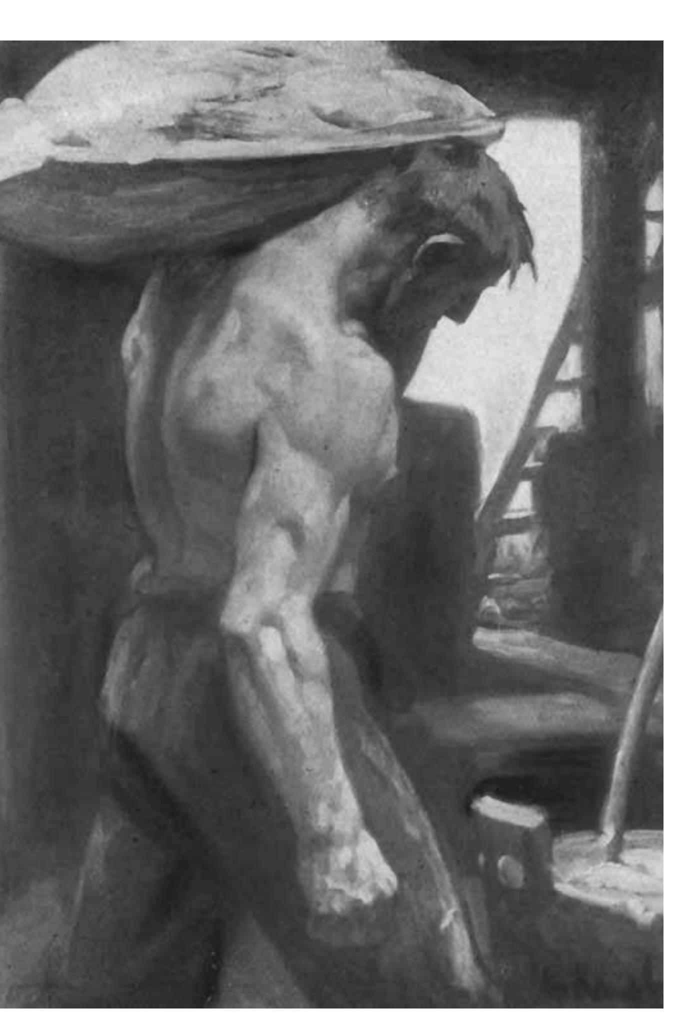
»Leben ist wesentlich Aneignung, Verletzung, Überwältigung des Fremden und Schwächeren, Unterdrückung, Härte, Aufzwängung eigener Formen, Einverleibung und mindestens, mildestens Ausbeutung – aber wozu sollte man immer gerade solche Worte gebrauchen, denen von alters her eine verleumderische Absicht eingeprägt ist?«

Friedrich Nietzsche: *Jenseits von Gut und Böse. Vorspiel einer Philosophie der Zukunft*

»Natürlich muß zugegeben werden, daß die Art und Weise, in der die Wohltaten und Lasten durch den Marktmechanismus verteilt werden, in vielen Fällen als sehr ungerecht angesehen werden müßte, wenn sie das Resultat einer absichtlichen Zuteilung an bestimmte Leute wäre. Aber dies ist nicht der Fall. Diese Anteile sind das Ergebnis eines Prozesses, dessen Auswirkungen auf bestimmte Leute weder beabsichtigt noch von irgend jemandem vorhergesehen war, als diese Institutionen entstanden – Institutionen, die man beibehielt, weil man fand, daß sie für alle oder die meisten die Aussichten auf Bedürfnisbefriedigung verbessern.«

Friedrich August von Hayek: *Recht, Gesetzgebung und Freiheit,* S. 95.

für die eigene Existenz, gewissermaßen die Erbsünde. Jeder Anfang gründe solcherart in einem Schuldbucheintrag. Daß Graeber den Kapitalismus damit aufzuheben meint, die vermeintlich böse Bargeldwirtschaft zugunsten der vermeintlich guten Buchgeldwirtschaft abzulösen und so gleich noch den über Steuern schatzbildenden und gewaltmonopolistischen Hauptkapitalisten Staat abzuschaffen, um endlich die große Fairneß ausrufen zu können, mag der linken antihobbesianischen Diskussion überlassen bleiben; aber daß die Geschichte menschlichen Güteraustausches ohne die Determinanten Schulden und Gewalt nicht zu denken ist, stimmt in Abstraktion durchaus und unterscheidet den Kapitalismus überhaupt nicht von älteren Kapiteln der Menschheitsgeschichte.



Arthur Kampf, Studie zum Magdeburger Freskogemälde, 1905

Daß etwa jede gemeinsame Anstrengung Kapitalkonzentration voraussetzt, diese aber im Vollzug eine ideal vorgestellte Gemeinschaft sprengt und im weitesten Sinne Gewalt bedingt, ist im Kapitalismus augenfälliger zu erkennen als in der mittelalterlichen Feudalstruktur oder der antiken Welt. Wenn der Marxismus sich ein intellektuelles Verdienst erwarb, dann jenes, die klaren Analysen der klassischen englischen Ökonomie auf das Gesellschaftliche, also die Politik übertragen und sie so ihrer vielfältigen Verbrämungen entkleidet zu haben.

Graeber sieht Alternativen zum Schulden-und-Gewalt-Kapitalismus nur dort, wo Verfahren der Beteiligung entwickelt werden. Das jedoch beträfe jenseits grasrevolutionärer Träume die Grundfrage nach der Teilhabe, also nach Macht und Befugnis der Akteure, und damit wäre man eher als bei Luhmann oder Rawls bei Carl Schmitt, der zur Staats- und Rechtsphilosophie ähnlich markant klare Aussagen traf wie der frühe, eigentlich noch nicht marxistische Marx es hinsichtlich des Niederschlags alles Ökonomischen in der Gesellschaft vermochte – beide in ihrer luziden Sprache oft als kränkend empfunden, gerade so aber die Verschwommenheiten von Euphemismen aufklärend.

In einer Ökonomiekolumne der Juni-Ausgabe des *Merkur* weist der Frankfurter Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe darauf hin, daß die »zeitweise Verschärfung der Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem kein Moment seines ›Untergangs‹, sondern Teil seiner Dynamik« sei, und er zieht dafür das wirtschaftsgeschichtlich so stimmige wie beinahe anmutige Bild der »langen Wellen« Joseph A. Schumpeters heran. Der Ökonom hatte 1939, aufbauend auf Nikolai Kondratjew, die These formuliert, wirtschaftliche Entwicklung sei durch lange, von Basisinnovationen getragene Aufschwungphasen gekennzeichnet, nach denen die Dynamik ebenso langfristig abklingt, ein gedehntes Auf und Ab, über die Kurzläufigkeiten von Boom und Krise hinausgreifend. Beispielsweise erkennt Schumpeter einen ersten Zyklus von 1770 bis 1830, dessen Aufschwung durch die Industrielle Revolution in England bestimmt ist, der Abschwung von der Ausbreitung der Textilindustrie und dem damit zusammenhängenden Pauperismus. Weitere Wellen weitgezogener Amplituden schließen sich an, bis hin zum vorerst letzten Anstieg von der Mitte der 1940er bis zum Beginn der 1970er Jahre, der Wohlstandsphase des Westens, maßgeblich bestimmt von der Automobilindustrie, abgelöst wiederum von Wachstumsdämpfung und dem Strukturwandel ab etwa 1980, bis die mikroelektronische Revolution und Marktbeschleunigungen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks über neue Finanzprodukte erst einen Hype und dann die Krise der Banken, Haushalte und Währungen auslösten. Damit werde es sich aber nicht um das Ende des Kapitalismus handeln. Plumpe sieht den Fehler der Linken darin, »daß sie die empirischen Befunde der Abschwungphasen zu systemtypischen Merkmalen generalisiert und auf dieser überaus unsicheren Basis dann (Untergangs)Prognosen erstellt.«

»Geld regiert heute in einem sehr realen Sinn die Welt. Die bürgerliche Rechte hat sich ihm schon lange angedient. Die etablierte Linke hat sich unter dem Vorwand des ›Realismus‹ ebenfalls mit Haut und Haaren der Marktwirtschaft verschrieben, also der ungehinderten Kapitalbildung. Das Vokabular der Wirtschaft ist allgegenwärtig. Geld ist der unvermeidliche Bezugspunkt für sämtliche Arten von Wünschen und Begierden. Doch das System des Geldes wird am Geld untergehen.«

Alain de Benoist: *Am Rande des Abgrunds*, S. 11

Eindrucksvolles Beispiel einer anderen Fehleinschätzung ist die verhängnisvolle Annahme Karl Marx', Kapitalismus und bürgerliches Zeitalter wären aus systemimmanenten Gründen im neunzehnten oder frühen zwanzigsten Jahrhundert am Ende. Daß nur die »historische Mission der Arbeiterklasse« Befreiung, Glück, ja überhaupt den Fortgang der Geschichte sichern könnte, kam einhundertfünfzig Jahre lang einer säkularen Heilserwartung gleich, die für die Arbeiterbewegung kulturbildend wirkte, mit der kommunistischen Radikalität allerdings schreckliche Konsequenzen heraufbeschwor. Daß der erwartete Untergang des Kapitalismus nicht erfolgte, gab nach Marx' Tod in der Sozialdemokratie – befördert durch die Bismarcksche Sozialgesetzgebung – zu einem Revisionismus Anlaß, der von Marx weg und zur gesellschaftlichen Integration der Arbeiterschaft hinführte – innerhalb des Kapitalismus! Der kommunistischen Bewegung erging es ähnlich: Das immer wieder orakelte Absterben des Kapitalismus trat trotz verheerender Krisenereignisse und Kriege nicht ein, und es mutet heute kurios an, welche Erklärungen sich die Linke dafür erfand.

Ein Vorteil der Konservativen und Rechten mag darin liegen, daß sie nicht reflexartig von Menschheitsbefreiung zu träumen beginnen, wenn das System mal knirscht, daß sie den sirenischen Reiz der Utopien zugunsten pessimistischen Lebensernstes meiden, wissend, daß, wer mit utopistischer Sinngebung aufbrach, oft genug hinterm Stacheldraht ankam. Dagegen ist etwa das Grundmotiv Ernst Blochs gerade das Aufsuchen der angeblich allüberall verborgenen konkreten Utopien. Wenn auch, »solange der Mensch im Argen liegt«, das »Noch-Nicht-Bewußte, Noch-Nicht-Gewordene … den Sinn aller Menschen und den Horizont alles Seins erfüllt«, so sei es von der Philosophie als Begriff nie durchdrungen worden, argumentiert sein Hauptwerk. Für die Linke liegt das »Prinzip Hoffnung« in einer gestaltbaren Utopie; die Rechte hingegen fragt danach, ob der Mensch das aushält, und warnt vor der Hybris, die solche letzten Welten schafft, wie es Robespierre, Stalin, Mao, Pol Pot versuchten.

Sicher unfreiwillig war Ernst Bloch seinem Gegenbild Friedrich Nietzsche nicht unähnlich, pflegte er doch erzählend, essayistisch, aphoristisch den Stil des Predigers und Propheten, und wie sein Held Thomas Müntzer sieht er einem neuen Himmel und einer neuen Erde entgegen und verfaßte darüber eine geradezu expressionistische Prosa. Sein erklärtes Ziel ist es, »an die Hoffnung, als eine Weltstelle, die bewohnt ist wie das beste Kulturland und unerforscht wie die Antarktis, Philosophie zu bringen.« Diese »Weltstelle Hoffnung« ist auch der Ort gegenwärtiger Kapitalismuskritik. Die ist angesichts finanzkapitalistischer Exzesse berechtigt! Nur: Gab es je eine grundsätzliche Alternative? Die letzte, jene von 1917ff., generierte einen »Sozialismus« in staatskapitalistischer Varianz, ein System, das den Planeten noch gnadenloser ausgebeutet haben würde, hätte es über das technische Besteck und den globalen Einfluß verfügt. Dessen Rhetorik war antikapitalistisch, ja antiimperialistisch, seine Ökonomik war es grundsätzlich nicht. Marx selbst kann nicht nur als großer Kritiker des Kapitalismus gelten, sondern ebenso als dessen früher Bewunderer, ebenso wie der realexistierende Sozialismus den volkswirtschaftlichen Parametern nach der Logik seines Gegners folgte, auf ihn fixiert war und ihn wirtschaftlich zu besiegen trachtete.

Die Linke wünscht sich viel und steckt philosophisch gern im Als-ob. So wünschte sich Blochs Weggefährten, Georg Lukács, daß es schon geistesgeschichtlich doch besser bei Kant und Hegel geblieben wäre. Schelling, noch mehr aber Schopenhauer und Nietzsche hingegen hätten die vermeintlich sichere Vernunft in der Philosophie vorsätzlich verdorben, weshalb das aufgeklärte Bürgertum dann zur Dekadenz verkam: Philosophie erscheint so als fortschreitende Paralyse, Imperialismus als deren somatische Folge, Hitler und Mussolini als Vollstrecker vermeintlich irrationalistischer Denker des neunzehnten Jahrhunderts. Die Linke möchte sich die Welt gutdenken und das Böse ausweisen. Wohin eigentlich?

Die gegenwärtige Krise hat das Zeug zur Größe. Wirtschaftlich und rechtlich wird man umbauen müssen, aber auf revolutionäre Weise nichts ursprünglich Andersartiges gründen können. Es wäre dies ein neuer Alptraum. Je konsequenter die bürgerliche Politik zu Korrekturen bereit ist, um so wirksamer wird radikalen Ausschlägen zu begegnen sein.

Literaturhinweise:

Alain de Benoist: *Am Rande des Abgrunds – Eine Kritik der Herrschaft des Geldes,* Berlin 2012;

Ernst Bloch: *Das Prinzip Hoffnung,* in: ders.: *Gesamtausgabe in 16 Bänden,* Frankfurt a.M. 1985;

Terry Eagleton: *Warum Marx recht hat,* aus dem Englischen von Hainer Kober, Berlin 2012;

David Graeber: *Schulden. Die ersten 5000 Jahre,* aus dem Englischen von Ursel Schäfer, Hans Freundl und Stephan Gebauer, Stuttgart 2012;

Friedrich August von Hayek: *Recht, Gesetzgebung und Freiheit,* Bd. 2: *Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit. Eine neue Darstellung der liberalen Prinzipien der Gerechtigkeit und politischen Ökonomie,* Landsberg 1981;

Karl Marx/Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei,* Stuttgart 1969ff;

Werner Plumpe: »Die Konjunkturen der Kapitalismuskritik« in: *Merkur* (2012) 757, S. 523–530;

John Rawls: *Eine Theorie der Gerechtigkeit,* übers. von Hermann Vetter, Frankfurt a.M. 1975;

Frank Ruda: *Hegels Pöbel,* Konstanz 2012;

Joseph A. Schumpeter: *Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses* (1939), Göttingen 1961;

Reinhard Spree: *Lange Wellen wirtschaftlicher Entwicklung in der Neuzeit. Historische Befunde, Erklärungen und Untersuchungsmethoden,* Köln 1991.

Staatsstreich und Widerstandsrecht

von Manfred Kleine-Hartlage

Was immer man am Grundgesetz kritisieren mag: Eine zahnlose Verfassung ist es nicht. Seine Väter haben, ohne Carl Schmitt beim Namen zu nennen, die notwendigen Konsequenzen aus dessen Erkenntnis gezogen, daß die staatliche Neutralitätspflicht den Staat nicht zur Neutralität gegenüber seinen Feinden verpflichten kann, daß der Feind eines liberalen Verfassungsstaats derjenige ist, der dessen tragende Verfassungsprinzipien außer Kraft zu setzen unternimmt, und daß ein Staat, der es aus falsch verstandener Neutralitätspflicht unterläßt, solche Feinde zu bekämpfen oder auch nur als solche zu benennen, sich in logische und juristische Widersprüche verstrickt, an denen er zugrunde gehen muß. Er hört dann auf, eine politische Einheit zu sein, und wird zum bloßen Kampfobjekt.

Carl Schmitt: *Legalität und Legitimität,* München 1932.

Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen,* München 1932.

Der historische Präzedenzfall, an dem das aus dieser Einsicht entwickelte Konzept der »wehrhaften Demokratie« sich orientiert, dessen Wiederholung mithin unter allen Umständen verhindert werden sollte, ist die Machtergreifung der Nationalsozialisten: Nicht der 30. Januar, der 23. März 1933, der Tag des Ermächtigungsgesetzes, das die Verfassung mit verfassungsmäßigen Mitteln beseitigte, war der Tag des legalen Staatsstreiches.

Das Prinzip, das hinter der Idee der wehrhaften Demokratie steht, lautet also keineswegs »Keine Freiheit den Feinden der Freiheit« – eine ebenso absurde wie totalitäre Phrase, die aber gerne von denen bemüht wird, die es nötig haben, die eigene Intoleranz demokratisch zu bemänteln; es lautet vielmehr »Keine Macht denen, die diese Macht zur Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung mißbrauchen«. Das ist ein grundlegender Unterschied: Das Grundgesetz legitimiert nicht den Ausschluß von Extremisten aus der öffentlichen Meinung, und es gestattet weder Gesinnungsjustiz noch ideologische Apartheid.

Die »wehrhafte Demokratie« zielt vielmehr auf Machthaber – auf Oppositionelle jedoch zielt sie ausschließlich in deren Eigenschaft als potentielle Machthaber. Sie zielt darauf, den Verfassungskern (Republik, Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat, Menschenwürde) davor zu schützen, durch Mißbrauch staatlicher Gewalt auf formal legalem Wege beseitigt zu werden; solchem Mißbrauch die Legalität zu versagen; ein neues Ermächtigungsgesetz unmöglich zu machen; zu verhindern, daß die Macht in die Hände von Putschisten gerät. Sie zielt, mit anderen Worten, darauf, genau das zu verhindern, was jetzt eingetreten ist.

ESM und Fiskalpakt sind ein Blankoscheck, der nichtgewählten supranationalen Instanzen unbegrenzten Zugriff auf das Geld des deutschen Steuerzahlers gewährt und der BRD keine Chance läßt, solche Forderungen abzulehnen; selbst die spärlichen Rechte, die ihr gegen den ESM noch verbleiben, sind wegen dessen rechtlicher Immunität faktisch bedeutungslos. Deutschland verliert die Fiskalhoheit und damit faktisch die Freiheit, irgendeine Entscheidung zu treffen, die dem ESM nicht genehm ist. Damit

wird nicht nur das Demokratieprinzip begraben, sondern mit der Souveränität auch das Prinzip der Staatlichkeit schlechthin: Ein Staat, der dulden muß, daß eine nicht-, außer- oder überstaatliche Gewalt ihm in die Kasse greifen kann, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen, ist keiner. Er ist bestenfalls noch eine Gebietskörperschaft, vergleichbar einer Kommune.

Das Vorgehen von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung ist im Sinne von Art. 20 Abs. 4 GG als Unternehmen zu qualifizieren, das auf die Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung gerichtet ist; als Hochverrat im Sinne von § 81 StGB. (Der Mißbrauch der Staatsgewalt zum Zwecke der Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung ist selbstverständlich »Gewalt« im Sinne des Hochverratsparagraphen, die Tatbestandsmerkmale des Hochverrates können also auch von Verfassungsorganen erfüllt werden, sofern diese ihre Kompetenzen für Entscheidungen mißbrauchen, die verfassungswidrig im Sinne eines gegen die Ordnung des Grundgesetzes gerichteten Staatsstreiches sind.)

Es liegt in der Natur der Situation, daß sich kein Staatsanwalt findet, der deswegen Anklage erhebt. Staatsanwaltschaften sind weisungsgebunden, und die Justizminister von Bund und Ländern gehören allesamt eben dem Parteienkartell an, das für den ESM-Putsch verantwortlich ist. Es handelt sich um das bekannte Problem, daß organisierte Regierungskriminalität so lange nicht geahndet werden kann, wie die jeweilige Regierung an der Macht ist. Freilich haben bereits die Potentaten der untergegangenen DDR die Kehrseite dieses Sachverhalts am eigenen Leibe zu spüren bekommen, als die bundesdeutsche Justiz die Gesetze der DDR auf deren frühere Herrscher anwendete. Die Arroganz, mit der die jetzigen Herrscher davon ausgehen, ihnen werde dergleichen nicht widerfahren, ist die Sorte Hochmut, die vor dem Fall kommt.

Daß diese Politik – das Volk aufzulösen und seine Rechte an supranationale Organisationen zu delegieren – mitsamt den sie begleitenden Unterdrückungsmaßnahmen schon seit Jahren im Gange ist und in der Summe aller Details einen schleichenden Staatsstreich bedeutet, habe ich und haben andere schon früh beschrieben; bisher allerdings mußte man viele Mosaiksteinchen sammeln, um das Muster herauszuarbeiten. Mit dem ESM hat sich die Lage insofern geändert, als der Putschcharakter der herrschenden Politik so offen auf der Hand liegt, daß kein ernstzunehmender Mensch ihn mehr in Abrede stellen kann. Es spricht Bände, daß politisch so unterschiedliche Beobachter wie die Kommunistin Sahra Wagenknecht, der Vorsitzende der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, und der Verfasser dieser Zeilen in diesem Punkt bis in die Formulierungen hinein übereinstimmen und nur Akteure aus dem herrschenden Putschkartell – dazu gehören auch die Medien – mit teils unfaßbar dreisten Lügen darum herumreden.



Wer in guter Verfassung ist, werfe den ersten Stein – Berliner Abrißszene, ca. 1955

Manfred Kleine-Hartlage: »Handlungsanleitung für Putschisten«, in: *Sezession* 48 (2012) S. 16–19

Hätte nicht das Bundesverfassungsgericht das Inkrafttreten von ESM und Fiskalpakt verhindert, so wären die Voraussetzungen des Art. 20 Abs. 4 GG offensichtlich erfüllt gewesen, das heißt, jeder Deutsche hätte das Recht auf Widerstand gegen diesen Staat gehabt. Zwar besteht ein solches Recht vermutlich schon seit einiger Zeit, aber es ist bisher eben nicht für jedermann offenkundig gewesen.

Dies ist insofern von Bedeutung, als das Widerstandsrecht naturgemäß nicht einklagbar ist: Gegen einen Staat, in dem man es einklagen könnte, bräuchte keiner Widerstand zu leisten – die altbekannte Paradoxie des Widerstandsrechts. Niemand wird auch Illusionen darüber hegen, daß ein Bürger, der unter Berufung auf die Verfassung Widerstand leistet, von den herrschenden Verfassungsfeinden als Staatsfeind betrachtet und behandelt werden wird, und selbstredend wird die Justiz dabei mitspielen.

Der Wert des Widerstandsrechts ist nicht juristischer, sondern politischer Natur: Sich auf das Widerstandsrecht berufen heißt, dem Staat die Legalität abzusprechen und seine herrschenden Eliten zur kriminellen Vereinigung zu erklären. Wird eine solche Behauptung nicht willkürlich, sondern unter Berufung auf nachvollziehbare Rechtsnormen ausgesprochen, deren Voraussetzungen zudem offenkundig erfüllt sind, dann könnte dies der Hebel sein, das zentrale Thema der deutschen und europäischen Politik auf die Tagesordnung zu bringen: den Verrat der europäischen Eliten an ihren Völkern.

Es ist daher nicht bloß von akademischem Interesse zu klären, welche Rechtslage im Falle eines Staatsstreiches eintritt; dies um so mehr, als der Putsch noch nicht abgewendet ist: Das Bundesverfassungsgericht könnte immer noch zu einem seiner berüchtigten »Solange«-Urteile kommen, bei denen offenkundig grundgesetzwidrige Akte mit allerlei juristischen Klimmzügen als gerade noch verfassungskonform durchgewunken werden. Geschieht dies nicht – dies zeichnet sich deutlich ab – so wird die politische Klasse aufs Ganze gehen und versuchen, das Grundgesetz durch eine neue Verfassung zu ersetzen; die Handhabe dazu liefert Art. 146 GG, wonach das Grundgesetz nur so lange gilt, bis das deutsche Volk »in freier Selbstbestimmung« eine neue Verfassung beschließt.

Hans-Helmuth Knütter/Josef Schüßlburner: *Was der Verfassungsschutz verschweigt. Bausteine zu einem alternativen Verfassungsschutz-Bericht,* Schnellroda 2007.

Selbstverständlich könnte von »freier Selbstbestimmung« nicht die Rede sein, wenn die Verabschiedung der neuen Verfassung dem Volk unter Androhung der sieben ägyptischen Plagen abgepreßt würde, noch dazu von denselben Eliten, die die – wirkliche oder vermeintliche – Zwangslage sehenden Auges herbeigeführt haben. Die Zustimmung wäre sowenig ein Akt freier Selbstbestimmung, wie es die Unterschrift unter einen Schuldschein im Angesicht einer Revolvermündung wäre, und die neue Verfassung wäre so nichtig wie dieser. Mit einer solchen Verfassung wäre der Putsch nicht be-, sondern vollendet, an der Geltung des Grundgesetzes einschließlich des darin vorgesehenen Widerstandsrechtes änderte sich nichts.

Die besondere Konstruktion des Grundgesetzes führt im Falle eines Putsches zu der paradoxen Konstellation, daß der Staat selbst als kollektiver Verfassungsfeind rechtlich als Aufständischer gilt und die Legalitätsvermutung von ihm auf den Widerstand übergeht. Der Staat verwirkt damit seinen Legalitätsanspruch, und seine Autorität entspricht bloß noch der einer bewaffneten Bande.

Das Widerstandsrecht ist eine vorsorgliche Kriegserklärung des Grundgesetzes an jedes Putschistenregime. Der Bürgerkrieg tritt nicht erst ein, wenn geschossen wird, sondern bereits dann, wenn der Widerstand dem Regime erkärt, daß er das Recht auf Gewaltanwendung für sich in Anspruch nimmt – unabhängig davon, ob er von diesem Recht faktisch Gebrauch macht oder nicht –, dem Regime aber dieses Recht, und damit den Staatscharakter, abspricht.

Prognosen von rechts, einige Beispiele:

Manfred Kleine-Hartlage: »Der kalte Staatsstreich«, www.korrektheiten.com;

Michael Paulwitz: »Der kalte Putsch«, www.jungefreiheit.de;

Alain de Benoist: »Europa läßt sich nicht ohne die Völker aufbauen«, *Junge Freiheit* 12/2008;

Karl Albrecht Schachtschneider: *Die Rechtswidrigkeit der Euro-Rettungspolitik: Ein Staatsstreich der politischen Klasse,* Rottenburg 2011.

Die Umkehrung der Legalitätsvermutung im Falle des Staatsstreiches bedeutet freilich zugleich, daß nun der Widerstand, wie vordem der Staat, an das Verhältnismäßigkeitsprinzip gebunden ist. Justitiabel ist in diesem Zusammenhang allerdings bloß, was evident ist. Legaler Widerstand kann daher durchaus auch Gewalt umfassen, aber nur, sofern sie nicht evident unnötig oder ungeeignet ist oder über das Ziel hinausschießt.

Nicht alles, was theoretisch legal ist, ist deshalb schon geboten. Widerstandsakte müssen vor allem zum Ziel führen; um politische Wirkung zu zeitigen, müssen sie keineswegs blutig sein, und ein Steuerstreik dürfte mehr bewirken als ein Bombenanschlag. Zu befürchten ist freilich, daß die Eskalation des Konflikts eine Eigendynamik gewinnt, die sehr bald über solch politisches Kalkül hinaustreibt. Wohin der Weg führen wird, den die Herrschenden mit ihrem Putsch eingeschlagen haben, kann letztlich niemand vorhersagen, aber manches spricht dafür, daß sie, wenn sie ihn fortsetzen, das Tor zur Hölle öffnen.

Zehn Jahre in Schnellroda

von Ellen Kositza und Götz Kubitschek

Zehn Jahre in Schnellroda, zehn Jahre Leben und Arbeit am und im Rittergut – vielleicht ein Zehntel der Leser war schon vor Ort, vor allem die jüngeren kennen das Gut, weil sie im »Großen Raum« an einer der Akademien des Instituts für Staatspolitik teilnahmen. Auch kommt jeden Monat wenigstens ein spontaner Besucher vorbei: rollt auf den Hof, steigt aus, schaut sich um, hat zwei Flaschen Wein dabei, quartiert sich im Gasthof »Zum Schäfchen« ein und bleibt bis zum andern Morgen. Man spricht über Politik, über »die Lage«, manchmal über Lektüre, meist über das Leben hier in Mitteldeutschland: über das Leben in dem Kaff fernab jener Boom-Regionen und Entwicklungsleuchttürme, an denen sich die Hoffnung und das Selbstwertgefühl des Ostens festmachen. Während wir erzählen und die Sache auf den Punkt zu bringen versuchen, pendelt die Waage hin und her. War es richtig? Aber wer ist schon objektiv, wenn er sich für dieses oder jenes Leben entschieden hat? Sind wenigstens die Zahlen objektiv?

Fünftausend Euro: Das ist der Preis für einen renovierungsbedürftigen, aber soliden Bauernhof, den sich ein Großgrundbesitzer unter den Nagel riß, um das teure Land zu bekommen. Die Gebäude samt Innenhof stößt er nun wieder ab: für fünftausend Euro, und man kann noch handeln. Wer solch einen Hof kauft, hat keine Schulden, aber eine Menge Arbeit und kaum Chancen, seinen Besitz irgendwann auf der Bank für einen Kredit einzusetzen. Nach »objektiven« Kriterien ist sein Eigentum wenig wert.

Ein Euro fünfzig: soviel kostet ein Bier in der Kneipe. Ein riesiger Teller Bratkartoffeln mit Spiegeleiern und Zwiebeln ist für vier Euro zu haben. In München oder Frankfurt – das Dreifache? Aber dort nimmt ein Klempner auch fünfzig Euro die Stunde, hier fünfundzwanzig, und geputzt wird im Krankenhaus für fünf Euro, während in Offenbach niemand für weniger als fünfzehn Euro einen Besen in die Hand nimmt. Der Maurer, der samt Frau und Kind vor Jahren nach Ulm zog, hat unterm Strich am Monatsende nicht mehr oder weniger übrig als zuvor, er hat es uns bestätigt: Aber er wird pünktlich bezahlt und lebt in dem befriedigenden Gefühl, Stunde um Stunde nicht zwölf, sondern zwanzig Euro wert zu sein.

Reichten diese acht Euro aus, um eine ganz und gar in der Region verwurzelte Familie in den Süden zu locken, und zwar nicht an ein Forschungszentrum in Konstanz, sondern zum Mauern, Verputzen und Trockenbauen? Nein, so kommen wir nicht weiter.

Der Vergleich der Sitten und Gewohnheiten im südlichsten Sachsen-Anhalt mit denen, die wir aus unseren Heimatregionen kennen, fällt nicht mehr so pauschal aus, wie uns das zunächst vorkam. Vieles, was wir als typisch für den Osten begreifen wollten (bis heute kaum hinnehmbar manche Derbheit, positiv manches volkstümliche Derivat), hat seine Ursache in einem anderen Gegensatz – meist dem zwischen Stadt und Land, dem zwischen Bürgerlichkeit und Proletarisierung und gelegentlich dem zwischen eher nord- und eher süddeutschem Wesen. Protestantisch nüchtern ist unsere mitteldeutsche Region aber nicht: Hier, im Kernland Luthers, zwischen Eisleben und Merseburg, Halle und Querfurt sind die Spuren protestantischer Arbeitsethik längst getilgt. Und »nüchtern« mag man die ernüchterte Stimmung nicht nennen wollen.

Die redselige Mitteilsamkeit, der joviale Ton, die Verbindlichkeit der Rede, auch die Großzügigkeit in vieler Hinsicht: Kubitschek ist mit solchen kommunikativen Gleitmitteln im Süden der Republik aufgewachsen. An Wohlstand und Sattheit seiner Heimat kann es nicht allein liegen. Schon im gleichfalls saturierten Rhein-Main-Gebiet – Kositzas Revier – gibt man sich wesentlich spröder. Oder nehmen wir umgekehrt Dresden, wo wir ein anderthalbjähriges Intermezzo einlegten: Die Bewohner der Elbmetropole glänzen – was Zugewandtheit betrifft – als »Südler«. Sowohl in Zufallsgesprächen auf der Straße als auch auf Ämtern und in öffentlichen Einrichtungen ist diese grundsätzliche sächsisch-höfische Geneigtheit meilenweit von dem Gesprächsmodus entfernt, den wir zwischen Halle/Saale, Nordhausen und Naumburg ausmachen können und müssen.

Anruf bei Behörde XY: »Kowalek!!!« – »Ah, guten Tag, bin ich wohl richtig bei Ihnen? Ich wollte nachfragen wegen Vorgang Z, dem Status meiner Anfrage vom Soundsovielten?« (Das Gespräch wird wortlos unterbrochen, eine Wei-



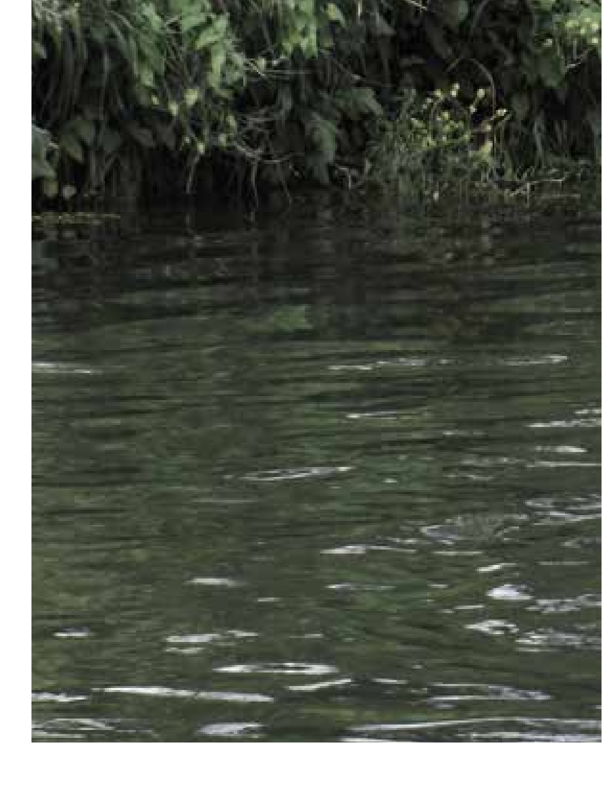
Eckgehöft in Schnellroda

terleitungsmelodie ertönt.) »Schneider!?« – »Tag, ich rufe an wegen Vorgang Z und möchte mich erkundigen, ob er schon bearbeitet ist, ich habe die Papiere vor zwei Wochen zu Ihnen geschickt.« – »Weiß ich jetzt nicht!« – »Wen könnte ich denn dazu befragen?« – »(Tiefes Seufzen) Name?« – »Meinen Namen meinen Sie?« »Ja, wem seiner sonst? … Nee, das liegt noch im ersten Stock.« – »Ach so. Mir macht die Frist Sorge. Der Antrag muß ja bis Montag nächster Woche bearbeitet sein. Könnte ich Ihnen das vielleicht zufaxen, um den Vorgang zu beschleunigen?« – »Bringt nichts. Unser Fax steht im ersten Stock, wir kriegen die Sachen jeden Freitag auf den Tisch.« – »Hm. Was schlagen Sie vor? Oder könnten Sie vielleicht ausnahmsweise einmal in den ersten Stock …« – »Ist unüblich, aber bitte …« – »Das ist sehr nett von Ihnen. An wen darf ich das Fax richten? Reicht Frau Schneider? Soll ich Ihren Vornamen mit dazuschreiben?« – »(Schnaufen) Mein Vorname geht Sie gar nichts –« Klick.

Unser Bundesland schmückt sich mit dem fraglos hübschen Slogan »Wir stehen früher auf«. Gemessen am bundesweiten statistischen Durchschnitt, beginnt der Sachsen-Anhalter (der eben kein Sachsen-Anhaltiner ist, was oft mißachtet wird) seinen Tag mit neunminütigem Vorsprung. Gemäß PR-Philosophie macht das unsere Landsleute zu besonders »aufgeweckten Menschen« mit einer damit verbundenen »vorteilhaften Geisteshaltung.« Gefühlt handelt es sich im Alltag dabei nicht um Minuten, sondern um eine gute Stunde, und vollständig haben wir uns an diesen vorgezogenen Tagesablauf noch nicht gewöhnt. Handwerker rücken um halb sieben Uhr an, das Mittagessen (hier: »Mittachbrot«) im Kindergarten (an dem unsere Kinder trotz des verführerischen Kantinennamens »Volkssolidarität« nicht teilnehmen) findet Punkt »ölf« statt, Nachmittagsveranstaltungen beginnen, wenn wir mit dem Mittagessen fertig sind, und wer abends kurz nach acht (hier: Viertel neun) noch bei Nachbarn klingelt, dem wird manchmal im Schlafanzug geöffnet, wenn überhaupt noch.

Die erste Schulstunde der Grundschüler beginnt um 7 Uhr 20. Demographisch bedingt und aus einer kurzsichtigen Sparsamkeit heraus (die Landesherren investieren mit Vorliebe in sogenannte grüne Energien) werden seit der Wende mehr und mehr Schulen geschlossen, die Schüler haben immer weitere Anfahrtswege, ins Querfurter Gymnasium bis zu einer Stunde.

Gelegentlich unken wir über einen Zusammenhang von Frühaufsteherei und jener berühmten Vollbeschäftigung, mit der sich die DDR schmückte. Ältere Dorfbewohner kolportieren, daß je einem Bagger in der Braunkohlegrube sieben Arbeiter zugeteilt waren: Einer fuhr, einer löste ihn gelegentlich ab, einer koor-



dinierte von außen, einer reichte Bemmen (ortsüblich für Schnitten, Brote) und Kaffee, einer überwachte das Ganze – und zwei weitere standen zur besonderen Verwendung bereit und steigerten die gute Laune.

Unsere Landeshauptstadt Magdeburg besticht durch Häßlichkeit. Was die alliierten Bomber nicht schafften, haben Nachkriegsarchitektur und Städteplanung der Nachwendezeit vollendet. Wir kennen ähnliche Szenerien aus Darmstadt, Pforzheim oder Würzburg. Mit dem Unterschied, daß diese Städte pulsieren, während Magdeburg in seiner fruchtbaren Börde liegt wie auf dem Sterbebett: Geblieben sind vor allem jene, die ihre Arbeitskraft weiter westlich nicht besser bezahlt bekommen.

Der Goldene Reiter, ein Wahrzeichen der Hauptstadt und als deutschlandweit erstes Reiterstandbild verlassen an ottonisches Erbe erinnernd, steht kläglich auf dem wochenends menschenleeren Rathausvorplatz, sekundiert von einer Rolandsfigur. Der alte Roland stammte aus dem 15. Jahrhundert, der neue wurde 2005 aufgestellt. Playmobil hat ihn nicht gesponsert, dennoch schaut er so aus. Keine Bank lädt zum Verweilen ein, nicht einmal Blumenkübel wahren die Form des Grußes vom Heute ins Gestern. In der Nachbarschaft: ein Sparkassenbau und ein Karstadt, beide in je institutionsüblicher Häßlichkeit.

Aber: Magdeburg verfügt über ein Genderkompetenzzentrum. Nicht alles war schlecht in der DDR, sagt man, und meint damit neben dem Grünen Pfeil und der Heizwärme auf Staatskosten die sogenannte Gleichberechtigung. Die »Krippenlandschaft« war nicht bunt, aber solide, das gilt wie die einhergehende hohe Frauenerwerbsquote bis heute. Die ostdeutsche Frau ist Avantgarde, das wird als mutmaßlicher Standortvorteil selten betont. Die Statusbezeichnung »Hausfrau«, genannt auf amtliches wie persönliches Befragen, wird mit jenem Interesse kommentiert, das im Zoo exotischen Tieren gilt: »Also arbeitssuchend, ja, oder wie meinen Sie das?« Nicht selten anzutreffen ist hier folgende Konstellation: Sie: Lehrerin, Beamtin in mittlerem bis gehobenem Rang, Kleinunternehmerin oder leitende Angestellte, er: arbeitslos, Melker, Handwerker, LKW-Fahrer, häufig aber Bauarbeiter auf Montage. Schwarzarbeit ist üblich.

unten: am Müchelholz, oben: in der Unstrut



Mehr Väter als Mütter vor dem Kindergartentor. Wenn Ehrungen anstehen, bekommt er Blumen wie sie, und keiner grinst verlegen.

Der übliche rohe Ausdruck für den Nachwuchs lautet »Wänster« (Dickbauch). Unsere sieben sind im Dorf und den Nachbarorten in quantitativ reicher Gesellschaft, mehr als die Hälfte unserer Generationsgenossen hier hat drei oder mehr Kinder. Interessant die Namenswellen: Die Madlens, Nikolls, Devids und Sindys, die sich sprechen, wie sie geschrieben werden, besuchen bereits das Gymnasium, die derzeitigen Neuankömmlinge heißen Wilhelm oder Augustine wie im Prenzlauer Berg. Es ist nicht immer deutlich, warum manche Städte und Ortschaften demographisch strotzen, bauliche Substanz und Infrastruktur lebenswert erhalten haben wie Querfurt und Naumburg, während andere (wie die Novalis-Stadt Weißenfels oder die Lutherstadt Eisleben) kümmerlichen Reservaten gleichen.

Was für ein Landstrich aber! Eine Kornkammer, fruchtbarste Planquadrate, auf denen Getreide und Mais, Raps und Sonnenblumen, Zuckerrüben und Kartoffeln, Futtererbsen und Runkeln gedeihen; historischer Boden: das Herzland der Ottonen mit der Saalefestung Merseburg gegen Osten, dem Hausgut Memleben, den Pfalzen Allstedt und Tilleda, der Burg Querfurt, den Warten und Grenzsteinen; frühest besiedelt, das belegen die »Himmelsorte« Nebra (mit der »Sonnenscheibe«), Langeneichstädt (»Dolmengöttin«), Goseck (»Sonnenobservatorium«) und das Museum für Vor- und Frühgeschichte in Halle, dieser wuchtige, architektonisch konservativ-revolutionäre Bau, in dem gesammelt und ausgestellt wird, was sich fand in unserem Raum. Das Rasen-Labyrinth von Steigra, eines von zwei erhaltenen in Deutschland, hat es nicht bis in die Route der »Himmelsorte« geschafft, aber es ist Anlaß für eines der schönsten Frühlingsfeste, das wir kennen.

In der Unstrut kann man schwimmen, bei Burgscheidungen begrenzt sie den Hanggarten des Schlosses, das mit bizarren Gestalten und Kalksteinköpfen bestückt ist. Hier, unterhalb, in den nassen Wiesen, auf denen im Frühjahr das Wasser in Seen steht, unterlagen die Thüringer 531 den Franken und Sachsen in einem furchtbaren Gemetzel und büßten ihre Machtstellung unter den deutschen Stämmen ein. Und fast genau fünfhundert Jahre später verweigerte der Ottone Heinrich I. nach jahrelanger Vorbereitung den Ungarn den Tribut und vernichtete bei Kalbsrieth oder Großkayna – jedenfalls nicht



links: Richtung Oechlitz, rechts: an der B180

weit von uns – das erneut plündernde Reiterheer aus dem Osten. Vor Roßbach bei Weißenfels ritt dann 1757 der junge Generalleutnant von Seydlitz mit sechstausend preußischen Kürassieren die Franzosen samt Reichsexekutionsarmee in Grund und Boden und verschaffte seinem König, Friedrich II., einen glänzenden Sieg.

Teuer und rar ist der Saale-Unstrut-Wein, aber es muß doch ab und zu eine Flasche aufgezogen werden: Hölder heißt die Rebe, die hier noch auf zwei Hektar wächst und den Namen eines schwäbischen Dichters trägt. In unserem Garten indes gedeiht an drei Stöcken die Hecker-Rebe – frosthart und benannt nach dem badischen Revolutionär.

Indes: Die Unstrut liegt zu weit weg, als daß man morgens oder wann immer zu Fuß oder mit dem Fahrrad ans Ufer gelangen und hineinspringen könnte, um ganz wach oder wieder kühlen Kopfes zu werden. Schnellroda: das ist die Querfurter Platte, leergerodet, weil jeder Quadratmeter Boden beste Ernte garantiert. Paradiesisch sind die staubigen Wirtschaftswege, gesäumt von Alleen, in denen niemand mehr die Kirschen, Äpfel und Birnen erntet. Es weht stetig: eine Windrädergegend, trockenes Land – nie haben wir windgebrochenes Korn verderben, nie frisches Heu verfaulen sehen.

Anfang 2002 hatten wir mit der Suche nach einem Haus begonnen. Bis zum Sommer wollten wir es gefunden haben. Erstens, weil die Einschulung der ältesten Tochter anstand, zweitens, weil die Dresdner Wohnung knapp wurde. Das vierte Kind hatte sich angekündigt, die Hebamme erklärte sich bereit, gerne auch auf einer Baustelle ihre Arbeit zu verrichten. Sie habe schon zwischen Kalksäcken und ohne fließend Warmwasser geholfen; kein Problem also. Daß wir als Freischaffende örtlich nicht gebunden waren, entgrenzte die Suche und stellte uns vor die Qual der Wahl. Nach sechs, sieben Dutzend mal detailliert, mal kursorisch begutachteten Dreiseithöfen, verfallenen Villen und stillgelegten Kinderheimen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen (zu einsam, zu bedrängt, neben einer Schweinemästerei, mit Aussicht auf einen Supermarkt, mit Arbeitsgeräuschen im Dachgebälk, mit vierundzwanzig leider neu eingebauten Plastikfenstern inklusive vorgesetztem Rolladenkasten) legten wir säuberlich eine Kriterienliste an, nach Prioritäten geordnet. Wünsche wie »Fluß/See in unmittelbarer Nähe«, »gefälliger Dialekt«, »Grundschule am Ort«, »Autobahnanschluß unter 20 km«, »Entfernung von Großeltern max. drei Stunden« standen weit oben.

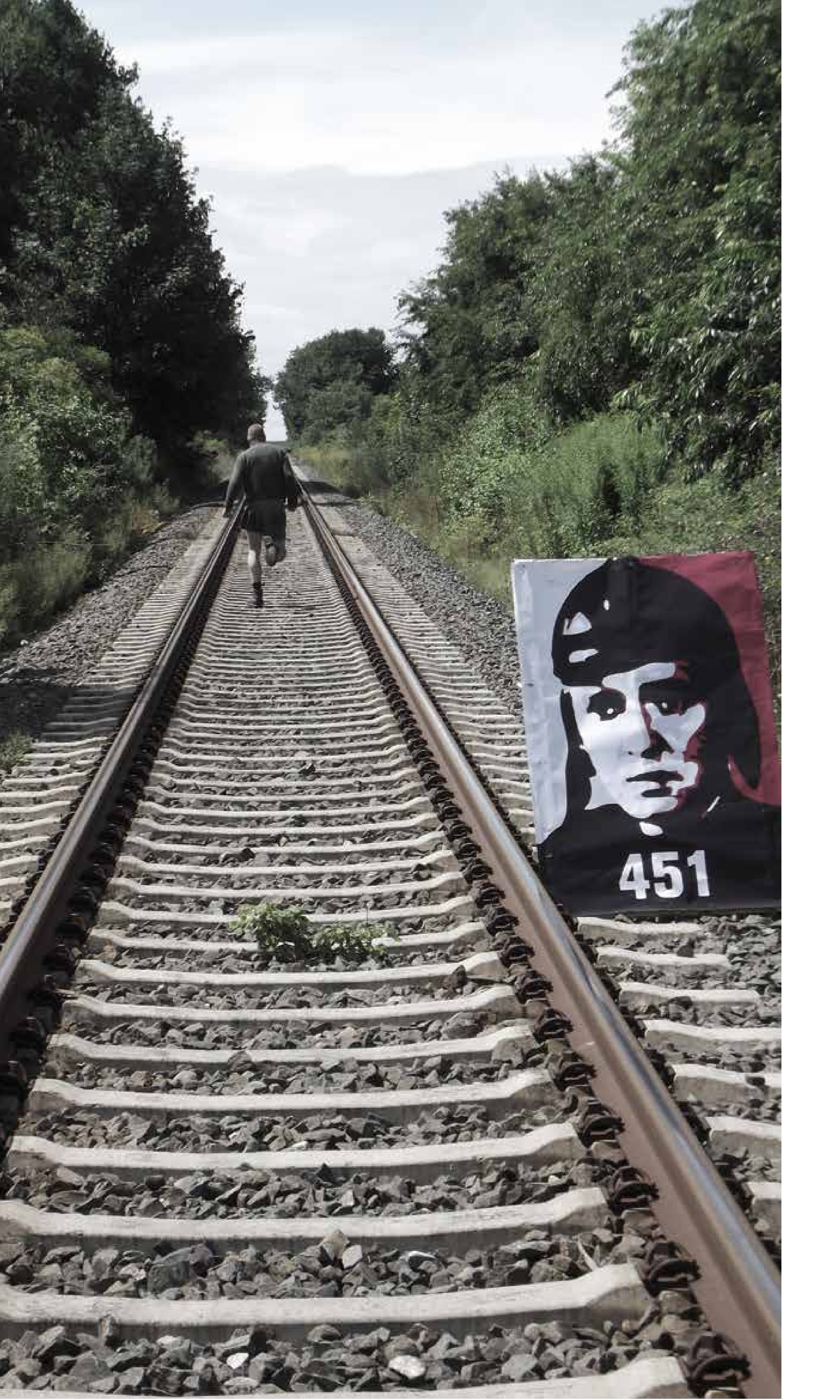
Die Landkreise rund um Dresden standen hoch im Kurs, doch das galt leider auch für die Lage der ins Auge gefaßten Häuser auf dem Immobilienmarkt. Wir suchten per Makler, per regionaler Zwangsversteigerungsliste und in einschlägigen Internet-Foren; die schönsten Hausfunde bescherte uns stets der Quartalskatalog der Sächsischen Grundstücksauktion. Welche Leben in welchen Gemäuern, in welcher Umgebung haben wir uns schon herbeigeahnt! Das – oft heimliche – Begehen längst verlassener, teils ruinöser Lebensstät-



ten ist uns bis heute eine Leidenschaft geblieben: über jahrhundertealte Mauern klettern, sich winden durch Garten- und Parkgestrüpp, ein Portal bestaunen, eine zerbrochene Fensterscheibe entdecken – und hinein in ein Leben, das war und das, modifiziert, wieder möglich wäre; hier steht noch die Badewanne mit Bollerofen, dort ein Schrank voller Geschirr, eine Mäusefamilie flüchtet aus den Kissen eines Sofas, da liegt Schriftkram, Schulzeugnisse von 1987 zwischen Aktendeckeln. Hier wurde gestorben, hier wurde geboren, hier wurden Leben gemeistert, tausend Gerüche hängen in den Wänden. Wir haben Villen inspiziert und Gutshäuser, die uns bis heute gute Freunde sind, sie stehen immer noch leer, sie stehen nahezu trokken, ihr Abriß wäre zu teuer.

Als Anfang Juni 2002 ein Rittergut in Schnellroda annonciert wurde, notierten wir: »evtl. kurz anschauen«, es lag mehr zufällig auf einer weiteren Besichtigungstour, und weil die Adresse auf »Hauptstraße« lautete, stand es nicht zur engeren Wahl. Kinder- und Straßenlärm zugleich, das wäre um einen Faktor zu laut. Sieben, acht Häuser standen an jenem Wochenende auf dem Plan. Dann das Ergebnis: »Alles halb gut, bis auf Schnellroda = fast perfekt.« Zwar ohne See/Fluß, ohne Grundschule (die befand sich noch nach der Wende im Rittergut), ohne gefälligen Dialekt, ohne Großeltern- und Autobahnnähe. Wir fuhren wieder hin, noch einmal. 21 Räume, teils durch Leichtbauwände abgeteilt, die Decken zwecks besserer Heizbarkeit abgehängt, umgeben von Mauern, die teils dem 13., teils dem 17. Jahrhundert entstammen. Wir hoben nicht den PVC-Belag und die Dachpappe zu unsern Füßen (darunter teils feinstes Parkett), wir zerschlugen nicht probeweise die Deckenabhängung (darunter eine Renaissancedecke), wir kauften Ende Juni die Katze im Sack. Gott sei Dank, wir haben es nie bereut.
Überhaupt: Was könnte es zu bereuen geben, wenn man jeden Tag alle Hände voll zu tun hat und gar nicht ins Grübeln kommen kann, ob dieser Ort nun der richtige sei? Entweder kennt man den Wunsch, irgendwann mit der Suche aufhören zu dürfen, eine Entscheidung treffen und anfangen zu können, oder man kennt diese grundlegende Lebenshaltung nicht und bleibt gewissermaßen vorläufig. Wer in einer Kirschallee von Baum zu Baum und immer weiter geht, weil er die ideale Frucht nicht finden kann, muß sich irgendwann eingestehen, daß ihm dieses Gehen am Herzen liegt, nicht das Ernten – nicht das Bleiben, sondern das Weiterziehen und das unbestimmte Hoffen darauf, daß irgendwo und irgendwann das ganz und gar Richtige sich einstellen werde.

Aber: Es stellt sich fast nie ein, dieses Richtige, es fällt einem nicht zu, es fällt nicht mit der Tür ins Haus. Es ist vielmehr, als könne man das, was sich ineinanderfügt, heranarbeiten, indem man Haus und Arbeit, Leben und Erschöpfung, Erfolg und Demut immer besser und irgendwann ganz selbstverständlich aufeinander abstimmt und zueinander in die Waage bringt. Man muß einfach irgendwo anfangen. Und dies begreift fast jeder Besucher, der aufs Rittergut kommt.


451

Autoren dieses Heftes

Heino Bosselmann, 1964, unterrichtete an Gymnasien, wandte sich ab und lebt nun als freier Publizist.

Manfred Kleine-Hartlage, 1966, ist Diplom-Sozialwissenschaftler in der Fachrichtung Politische Wissenschaft. Er veröffentlicht regelmäßig aktuelle politische Kommentare, Analysen und Essays in seinem Internet-Blog www.korrektheiten.com.
»Neue Weltordnung« – Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie? Schnellroda 2011

Dr. Till Kinzel, 1968, studierte Geschichte, Anglistik und Philosophie. Er promovierte und habilitierte in Englischer und Amerikanischer Literaturwissenschaft und übersetzte unter anderem Nils Fabiansson: *Das Begleitbuch zu Ernst Jüngers In Stahlgewittern,* Hamburg 2007.

Ellen Kositza, 1973, studierte Germanistik, Geschichte und Philosophie, freie Publizistin. 2008 Gerhard-Löwenthal-Preis.
Gender ohne Ende oder Was vom Manne übrigblieb, Schnellroda 2008

Götz Kubitschek, 1970, studierte Germanistik, Geographie und Philosophie. Seit 2002 selbständiger Verleger (Edition Antaios).
Deutsche Opfer, fremde Täter. Ausländergewalt in Deutschland – Hintergrund, Chronik, Prognose, gemeinsam mit Michael Paulwitz, Schnellroda 2011

Dr. Erik Lehnert, 1975, studierte Philosophie, Geschichte sowie Ur- und Frühgeschichte, promoviert in Philosophie, Geschäftsführer des *Instituts für Staatspolitik (IfS).*
Vordenker, Band 3 des *Staatspolitischen Handbuchs,* hrsg. gemeinsam mit Karlheinz Weißmann, Schnellroda 2012

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
Die Verteidigung des Eigenen. Fünf Traktate, Schnellroda 2011

Frank Lisson, 1970, studierte Germanistik, Geschichte und Philosophie in Würzburg und München. Er schreibt Sachbücher, Romane, Features und Hörspiele mit dem Schwerpunkt Kulturphilosophie.
Die Verachtung des Eigenen. Ursachen und Verlauf des kulturellen Selbsthasses in Europa, Schnellroda 2011

Günter Maschke, 1943, lebt seit 1970 als freier Autor, Verleger und Publizist in Frankfurt a.M., 1990–1992 Professor an der Hochschule der Peruanischen Kriegsmarine, zahlreiche Veröffentlichungen zum Werk Carl Schmitts, Herausgeber seiner Schriften, zuletzt Carl Schmitt: *Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reiches. Der Sieg des Bürgers über den Soldaten,* Berlin 2011.
Das bewaffnete Wort, Wien/Leipzig 1999

Felix Menzel, 1985, studiert Medien- und Kommunikationswissenschaft, Politik und BWL in Halle/Saale. Verantwortlicher Redakteur von www.blauenarzisse.de.
Medienrituale und politische Ikonen, Schnellroda 2009

Dr. Karlheinz Weißmann, 1959, studierte Geschichte und Evangelische Theologie und ist promoviert als Historiker.
Armin Mohler. Eine politische Biographie, Schnellroda 2011

Dr. Alfred M. de Zayas, 1947 in Havanna, arbeitete unter anderem im UN-Hochkommisariat für Menschenrechte. In Deutschland bekannt wurde er durch sein grundlegendes Werk über die Wehrmacht-Untersuchungsstelle (1979).
50 Thesen zur Vertreibung, London 2011

Benjamin Jahn Zschocke, 1986, lebt und arbeitet als freischaffender Künstler in Chemnitz, Berlin und Buenos Aires. www. benjaminjahnzschocke.de

Politische Justiz: Der Fall Weidner

von Felix Menzel

Das für die Presse bestimmte »Verbindungslinien«-Modell von Christian J. Becker hat es in sich: Mit einigen Strichen, Pfeilen und Textblasen will er nachweisen, daß Norbert Weidner im Umfeld der »Zwickauer Terrorzelle« NSU anzusiedeln sei. Weidner habe sich einen »bürgerlich, akademischen Deckmantel mit Tarnkappe Burschenschaft« zugelegt, um »politische Hetzaktivitäten« zu entfalten, die einem »militanten Neonazismus« den Weg bereiteten und damit mitverantwortlich für »Morde durch Neonazis« seien. Handfeste Belege kann Becker, der wie Weidner Mitglied der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks ist, nicht vorlegen. Er bedient sich einer anderen Methode: Mit *name dropping* klagt er öffentlich an und will Rechte aus der Reserve locken. Sie sollen ihn vor Gericht zerren und dort verlieren.

Bei Weidner ist diese Rechnung vorerst aufgegangen. Der Chefredakteur der *Burschenschaftlichen Blätter,* dem jüngst auf dem Burschentag in Eisenach trotz Kritik erneut das Vertrauen ausgesprochen wurde, hat Becker verklagt, weil dieser wiederholt auf seinem Weblog *QuoVadisBuxe – Burschenschafter Portal gegen Nazis* behauptete, Weidner sei »höchstwahrscheinlich einer der Köpfe der rechtsextremen Bewegung«, strebe die Gründung einer »rechtsextremen Studentenpartei« an und habe E-Mails seiner Gegner gehackt. Das Landgericht Bonn urteilte am 11. Juli, Becker dürfe die ersten zwei Behauptungen weiter verbreiten, da sie »substanzarm« seien, kaum »konkreten Tatsachengehalt« aufwiesen und somit in den Bereich subjektiver, pointierter Meinungsäußerungen fielen. Becker habe auch nicht die Pflicht, »mögliche tatsächliche Handlungen« von Weidner aufzuklären. Einzig, daß Weidner E-Mails gehackt habe, darf Becker fortan nicht mehr behaupten.

Spiegel-online titelte daraufhin mit »Liberaler triumphiert über rechten Widersacher« und gegenüber dem Deutschlandradio kam Becker ausführlich zu Wort und durfte erklären, wie Weidner »in die Falle getappt« sei, was Burschenschaften mit den »Pogromen von Rostock, von Solingen und Hoyerswerda« zu tun hätten und wie die Aufgabenteilung im rechten Lager funktioniere: »Akademische Neonazis schreiben die Konzepte, machen die Parolen, und andere werfen die Brandsätze.« Daß all diese Anfeindungen von der Öffentlichkeit so ernst genommen werden, wirft ein bezeichnendes Licht auf die deutsche Presse. »Es ist seltsam, wie Becker hofiert und auch gedeckt wird, obwohl er beispielsweise ohne Impressum arbeitet«, betont Weidner. Bekker kontert, er habe bei der Medienanstalt einen Antrag auf Befreiung von der Impressumspflicht gestellt. Auf Nachfrage will bei dieser jedoch niemand etwas von dieser Möglichkeit jemals gehört haben.

Innerhalb der Deutschen Burschenschaft sehen selbst die Liberalen in Becker keinen Verbündeten. Vielmehr ist Becker im Dachverband genauso wie im eigenen Bund vollkommen isoliert. Bei den Raczeks läuft ein Ausschlußverfahren gegen ihn, das Ende August verhandelt wird. Bekker hat vorsorglich schon jetzt angekündigt, dagegen gerichtlich vorgehen zu wollen. In seinem Bund hat er sich laut Weidner seit über 15 Jahren nicht blicken lassen. Mitgliedsbeiträge hätte man sogar über einen Gerichtsvollzieher eintreiben müssen. Weidner vermutet, daß Becker über den Burschenschaftsskandal mit seinem nicht besonders gut laufenden PR-Unternehmen ins Gespräch kommen wolle.

Letztendlich könnte er damit sogar Erfolg haben, denn die Medien interessiert es in diesem Fall nicht, ob anonym denunziert oder sachlich unter Klarnamen argumentiert wird. Becker betont, die »Arier-Anträge der Raczeks« hätten bei ihm das Faß zum Überlaufen gebracht und ihn bewogen, »die Initiative Burschenschafter gegen Neonazis zu gründen, um das Problem der rechtsextremen Burschenschafter einzudämmen«. Es geht bei dieser Kontroverse innerhalb der Deutschen Burschenschaft um den »volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff«. Liberale Burschenschafter hatten darauf gedrängt, auch die Mitgliedsaufnahme von »Paßdeutschen« zu tolerieren, während sich konservative Bünde dagegen wehrten.

Der Streit Becker versus Weidner hat sich von dieser konkreten Problemstellung allerdings längst entfernt. Becker macht keinen Hehl daraus, daß es ihm darum gehe, einzelne Burschenschafter im Lichte der Öffentlichkeit »vor den Kadi« zu zitieren. Er ist dabei nicht zu unrecht siegessicher: Durch die Vorverurteilungen der Presse und – leider – unklugen Rechtsbeistand wie im Falle Weidner haben Denunzianten heute leichtes Spiel.

Wer gehört abgetrieben?

von Ellen Kositza

Wieviel Unbill, Leid und Mißstand gibt es in unserem Land! Cybermobbing, Altersarmut, Trunksucht, Feinstaub, Schulabbrecher, Verkehrstote, AIDS, Diskriminierung von Frauen, Rentnern, Vätern, transidenten Menschen, Schwermehrfachbehinderten. In den meisten Fällen, einerlei, ob es Massen- oder Minderheitenphänomene betrifft, nehmen unsere Leitmedien ihre Funktion als Berichterstatter und Wächter ordentlich wahr. Kein Problem, Privatsachen dabei als Politikum anzusprechen. Man schreibt empathische Reportagen, man beklagt Zustände, man prangert an. Mit einer bedeutenden Ausnahme: die gemeine Abtreibung.

»Gemein« meint hier die »gewöhnliche«, ordinäre Abtreibung. Daneben gibt es durchaus Abtreibungen, denen nach medial vermitteltem Empfinden eine gewisse Skandalträchtigkeit beigemessen wird: Zwangsabtreibungen in China, Mädchenabtreibungen in Indien, die hiesigen (vergleichsweise spärlichen) Spätabtreibungen aufgrund schwerwiegender Behinderungen sowie die meist kraß ausgeleuchteten und als »roh und unvorstellbar« vorgeführten Fälle nachgeburtlicher Abtreibung, die dann endlich das offiziell-grausame Logo »Kindsmord« verdienen.

Rund 29000 Frauen haben hierzulande im ersten Quartal 2012 eine »ordnungsgemäße«, das heißt statistisch überhaupt erfaßte Abtreibung durchführen lassen, ein geringfügiger Anstieg ist zu verzeichnen. Wenn »es« so weitergeht, sind das wieder um die 120000 »Wegmachungen« aufs Jahr gerechnet, runtergerechnet also etwa 450 pro Werktag. Über die Dunkelziffer wissen wir, typisch für Dunkelziffern, wenig. Vor Jahren ging das Statistische Bundesamt davon aus, daß es de facto rund 60 Prozent mehr seien. Anders als es absolute Zahlen suggerieren, ist die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche im Vergleich zu den jeweils jährlichen Lebendgeburten (die sich bekanntlich im Sinkflug befinden) seit Jahren leicht im Steigen begriffen.

In der veröffentlichten Lebenswelt ist das gelegentlich eine Randspalte wert. Mehr nicht. Gab es je in den letzten Jahren einen Großartikel in den Leitmedien, gar eine Debatte über das Elend der alltäglichen Abtreibung? Wo, bitte? Abtreibung ist ein Tabuthema, das seinesgleichen sucht.

Unter den Tisch fallen dabei nicht nur all die menschlichen Resultate der sogenannten körperlichen Liebe, sondern auch das Leid, das sich oft genug (zuverlässige Zahlen fehlen naturgemäß) an die Sohlen derer heftet, die abgetrieben, eine Abtreibung zugelassen oder nahegelegt haben. Seit der triumphale Schlußstrich-Gestus der »Wir haben abgetrieben!«-Kampagne von 1971 einschlug wie eine Bombe, gilt das reproduktive Selbstbestimmungsrecht der Frau als sakrosankt. Damals hatte Alice Schwarzer unter Schützenhilfe einiger prominenter Frauen (darunter Romy Schneider und Senta Berger) und über 300 bis dahin unbekannter Geschlechtsgenossinnen (die nun für den *Stern*-Titel »Gesicht zeigten« und sich damit auf meist männlicherseits ausgeführte, blutige Eingriffe in ihren Unterleib bezogen) die berüchtigte Selbstbezichtigungskampagne initiiert.

Gefordert wurde die ersatzlose Streichung des § 218: »Er entmündigt, schüchtert ein, bedroht. Schluß mit der Angst! Schluß mit der Scham!« Eine Frau, die abtreiben wolle, tue dies unter allen Umständen, betont die Schwarzer bis heute. Ihr ginge es »um die Humanisierung der Umstände unvermeidbarer Abtreibungen«.

So nimmt das »Unvermeidbare« täglich seinen Lauf, koste es, was es wolle: den Abgetriebenen das Leben, den Entschwängerten und Paaren häufig das Glück, den solidarisch finanzierten Kassen (die den Abbruch in den allermeisten Fällen tragen) konkret rund 450 Euro pro »Fall«, freilich exklusive »Vor- und Nachsorge«.

Die spärlichen Grüppchen, die sich heute und hierzulande als vitale Lobby der notsuchenden Frauen und ihrer (darf man solch ein krasses Wort schreiben?) Leibesfrucht begreifen, kämpfen auf einsamem Posten. Wenn es auch eine Mehrheit der Frauen gibt, die eine Abtreibungslösung für sich strikt ablehnen würden: die, die »das Kind beim Namen nennen« und schwangere Frauen zur (oft erneuten) Mutterschaft ermutigen wollen, erhalten keine Stimme. Sie sitzen nicht in Talk-Shows, können keine Artikel in relevanten Zeitungen veröffentlichen. Ihre Bemühungen um ungewollt schwangere Frauen versanden in Nischen, auf Internet-Foren, in Stiftungen und Vereinen, die nur einen Bruchteil der Hilfesuchenden erreichen.

Bei »1000plus« (Bergstraße 114, 69121 Heidelberg; www.1000plus.de), einer enorm agilen und unterstützungswerten Schwangerenbera-

tung, schrieben sie einmal sinngemäß, daß im Grunde keine Frau abtreiben wolle. Sie habe nur keine andere Lösung gefunden. Dieses Diktum, das Schwarzers Annahme frontal widerspricht, dürfte nicht als Suggestion, sondern als Wahrheit gelten.

Und dennoch gilt: Einer Frau, in deren Lebensplan das sich ankündigende Kind vorerst keinen Platz hat, darf nicht »reingeredet« werden, und sei es in wohlwollendster Weise. Eine andere als wohlwollende Hilfestellung ist von keiner einzigen deutschen Lebensrecht-Bewegung bekannt, es gibt – anders als etwa in den USA – hier keine Lebensschützer, die abtreibungswillige Frauen bedrohen, beschimpfen oder auch nur verächtlich machen.

Daß der umgekehrte Weg – die vulgäre Schmähung von Lebensrechtlern – sogar mit genußvoller Polemik begangen werden kann, auf prominentem Podium, durfte zuletzt eine haßerfüllt-frustrierte Sibylle Berg auf *Spiegel Online* vorführen. Die Berg schrieb sich hier in Rage über eine »wackere Frau mit Schüttelfrisur« (gemeint: ein dämliches Muttchen, extrem unsexy), die mit ihren Kindern in aufrüttelnder Absicht an einem »Marsch fürs Leben« – organisiert von Abtreibungsgegnern – teilnahm. Ob man »jeden Furz« (noch einmal: es ging um Abtreibungen und den Mut, sich dagegen zu entscheiden) öffentlich machen müsse, fragte die schüttelfrisurfreie Schriftstellerin hämisch. In Bergs trauriger Weltsicht »eiern« diese quasi-perversen Lebensschützer also »durch Deutschland und offenbaren mit ihren als Schutzschilde mißbrauchten Kindern, die vielleicht nichts mehr wollen, als angesichts der ockerfarbenen Mutter wieder in die Dunkelheit des Universums zu fliehen, das größte Mißverständnis des Menschen.«

Weil die demonstrierende Mutter innerhalb einer kleinen Gruppe unterwegs war, sieht Berg »die Selbstgerechtigkeit des einzelnen zur Pest« werden, da »sich aus ihm Gruppen ähnlich Denkender bilden. So entsteht jeder Dreck auf der Erde, und der besonnene Mensch, der ab und zu kurz Luft holt, wenn er sich wieder einmal überlegen wähnt, denkt: Gebärt doch, ihr Bratzen! Laßt Kinder aus euch rausflutschen, daß es nur so kracht. … Aber tut es doch einfach still, und laßt andere Menschen mit eurem Hobby in Ruhe. Laßt andere die Pille nehmen, abtreiben, nicht gebären, es ist doch nicht euer verdammtes Problem. Es gibt keinen vernünftigen Grund, die Erde weiter zu bevölkern, es gibt kein Grundrecht auf Lebensherstellung.«

Wenn es nun Hunderttausende wären, die Woche für Woche mit herausgekreischten Lebensrechtparolen durch die Städte zögen, stets direkt an Sibylle Bergs Haus vorbei, und Berg würde in einem Nischenorgan ihren Wutkrampf publizieren – man würde milde urteilen: Gut, diese Frau hat das vielleicht nötiger, als wir ahnen; soll sie es rauslassen, habt Mitleid, übt Nachsicht!

Im realen Fall allerdings gebührt das Mitleid nicht der kinderlos Krakeelenden, sondern denen, die im stillen und mit bescheidener Wirksamkeit (immerhin!) das Unzeitgemäße und Lebensbejahende tun, dem Gemeinschaftsprojekt »1000plus« mit seiner wirklich rührigen, dabei hochprofessionellen Online-Beratung oder – unter spärlichen anderen, ähnlich tapferen Projekten – dem Verein »Durchblick« (www.embryonenoffensive.de) und der »Aktion Lebensrecht für Alle« (www.alfa-ev.de).

Auf einigen der Veranstaltungen und Demonstrationen solcher Vereine wird gelegentlich der Tabubruch gewagt: Frauen berichten von ihren Abtreibungen und der schweren Not, in der sie sich hernach fanden.





Schon damals – Abtreibungsspritze, zwanziger Jahre

Auch das muß man sich mal vorstellen: Das Post-Abortion-Syndrom ist in den medizinischen Diagnoseschemata nicht vorgesehen! Die gängigen Diagnose- und Abrechnungsnummerlisten erfassen alle möglichen Befindlichkeitsstörungen (etwa psychosoziale Nöte aufgrund von Wohnungsproblemen oder schlicht antisoziales Verhalten), eine Depression infolge von Tötung der eigenen Leibesfrucht hingegen gilt als Finte der Lebensschützer, die in Verdacht gestellt werden, den Frauen ein »schlechtes Gewissen« erst einzureden.

Seit Karin Strucks furios unbeherrschtem Auftritt in einer Talk-Show (1992 schleuderte die linke Renegatin und Abtreibungsgegnerin einer von »Stückzahlen« sprechenden Angela Merkel ein volles Glas Wasser entgegen; das Video ist leicht im Internet auffindbar) ist es verdammt still geworden um das Elend der ganz alltäglichen Abtreibungen. Bizarr ist ganz nebenbei, daß solche zutiefst verlogenen Rechtsbeschlüsse in der BRD durchaus jahrzehntelang Bestand haben können, ohne daß sich einer muckt: Eine Abtreibung ist illegal, doch sie bleibt straffrei. Was ist das: Gönnerhaftigkeit, Duldertum oder feiste Bequemlichkeit?

Was vom Walde übrigblieb

von Benjamin Jahn Zschocke

»Was wäre für dich der schlimmste Ort?« Langes Schweigen. »Die Wälder.« »Das ist komisch. Du bist doch diejenige, die immer in den Wald gehen wollte. Wovor fürchtest du dich im Wald? Was macht dir dort angst?« Zähes Schweigen. Dann: »Einfach alles.« Er hakt nach: »Erzähl' mir mal, was dir im Wald passieren könnte.« Schweigen. Keine Antwort.

Das namenlose Paar in Lars von Triers Film *Antichrist* (2009) bohrt, gräbt tief in sich. Die Trauer um ihr verunglücktes Kind drückt sie nieder. Er ist Psychologe, sie Geisteswissenschaftlerin. Seit dem Tod des Kindes leidet sie an regelmäßigen Nervenzusammenbrüchen, die ihre tiefe innere Spaltung zutage fördern. Ihre größte Angst ist die vor der Natur – die der Wiesen und Wälder, aber auch ihrer eigenen. Die Situation spitzt sich zu und erfordert eine Entscheidung.

Ihre Ängste begannen in einer Waldhütte, ihrem gemeinsamen Wochenenddomizil, als sie dort an ihrer Dissertation schrieb. Dahin unternehmen beide einen Ausflug. Es ist sein therapeutischer Vorstoß, ihr Leiden durch Auslieferung zu überwinden. Sie bricht unter dem Druck zusammen und das gescheiterte Dissertationsthema kommt hoch: der Gynozid, die Hexenverfolgung. Schrittweise beginnt sie sich mit diesen zu identifizieren und steigert sich in eine extreme Psychose hinein. Im Wald tobt derweil der immerwährende Sturm, alles fällt so auf die Natur zurück. In ihr sieht sie »Satans Kirche«.

Antichrist ist ein Film über die innere Spaltung des christlich-abendländischen Menschen und seine Angst in der Natur und vor dem Natürlichen. Gedreht wurde er nicht etwa in der skandinavischen Heimat des Regisseurs Lars von Trier, sondern in einem Waldgebiet im Siegtal in Nordrhein-Westfalen, in dem Wege nur dünne Rinnsale bilden, in dem es weder Jogger gibt noch Radfahrer. Wer Ernst Jüngers *Waldgang* (1951) nicht nur als politisches Programm liest, der wird darin etwas Artverwandtes finden. Auch diesem Werk liegt eine Spaltung zugrunde, auch darin ist der Kontrast zwischen Natur und Zivilisation ausgedrückt. Doch während Trier seine Protagonistin im Wald und der Natur das Böse schlechthin erblicken läßt, ist es bei Jünger umgekehrt: Der Waldgänger soll sich von den Fesseln und der Wesensfremdheit der Zivilisation durch seinen Weg in die Natur befreien. Der wesentlichste Antriebspunkt des Individuums ist auch bei ihm die Angst, die vor dem »technischen Kollektiv« und seinen Wirkungen auf den einzelnen.

Während Lars von Trier den Wald als einen den Wahnsinn katalysierenden Moloch, einen riesigen Organismus mit eigenem, bösem Willen zeigt, lobt Jünger den Kraftquell Natur: »Freilich ist kein Zufall, daß alles, was uns mit zeitlicher Sorge bindet, sich so gewaltig zu lösen anfängt, wenn sich der Blick auf Blumen und Bäume wendet und von ihrem Bann ergriffen wird.« Der Wald ist für ihn »Friede und Sicherheit, die jeder in sich trägt.« Der durch die Zivilisation von sich selbst entfremdete Mensch soll aus der Masse heraustreten und wird im Wald »nach sich selbst gefragt.«

Doch Jünger warnt den Abenteurer: »Der Wald ist heimlich. … Das Heimliche ist das Trauliche, das wohlgeborgene Zuhause, der Hort der Sicherheit. Es ist nicht minder das Verborgen-Heimliche und rückt in diesem Sinne das Unheimliche heran. … In diesem Lichte ist der Wald das große Todeshaus, der Sitz vernichtender Gefahr. … Der Waldgang ist daher in erster Linie Todesgang.«

Beide Autoren begegnen sich besonders dort, wo sie dem Wald – und damit der Natur – nach abendländischer Tradition eine metaphysische Kraft zusprechen. Bei Jünger heißt es: »Immer und überall ist hier das Wissen, daß in der wechselvollen Landschaft Ursitze der Kraft verborgen sind.«

Seit kurzem gibt es nun einen Schnittpunkt beider Blickwinkel: Yann Mingards photographisches Werk *Repaires* (mit einem Essay von Phillip Prodger und einem Nachwort von Nathalie Herschdorfer, Ostfildern: Hatje Cantz Verlag 2012. 96 S., 35 €). Optisch zweifellos an Trier geschult, sind auch Jüngers Überlegungen darin virulent. Mingards Aufnahmen verdeutlichen, daß der Wald einladend und fremd zugleich ist, daß also niemand mehr organisch mit ihm verwachsen lebt. An diesem Bruch leidet Triers Protagonistin ebenso wie Jüngers Waldgänger: Für beide ist er nur das, was sie in ihn hineinlegen, eine Projektionsfläche also. Kann man den Wald fassen? Kann man in ihm authentisch sein? Wohl nicht, und so erwachsen aus dieser Erkenntnis Fremdheit und Trauer.

Mingards Bildband ist ein Waldmuseum, eines ohne Romantik, ohne Projektionen. Wie ein Naturwissenschaftler zeigt er das, was der Waldhüter in Joseph Victor von Scheffels Dichtung *Waldeinsamkeit* (1889) gerade noch als seinen Lebens- und Schaffensraum bezeichnen mochte: »Im Zwielicht des Morgens entschreit ich dem Haus / Und rück' halbverschlafen als Freibeuter aus, / In hohen Gedanken und Stiefeln.« In Scheffels Werk schwingt der Geist der Zeit nach 1871 mit, in der alles zum Teil des nationalen Mythos wurde. Und wieder wird der Wald zur Projektionsfläche: »Und nicht ohne Ehrfurcht betrete ich ihn / Gleich dem, der einer Versammlung sich naht / Der besten Männer des Landes.« Doch der bipolaren Weltsicht und die so entstandene innere Spaltung bedingten nach Frank Lisson (*Die Verachtung des Eigenen. Ursachen und Verlauf des kulturellen Selbsthasses in Europa,* Schnellroda 2012) den kulturellen Aufstieg des Abendlandes. Doch mit dieser Spaltung begann auch die lange Kette der Entfremdung von der Natur, nicht nur der äußeren, sondern auch der eigenen, und am Ende dieser Entwicklung steht beispielsweise Lars von Triers Frauenfigur. Denn was die Germanen noch intuitiv (und eben subjektiv) in die Natur projizierten, wurde mit der Christianisierung Teil des einen Entweder-Oder-Gottes. Die Natur wurde fest zwischen die Wertpole gespannt, objektiviert und damit zum Ort vor



forsch Ausschreitende weiß es heimlich in seiner Brust: Selbst er lebt nur von Mythen, ist letztlich »nicht mehr Waldmensch von einst.«

Wer vom Wald spricht, sollte im Präteritum sprechen, denn der säkularisierte und profane Forst, der den Wald größtenteils ersetzt hat, ist eine Erfindung der Moderne und eine urdeutsche dazu. Der mythische Restwald gilt folglich als heilig und schützenswert. Er dient als lifestylefreie Zone und muß für Weltrettungsnostalgien ebenso herhalten wie für Patchwork-Erdungen.

Geographisch betrachtet war der Wald über die längste Strecke seiner Kultivierungsgeschichte das, was im Weg war – sei es dem Bau von Siedlungen, Schienen- und Straßennetzen, sei es dem Ackerbau, den wachsenden Städten und Industriegebieten. Im raumknappen Deutschland bedeutete Fortschritt immer Naturverzicht. Deshalb ist auch der Naturschutz ein deutscher Gedanke.

Mit der Kultivierung des Waldes und seiner Bewohner kam auch das Christentum, und mit ihm die radikale Subjekt-Objekt-Trennung beim Zugriff auf den Gegenstand. Der Druck dieser allem der dunklen und irrationalen Wünsche, Vorstellungen und Triebe.

Ein Film wie *Antichrist* ist eines der vielen Stücke, die auf der an sich neutralen Bühne des Waldes gespielt werden können, der *Waldgang* ist ein weiteres. Mit dem Schweizer Photographen Yann Mingard läßt sich dagegen begreifen: Der Wald ist überzeitlich, ahistorisch, apolitisch. Er ist einfach nur, er ist die Natur selbst und somit außerhalb der moralischen Kategorien Gut und Böse. Genauso zeigt Mingard ihn auch: Gräser und Moose und Bäume und Flechten. Ausgestellt, angestrahlt von Kunstlicht, phänotypisch erkannt und eingeordnet als etwas, das über allem steht und gleichzeitig alles fundiert. Der Wald steht außerhalb aller Wertungen und ist dadurch der uneindeutige Raum, in den wir hineinlegen, was uns und unserer Zeit entspricht. Vielleicht ist es mit dem Wald ein wenig so wie mit dem Wolf, der Brandenburg und Sachsen schon erreicht hat und weiter nach Westen vordringt. Seltsam romantisch begrüßen wir ihn, während unsere Vorfahren ziemlich unromantisch dafür gesorgt hatten, daß er weit im Osten und fern der Grenzen blieb.

Gründe und Abgründe des kulturellen Selbsthasses. Frank Lissons »Die Verachtung des Eigenen«

von Till Kinzel

In seinem neuen Buch über *Die Verachtung des Eigenen. Ursachen und Verlauf des kulturellen Selbsthasses in Europa* stellt der Berliner Kulturphilosoph Frank Lisson die Frage nach den Ursachen des Untergangs einer Kultur. Er fragt aber auch nach den Ursachen dafür, warum eine bestimmte Kultur, die nach der von Griechen und Römern geprägten antiken Welt entstand und die er mit einer gewissen Idiosynkrasie die abendländische nennt, eine weltweit einzigartige Dynamik entfaltet hat. Weiter fragt er, warum diese Kultur heute der Vergangenheit angehöre, da sie sich nämlich seiner These nach in eine Zivilisation verwandelt habe. Sein Thema ist, kurz gesagt, der Untergang des Abendlandes im Sinne Oswald Spenglers, mit dessen Denken sich Lisson intensiv auseinandergesetzt hat (*Oswald Spengler. Philosoph des Schicksals,* Schnellroda 2005). Fürwahr keine Kleinigkeit!

Bereits diese Fragestellungen zeigen, daß Lisson in seiner Kulturphilosophie aufs Ganze geht. Aufs Ganze zu gehen ist das vornehmste Recht der Philosophie, und dieses Recht nimmt Lisson für sich in Anspruch, wenn er als freier Geist im Sinne Nietzsches und Schopenhauers spricht. Lisson versteht sich als Denker außerhalb des akademischen *juste milieu,* in dem man allzumeist nicht aufs Ganze blickt, sondern auf das Detail, die Reputation und die Drittmittelanschlußfähigkeit – und alles meist im Rahmen einer wie auch immer näher zu bestimmenden politischen Korrektheit. Damit knüpft Lisson ebenso wie mit seiner Diagnose, wir lebten heute »nach den Kulturen«, an seinen kulturphilosophischen Entwurf *Homo Absolutus* (2008) an. Während aber dieses Buch eine eher kaleidoskopische Form hat und aus teils längeren »Aphorismen« im Stile Nietzsches besteht, unternimmt Lisson nun in *Die Verachtung des Eigenen* den Versuch einer systematischeren Analyse und bietet eine Erzählung davon, wie es zu dem so eigenartigen Selbsthaß kommen konnte, der seiner Meinung nach unsere nachkulturelle Welt präge.

Aus dem philosophischen Interesse am freien Denken heraus verweigert sich Lissons Kulturkritik auch einer gegenläufigen Dogmatisierung, die auf eine politische Korrektheit von rechts hinauslaufen würde. Nun könnte man meinen, daß eine solche nach Lage der Dinge ohnehin nicht zu erwarten ist – doch eine solche rechte politische Korrektheit wäre Lisson, das darf man wohl sagen, im letzten ebenso zuwider wie eine linke Hegemonie. Lisson will und sucht den geistigen Streit um das Wesentliche – zu Recht, weil Auseinandersetzung und radikale Kritik in der Sache selbst ein Prinzip abendländischer Geistigkeit darstellen.

Weil es Lisson um die großen Zusammenhänge geht und die Darstellung des kulturellen Selbsthasses zugleich auch eine Wertung einschließt, ist jede Kritik seiner Darstellung vor ein großes Problem gestellt. Denn einerseits könnte sie sich daranmachen, im Detail zu zeigen, was an der Analyse stimmt und was nicht; sie könnte andererseits aber auch das Hauptaugenmerk darauf legen, ob die Analysen Lissons im großen und ganzen stimmig sind. Zuletzt wird man aber auch fragen müssen, ob man den Wertungen Lissons, die teils implizit und teils explizit vorgetragen werden, zustimmen kann oder soll. Es ist an diesem Punkt, daß sich die Geister scheiden werden – und darin liegt der Hauptwert des Buches von Lisson.

Jede Analyse des Abendlandes und seines Schicksals kommt nicht umhin, die Diagnose Nietzsches ernst zu nehmen, die einen engen Zusammenhang von Abendland, Tod Gottes und Nihilismus erkannte oder herstellte. Wie etwa Carlo Gentili herausgearbeitet hat, sind für Nietzsche abendländische Tradition und Nihilismus im Grunde Synonyme (*Nietzsches Kulturkritik zwischen Philologie und Philosophie,* Basel 2010, S. 204). Daraus folgen auch für Lisson entscheidende Weichenstellungen im Denken: Weil auch das Christentum als essentieller Bestandteil des sogenannten Abendlandes in letzter Instanz mit dem Nihilismus im Sinne Nietzsches in eins fällt, kann die Krise des Abendlandes auch nicht durch einen Sprung zurück ins Christentum behoben oder abgewendet werden. Der Untergang des Abendlandes, den Nietzsches »Schüler« Spengler und mit ihm Frank Lisson diagnostiziert, ist in dieser Perspektive eine Tatsache, an der es nichts zu deuteln und im Grunde auch nichts zu ändern gibt. Er ist nämlich nicht nur eine Tatsache unter anderen, sondern unabwendbares Schicksal. Insofern es gute Gründe gibt, dieser Diagnose zuzustimmen, wird man die Stärke der in Lissons Buch entfalteten Posi-

tion zugestehen müssen: Lisson sieht die Realität eines Selbsthasses, der ein Indiz für Dekadenz ist, und er macht sich keine Illusionen über Sinn und Möglichkeit einer Restitution des »Abendlandes«, ob nun halbherzig oder in voller Überzeugung angestrebt. Lisson bietet insofern eine philosophisch radikale, keine konservative Deutung der Dekadenz: Weil das Abendland selbst seinen Untergang hervorgebracht hat, lokalisiert Lisson auch den kulturellen Selbsthaß im Kern des Abendlandes selbst, nämlich im Christentum, das indes selbst wieder als eine Fortentwicklung des Platonismus verstanden werden könne (S. 56). Für die Entstehung des kulturellen Selbsthasses hält Lisson die Gewissensbildung für zentral, denn es gebe einen Zusammenhang von Gewissensbildung und Selbstverachtung. Wie dem auch sei: Für Lisson stehen Vernunft und Kultur in einem Verhältnis der Feindschaft, weil Vernunft seiner Meinung nach eine grundsätzlich zersetzende Kraft hat – die kulturauflösende Wirkung der Vernunft. Hier wird man zurückfragen müssen, was für eine Vernunft Lisson meint, denn das zersetzende (»analytische«) Prinzip eignet nur einer sich selbst mißverstehenden Vernunft, nicht schon der Vernunft an sich.

Es kann bei einem so engagierten Text, der mit hohem Einsatz das freie Denken praktiziert, nicht ausbleiben, daß es im Großen wie im Kleinen Anlaß zum Widerspruch gibt. So etwa goutiert Martin Lichtmesz die kritische Wertung des Christentums bei Lisson nicht und entdeckt zudem einen »destruktiven Zug« in dessen Denken, dem er in der Konsequenz eine zumindest implizite Nähe zu einem »Nihilismus Cioranscher Prägung« vorwirft (*Junge Freiheit* vom 16. März 2012). Das aber müßte nicht mehr besagen, als daß Lisson eben keine beruhigende Pille als Mittel gegen die Dekadenz unserer Zeit anbietet. Und soviel ist wahr: Lisson ist zweifellos kein Konservativer. Denn auch wenn Lisson die »Verachtung des Eigenen« als ein entscheidendes Problem unserer Zeit begreift, geht aus seinem Buch letztlich auch hervor, daß das »Eigene« selbst ebenso problematisch und zu unbestimmt ist, um gegen den sich faktisch vollziehenden Kulturverlust noch in Stellung gebracht werden zu können. Dieser Punkt aber läßt die bei Lisson zu beobachtende polemische Stoßrichtung zweischneidig erscheinen: Denn wenn das Eigene selbst mit mehr oder weniger Notwendigkeit den Selbsthaß hervorbringt, den Lisson als kulturelle Pathologie diagnostiziert, ist eigentlich nicht recht zu verstehen, warum man überhaupt gesteigerten Wert auf das Eigene legen sollte. Warum es nicht drangeben, wenn man damit auch den Selbsthaß loswerden könnte? So ist in Lissons Sicht nicht nachvollziehbar, wie überhaupt irgend etwas Substantielles der Verfallsgeschichte des Abendlandes entgegengesetzt werden kann.

Das aber heißt im letzten, daß die Kulturkritik Lissons nur die behauptete Substanzlosigkeit des Abendlandes im Medium der Reflexion wiederholt – sie ist ebenso unfruchtbar wie das längst drangegebene Eigene. So behauptet Lisson etwa, das Abendland habe keine eigene Identität besessen, weil es an der Nabelschnur der Antike hing. Doch setzt diese Kritik eine Vorstellung von »Identität« und »Eigenem« voraus, die diese nur als Phänomene der Abgrenzung oder der Abhängigkeit vom anderen, nicht aber der produktiven Aneignung und Zusammensetzung von Fremdem begreift. Das Eigene des Abendlandes ist aber nicht deshalb problematisch, weil es antike Quellen hat; man kann sogar sagen, daß das Abendland eben dadurch seine Identität erlangte, daß es diejenigen kulturellen Systeme, die mit den Chiffren »Athen« und »Jerusalem« bezeichnet sind, in eine bis heute fortwirkende produktive Spannung gebracht, sie sich also produktiv angeeignet hat. Leo Strauss hat sogar in dieser grundsätzlich nicht aufhebbaren Spannung, die zwischen den großen Entwürfen der philosophischen Vernunft und des religiösen Offenbarungsglaubens besteht, das Geheimnis der außerordentlichen Vitalität des Abendlandes erblickt. Ob diese Kultur ohne diese Spannung zu den Höchstleistungen in der Lage gewesen wäre, die wir heute mit dem Abendland verbinden, kann man füglich bezweifeln.

Daß Lissons Kulturkritik entgegen einem an manchen Stellen spürbaren Pathos der analytischen Distanz normativ aufgeladen ist, wird etwa dort deutlich, wo er seinem eigenen Konzept des Abendlandes entgegenlaufende Phänomene schlicht aus dem »eigentlichen« Abendland ausgrenzt – und damit auch notwendigerweise eine Verzerrung des Analysegegenstandes selbst in Kauf nimmt. Schon im antiken Denken liegt eine Einsicht vor, die man als Kritik des Eigenen im Lichte des Guten verstehen kann. Es war hier indes noch nicht von endemischen Selbstzweifeln die Rede, die sich in einen kulturellen Selbsthaß verwandelt hätten. Dennoch liegt hier der Keim für die intransigente Selbstbefragung einer Kultur oder auch Nachkultur, der sich auch Lisson selbst noch zugehörig empfinden dürfte; denn sein Buch hat selbst die Intensität, aus der sich auch der kulturelle Selbsthaß speist.

Wie die Rede vom Selbsthaß schon nahelegt, beruht Lissons Methode stark auf psychologischen Begriffen, die zudem changierend auf Individuen und auf Kollektive oder gar übergreifende geschichtliche Phänomene wie das Abendland überhaupt angewandt werden. Das ist, wie man wohl sagen muß, methodisch bedenklich, aber es kann nicht darum gehen, Lissons ernste Anfragen durch Methodenkritik zu neutralisieren. Aber wenn Selbsthaß in der Gegenwart ein vorwiegend deutsches Phänomen ist, das sich zudem protestantischen Wurzeln verdankt, ist damit noch nicht das ganze Abendland drangegeben. Es bleibt bei Lisson aufgrund seiner eigenen Voraussetzungen unklar, was nun mit Abendland gemeint ist und worin die Quellen des Selbsthasses genau liegen, da dieser tatsächlich in den einzelnen Ländern des Westens sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Lissons Analyse des kulturellen Selbsthasses müßte soziologisch präzisiert werden im Hin-

blick auf die tatsächlichen Träger dieser skurrilen Mentalität, die zwar eine hohe mediale Präsenz genießen, deren tatsächlich elitäre Ideen aber möglicherweise weniger beherrschend sind, als Lisson unterstellt.

Jenseits der Stichhaltigkeit und der Berechtigung der Analysen Lissons im einzelnen ist der Wert seines Buches erheblich, weil es den (nicht in jeder Hinsicht erfolgreichen) Versuch unternimmt, über die Misere unserer Gesellschaft auf einem angemessen hohen Niveau nachzudenken. Oswald Spenglers bekannter Satz »Man will nur noch denken, was man wollen soll, und eben das empfindet man als seine Freiheit« hat nichts von seiner Aktualität verloren. Lisson aber will nicht nur denken, was man wollen soll. Und wenn man als sein Leser nicht möchte, daß »das große Schweigen«, von dem Spengler einst sprach, das letzte paradoxe »Wort« unserer gegenwärtigen Gesellschaft bleibt, wird man hoffen müssen, daß Lissons Text Anstoß erregen wird. Denn aus einem solchen Anstoß kann die notwendige Klärung der Gedanken folgen, was das Eigene ist, dessen Erhaltung uns wert ist und wert sein soll. Lisson selbst zeigt in seinen ästhetischen Reaktionen, daß auch ihm an manchen Kulturleistungen des Abendlandes gelegen ist; so etwa wenn er die »Ungeheuerlichkeit« der Vernichtung von historischer Bausubstanz in den 1950er und 1960er Jahren kritisiert, die aber natürlich nur dann eine Ungeheuerlichkeit ist, wenn man die Normativität der abendländischen Ästhetik und des Sinns für Geschichte akzeptiert, Voraussetzungen, die Lisson als freier, bindungsloser Geist aber konsequenterweise gar nicht akzeptieren kann. Er unterschätzt die Bedeutung eines Freiheitsbegriffs, wie er in der Geschichte des Abendlandes entwickelt wurde und der eben nicht mit Bindungslosigkeit identisch ist. Lisson verknüpft aber drei Konzepte in einer Weise, die zu einem im wesentlichen apolitischen Freiheitsbegriff führen, wenn er zunächst Heimatlosigkeit als Weltschicksal apostrophiert und sich dazu ausgerechnet auf Ernst Bloch bezieht. An dieser Stelle markiert Lisson unmißverständlich seine Distanz zu dem, was man das Prinzip Antaios nennen könnte (S. 138), nämlich das Recht und die Notwendigkeit der Verwurzelung und der Beheimatung, des Ansiedelns (»settling« im Sinne von Roger Scruton). Die Argumentationskette geht dann so, daß nur Heimatlosigkeit echte Einsamkeit ermöglicht, die Lisson beide positiv besetzt; und es ist dann diese Einsamkeit, die ihm als Grundlage der Erfahrung echter Freiheit gilt (S. 139): »Nur wer weitgehend ohne Bindungen lebt, versteht es im philosophischen Sinne frei zu sein.«

Diese an den *Homo Absolutus* erinnernde Schlußfolgerung aber, so wird man Lisson entgegenhalten müssen, ist weit mehr ein Teil des Problems als irgendeiner Lösung. Denn es ist ja gerade die Heimatlosigkeit als Weltprinzip, mittels dessen die unverantwortliche Hypostasierung der Migration zur wünschenswerten *conditio humana* gemacht wurde. Die Attitüde der Schicksalhaftigkeit des Geschehens, die Lissons Kulturkritik prägt, ist im letzten irritierend, denn ein Wissen von dieser Schicksalhaftigkeit kann es nicht geben. Auch ist es keineswegs ausgemacht, daß Zivilisation das unausweichliche Schicksal der Kultur ist. Anders gesagt: Lisson trifft etwas Richtiges, wenn er die Existenz eines kulturellen Selbsthasses diagnostiziert; aber mir scheint, daß es für das Abendland, oder was davon noch übriggeblieben ist, ein viel größeres Problem als diesen Selbsthaß gibt, ein Problem, das mit dem »letzten Menschen« Zarathustra-Nietzsches emblematisch verbunden ist – es ist die schier unerträgliche Selbstzufriedenheit und das Umlügen der Realität sozialer und politischer Verwerfungen, beispielsweise in multikulturelle Buntheit. Kulturelle Selbstzufriedenheit, Selbstgenügsamkeit und Selbstbetäubung mit einem Lüstchen für den Tag und einem Lüstchen für die Nacht sind viel dominanter als Selbsthaß – es muß daher darüber nachgedacht werden, wie ein Eigenes beschaffen sein müßte, an das ein vitales Interesse an Selbsterhaltung jenseits von Selbsthaß und Selbstgenügsamkeit anknüpfen könnte.





Schwierige Lektüre?
Eine Replik auf Till Kinzels Fragestellungen

von Frank Lisson

Wenn ein Autor in seinen Werken dermaßen mißverstanden wird, wie es mir sowohl mit dem *Homo Absolutus* als auch – und noch mehr – mit der *Verachtung des Eigenen* bisher erging, muß er sich fragen, woran das liegt: Hat er es nicht vermocht, seine Stoffe dem Leser verständlich zu machen – oder ist der Leser nur nicht bereit, auf die Stoffe einzugehen, weil er gar nicht liest, was dort steht, sondern bloß, was er lesen will? Daß letzteres durchaus und nicht eben selten vorkommt, zeigt ein vermessener Blick auf die Rezeptionsgeschichte einiger derjenigen Philosophen, zu denen ich eine gewisse geistige Nähe empfinde; man verzeihe mir die Unbescheidenheit dieses Vergleichs: Montaigne wurde als Skeptiker erst im 18. Jahrhundert wahrgenommen, La Mettrie blieb wegen seines Materialismus über ein Jahrhundert lang verketzert und ungelesen, Stirner galt lange als Anarchist, Kierkegaard bloß als christlicher Schriftsteller, bis man ihn knapp hundert Jahre nach seinem Tod endlich »existentialistisch« zu lesen begann, bei Schopenhauer witterte man lange »dilettantische Willkür« und in Nietzsche wollte man bis 1890 nur den Schüler Schopenhauers mit »extrem aristokratischen Ansichten« sehen, der »überhaupt die Sittlichkeit« leugne; von Spengler, der seinen Erfolg bis heute vor allem einem großen Mißverständnis zu verdanken hat, ganz zu schweigen – sie alle wurden kaum oder erst sehr spät gelesen, vorschnell abgeurteilt oder auf ein bis zwei Begriffe reduziert.

Wie die Rezension von Till Kinzel einmal mehr zeigt, scheint es unmöglich zu sein, aus dem Schatten der Großen herauszutreten, sofern man mit Termini operiert, die von diesen ebenfalls benutzt wurden. Dabei wirkt die Suggestion solcher Schlagworte offenbar derart, daß sie den Blick auf eben jene Begriffe verengt, selbst wenn diese im behandelten Text gar nicht vorkommen! So ist bei Kinzel immer wieder von »Untergang«, »Dekadenz«, »Schicksal« zu lesen – Begriffe, die man in meinem Buch entweder gar nicht (Dekadenz) oder kaum, und wenn, in einem anderen Kontext findet.

Zweites Buch

Drittes Buch

Angesichts der zahlreichen und heterogenen Aspekte (siehe abgedrucktes Inhaltsverzeichnis), die ich in *Die Verachtung des Eigenen* zur Erklärung des Phänomens in einen Zusammenhang zu bringen versuche, wundert mich die Reduktion auf ein paar Reizthemen, wodurch sämtliche Feinheiten, von denen das Buch lebt, verdeckt bleiben. Da werden aus einem großen Mosaik drei, vier Steinchen herausgenommen, die man schon einmal in einem anderen Bild gesehen hat, und in eben jenen gewohnten Kontext gestellt. Man schließt also anhand dieser Steinchen auf das bereits bekannte Bild, das man in

sich trägt, obwohl die Steinchen als Bestandteile eines neuen Mosaiks etwas ganz anderes darstellen. Somit entgeht dem Betrachter die Imagination des Ganzen, da sein Blick an einzelnen Steinchen hängenbleibt. Hier also der Versuch einer Klarstellung im einzelnen und der Reihe nach:

1. Entgegen der Lesart Kinzels frage ich nicht »nach den Ursachen des Untergangs einer Kultur« (das habe ich im *Homo Absolutus* und an anderer Stelle getan), und schon gar nicht ist mein Thema »der Untergang des Abendlandes im Sinne Spenglers«, sondern ich forsche nach den Ursachen des kulturellen Selbsthasses und gehe der Frage nach, wodurch sich die Kultur des Abendlandes erschöpft hat und an sich selbst ermüdete. Das ist durchaus etwas anderes! Überhaupt gleicht meine Fragestellung nicht der Spenglers, denn ich begreife Kulturen keineswegs als abgeschlossene Räume, auch nicht in irgendeiner Weise als statisch, sondern als Ausdrucksformen bestimmter »Zustände« oder »Befindlichkeiten«, in die sich Verbände hinein- und eben auch wieder herausentwickeln, also als »Höhepunkte« evolutionärer Mutationsprozesse, die sich weder künstlich herstellen noch konservieren lassen. Deshalb ist der Begriff des »Untergangs«, den auch Spengler ja nie so gemeint hat, auf Kulturen bezogen, im Grunde völlig unangebracht, weswegen ich lieber von »Abschied« spreche, wenn ein Zustand in einen anderen übergeht. Ein Abschied, nach dem das Verabschiedete in Erinnerung bleibt, dort eine notwendige Wandlung vollzieht und entweder zur »Sehnsucht« führt oder zur »Nostalgie«. Das eine ist die »kulturelle« Verarbeitung, das andere die »zivilisatorische«.

Das Abendland unterscheidet sich von allen vorangegangenen Zuständen meines Erachtens dadurch, daß es zum erstenmal Menschen hervorbrachte, die sich als Schöpfer ihrer selbst empfanden und dadurch einen Freiheitsbegriff entwarfen, der die Entwicklung der Kultur gleichermaßen produktiv wie verhängnisvoll vorantrieb. Denn das Abendland charakterisiert ein besonderes Bildungserlebnis, das gewaltige Prägekräfte enthielt, Anschauungen verschob und neue Werte setzte, nämlich durch die »Erfindung des Individuums« auf der Grundlage der »Willensfreiheit«. Deshalb verlege ich die Epoche des Abendlandes in den Zeitraum zwischen 1450 und 1950, in dem eben jenes Bildungserlebnis stattfand. Die Antike gehört sowenig dazu wie das christliche Mittelalter, weil dort jeweils andere Zustände herrschten, andere Werte normativ waren und der Mensch sich noch nicht als »ungebundenes Subjekt« empfand. Erst der Humanismus hat das Spezifische des abendländischen Menschen hervorgebracht. Weil aber die überhöhten Erwartungen, die mit diesem aus der »Hochkultur« erwachsenen Zustand verbunden waren, schließlich enttäuscht wurden, begann der Kulturmensch die Kultur und damit sich selbst zu verachten. Denn »Kultur kann mißlingen. Und zwar dann, wenn die ›Versprechen‹, die sie impliziert, nicht erfüllt werden« (S. 11).

2. Des weiteren schreibt Kinzel, daß der kulturelle Selbsthaß meiner »Meinung nach unsere nachkulturelle Welt präge.« Das ist falsch! Denn ich versuche doch im Gegenteil zu erläutern, wie sehr der kulturelle Selbsthaß ein Produkt der Kultur war; mit Schwinden des kulturellen Bewußtseins wird auch das Phänomen des kulturellen Selbsthasses verschwinden. Wir erkennen das etwa daran, daß die meisten Menschen in Deutschland und Europa dieses Phänomen nicht einmal wahrnehmen, obwohl es sich täglich in politischen Handlungen zeigt. Was wir heute erleben, ist der Höhepunkt dieses Selbsthasses am Ende einer Epoche, der deshalb von manchen so stark empfunden wird, weil er sich seit 1950 mehr und mehr nach innen und nicht mehr nach außen richtet. Dieser Haß, der den Menschen die Lust am Eigenen austreibt, ebnet den Weg in den neuen Zustand der »Zivilisation«. Denn »Zivilisation bedeutet die Entlastung von Kultur« (S. 13). Und zwar eben deshalb, weil Kultur, also der Zustand gelebter Differenz, für die Schrecken des 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht wird.

3. Ferner lesen wir, bei mir befänden sich »Vernunft und Kultur in einem Verhältnis der Feindschaft, weil Vernunft« meiner Meinung nach »eine grundsätzlich zersetzende Kraft hat – die kulturauflösende Wirkung der Vernunft.« Das ist eine seltsame Fehlinterpretation. Denn ich unterscheide deutlich zwischen einer »wissenschaftlich-rationalen« und einer »ethisch-philosophischen« Vernunft (S. 174), woraus der spezifisch abendländische Konflikt entstand: »Dieser ständige Zwiespalt zwischen Wollen und Sollen, Trieb und Moral förderte die europäische Unruhe, Streitlust und innere Anspannung« (S. 104). Dadurch standen sich im Abendland mehrere »Wahrheiten« gegenüber, weil man sich erst noch auf dem Weg hin zu einer allgemeinen Vernunft befand, die diesem kulturfördernden Konflikt notwendig fehlte. »Deshalb kann von einem postkulturellen Zeitalter gesprochen werden, sobald sich eine allgemeingültige Wahrheit global unter allen Menschen durchsetzt. Denn wo überall das gleiche gilt, ist das Wesen von Kultur aufgehoben. – Ergo: Vernunft vernichtet Kultur« (174f.).

4. Und es ist auch nicht das Eigene, das »mit mehr oder weniger Notwendigkeit den Selbsthaß hervorbringt«, sondern die Enttäuschung über das Versagen vor den Ansprüchen, die vom Eigenen ausgingen, was aus der Perspektive eines aufgeklärten Fortschrittsoptimismus ein Scheitern an der Kultur selbst bedeutete. Zumal dieses Eigene aus der eklektizistischen Aneignung der Wertvorstellung zweier adoptierter Kulturen bestand, der griechisch-römischen Antike und der des mosaischen Glaubens. Hierin liegt vielleicht der gewagteste und heikelste Gedanke, nämlich, daß das Abendland unter dieser fehlenden Kontinuität gelitten habe, die stets nur eine konstruierte war, man aber immer das Kind zweier »fremder Eltern« blieb, mochte

man sich auch noch so gut in ihrer Obhut aufgehoben fühlen.

5. Nun erweckt Kinzel mit seinem Verweis auf Leo Strauss den Eindruck, als verkennte ich die Bedeutung einer Identität, die sich als »produktive Aneignung und Zusammensetzung von Fremdem begreift.« Dabei ist doch der Konflikt, der sich aus »dieser grundsätzlich nicht aufhebbaren Spannung« ergab und worin das »Geheimnis der außerordentlichen Vitalität des Abendlandes« bestand, genau das Grundthema meines Buches! Nicht nur Abschnitte wie »Von der Fruchtbarkeit fremden Wissens« (S. 39–42), sondern auch die Einleitung und bald der gesamte übrige Text sind von dem Versuch einer Analyse eben dieser Spannung geprägt, worin ich doch gerade Ursache und Pathogenese des kulturellen Selbsthasses erblicke!

6. Ferner wird vermutet, mir sei nur »an manchen Kulturleistungen des Abendlandes gelegen.« – Ja, ist denn der wehmütig-melancholische Ton, der alle Beschreibungen eben dieser Kulturleistungen durchweht, völlig überhört worden?

7. Auch handelt es sich um ein grobes Mißverständnis, wenn behauptet wird, daß »Heimatlosigkeit« und »Einsamkeit« bei mir »positiv besetzt« seien, nur weil ich an die lange Tradition einer besonders unter antiken und abendländischen Philosophen weitverbreiteten Meinung erinnere, wonach man allein über bindungslose Einsamkeit zur »Freiheit« im philosophischen Sinne gelangen könne.

8. Und wo »markiere« ich »unmißverständlich« meine »Distanz« zum »Prinzip Antaios«, da ich dieses doch »ein schönes Bild« nenne und mit Heidegger für die Suche nach einem neuen Heimatbegriff unter den Bedingungen der Weltzivilisation argumentiere (S. 137–140)?

9. Sonderbar verfehlt auch der letzte Abschnitt, in dem von einem philosophischen Ergründungsversuch Lösungsvorschläge erwartet werden. Und dann der Hinweis auf das, wonach, laut Kinzel, dringender zu fragen gewesen wäre; wenn sich jemand Gedanken über Gestalt, Aufbau und Bewegung des Sonnensystems gemacht hat, kann man ihm doch nicht damit begegnen, daß das Problem der Gravitation auf der Erde aber wichtiger sei.

Was ich also am Weiterdenken Till Kinzels, bei allem Respekt, kritisieren muß, ist der Mangel an Synoptik. Ohne die Bereitschaft, das Ganze des Textes bei dessen Beurteilung zu berücksichtigen, bleibt der Zugang zum Phänomen notwendig verschlossen. Denn Wesentliches meiner Charakteristik des Abendlandes, das für den Verlauf des kulturellen Selbsthasses elementar ist, wurde völlig außer acht gelassen: so etwa die enorme Wirkung, die von der Individuation und dem damit verbundenen Anspruch ausging, ein Ich zu verkörpern; sodann die besondere Stellung, die Liebe, Sexualität und das Geschlechterverhältnis im Abendland einnahmen, worin ich eine ganz entscheidende Triebkraft bei der Genese des kulturellen Selbsthasses zu erkennen glaube. Überhaupt ist der gesamte körperliche Komplex gänzlich unbeachtet geblieben, obwohl die Leiberfahrung des abendländischen Menschen von höchster Bedeutung für die Entstehung der Selbstverachtung ist, die natürlich eng mit den Sündenvorstellungen der Kirche zusammenhängt, welche wiederum für jene Verstörungen sorgten, die das Christentum bei einem Großteil der abendländischen Intelligenz auslöste. Auch spielt die soziale Funktion des staatlich inszenierten Haßobjektes eine gewichtige Rolle. Ferner ist der kulturelle Selbsthaß kaum verständlich ohne Berücksichtigung des »tragischen Bewußtseins«, das sich vor allem aus der Auseinandersetzung mit dem Altertum und der antiken Tragödie ergab.

All diese Aspekte blieben unerwähnt. – Warum? Viel zu oft wird aus Büchern allein das herausgelesen, wonach der jeweilige Betrachter sucht. So kommt es immer wieder zur mundgerechten Zerkleinerung äußerst komplexer Sachverhalte, die zuletzt dazu führt, daß einem Autor zwei, drei Begriffe umgehängt werden, die er dann nie mehr abschütteln kann. Nietzsche, der Verkünder des »Todes Gottes«, Spengler, der Prophet des »Untergangs«, und auch Fukuyamas »Ende der Geschichte« werden gern allzu wörtlich genommen, ohne daß dabei ermessen würde, was sich alles hinter diesen Formeln verbirgt, die der Autor zumeist nicht einmal absichtsvoll, sondern mehr aus Versehen in die Welt gesetzt hat.

Ich hoffte, der »Hauptwert des Buches« bestünde nicht allein darin, daß die »Geister sich daran scheiden werden«, wie Kinzel schreibt, sondern im Reichtum der vielen kleinen Beobachtungen, die so vielleicht noch kaum jemand gemacht hat, sowie in der Darstellung gewisser Zusammenhänge, wie sie so vielleicht noch kaum gesehen wurden. Denn tatsächlich geht es mir um das »Ganze«. Ich will verstehen, was dieses wunderbare Phänomen Abendland, das der Welt fast fünfhundert Jahre lang seinen Stempel aufdrückte, eigentlich war. Dies halte ich für notwendig, um die Gegenwart begreifen zu können. Kulturelle Phänomene sind jedoch nicht ohne weiteres erklärbar; sie setzen einen bestimmten Grad an Empathie voraus: »Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen« (Goethe). Das macht den rein wissenschaftlichen Umgang mit seismographischen Büchern so schwierig und verleitet dazu, sie auf bestimmte Begriffe bringen zu wollen, von denen der politische vielleicht der unglücklichste ist.

So lese man denn auch *Die Verachtung des Eigenen* als eine Erzählung der imposanten Tragödie »Abendland«, von der man keine Patentrezepte erwarten darf, sondern nur Inspiration, Anregungen, geistiges Material zum Selberdenken – was das Prinzip aller ambitionierten Philosophie stets war und immer sein sollte.

Rechtsphilosophie nach ’45 – Es begann mit einer Legende

von Günter Maschke

Zwar können Skizzen stärker anregen als penibel ausgeführte Gemälde, doch auch sie benötigen ihr Maß. Der Versuchung, sie allzu kärglich ausfallen zu lassen, widerstehen nur wenige.

Auch ein so umsichtiger und kenntnisreicher Rechtshistoriker wie Hasso Hofmann, dessen oft ungerechtes Buch *Legitimität und Legalität – Der Weg der politischen Philosophie Carl Schmitts* (1964) für immer aus dem Ozean der Carl-Schmitt-Literatur herausragt, ist dieser Gefahr erlegen. Wer die nunmehr 67 Jahre umfassende Geschichte der deutschen Rechtsphilosophie und -theorie seit dem Kriegsende auf 61 Seiten abhandelt (die Seiten 62–75 enthalten eine relativ stattliche Bibliographie), übertreibt den löblichen Willen, sparsam mit Papier umzugehen. Doch eine Taschenlampe ist nur eine Taschenlampe und ersetzt nicht einmal eine Notbeleuchtung.

Hofmanns asthenische Schrift (*Rechtsphilosophie nach 1945 – Zur Geistesgeschichte der Bundesrepublik Deutschland,* Berlin: Duncker & Humblot 2012. 75 S., 18 €), auf einem Vortrag vom Oktober 2011 bei der Siemens-Stiftung beruhend, beginnt mit der berühmten »Naturrechtsrenaissance« nach 1945. Ein eher behauptetes denn durchgeformtes aristotelisch-thomistisches Naturrecht, sich legierend mit der Soziallehre des politischen Katholizismus, bestimmte damals bis in die fünfziger Jahre die juristischen und rechtstheoretischen Debatten der frühen Bundesrepublik. Wie schon 1918 ließen sich die Geschlagenen vom sonst gerne ignorierten katholischen Gedanken anleiten. Zum großen Schuldigen am Desaster der Justiz unterm Nationalsozialismus wurde der »Rechtspositivismus« ernannt. Daß die deutschen Juristen sich zwischen 1933 und 1945 so willfährig zeigten, lag angeblich am hergebrachten »Gesetz-ist-Gesetz«-Denken, mit dem man das die Menschenwürde und die Menschlichkeit achtende Naturrecht ignorierte. Jetzt aber sollte der Vorrang der *Lex naturalis* (des durch die Vernunft allgemein erkennbaren Teils eines angeblich »ewigen Gesetzes«) gegenüber dem *Jus positivum* durchgesetzt werden; letzteres hatte sich ersterem unterzuordnen.

Aber der Skandal der Jurisprudenz während des Nationalsozialismus findet sich (zumal wenn man die damals eher geringe Produktion neuer Gesetze bedenkt!) nicht in einem knechtischen Rechtspositivismus, sondern in der Tendenz zur »unbegrenzten Auslegung« (Bernd Rüthers) schon lange bestehender Gesetze. Dabei darf man auch daran erinnern, daß diese sinistre Kunst der Auslegung sich nicht selten auf ein angebliches nationalsozialistisches Naturrecht stützte. Man begann also 1945 mit einer Legende – mit der Legende von der Schuld des Rechtspositivismus; Hofmann spricht hier triftigerweise von »Bewältigungsliteratur«. Diese Legende barg auch ein beachtliches destruktives Potential: Jetzt konnte man den Staat diffamieren und ihn bzw. das, was von ihm noch übriggeblieben war, demontieren. Der den Rechtspositivismus durchsetzende Leviathan wurde zerschnitten. Mittels der Legende vom Rechtspositivismus fälschte man den radikalen Nicht-Staat des Nationalsozialismus, einen wahren Behemoth, zu einem Staat, nein: zu einem extremen Hyper-Staat um. So wurde der Staat, die wehrhafte Relation von Schutz und Gehorsam, ein weiteres Mal, diesmal von einer anderen Seite her, attackiert. Im endlich vollendeten Großtrizonesien weihten sich schließlich auch die Juristen der vermeintlich so menschenfreundlichen Staatsfeindschaft.

Tatsächlich setzte diese Entwicklung, heute offen zutageliegend, 1945 mit den Leerformeln des Naturrechts ein. In einer sich beschleunigt säkularisierenden, partikularisierenden, an der Oberfläche pluralisierenden Gesellschaft wurde ein ewiges Sittengesetz verkündet, von dem man bekanntlich rasch gehörige Abstriche machen mußte. Der Einfluß des – wie seine Geschichte beweist! – so wandelbaren Naturrechts führte zu Absurditäten wie der, daß der Bundesgerichtshof 1954 den Verlobtenbeischlaf zur »Unzucht« erklärte. Die Meinung machte die Runde, daß das Recht dazu da sei, die Bevölkerung zu einer bestimmten Moral anzuhalten, – zu einer Moral, in der sich das wahre Wesen und die wahre Bestimmung des Menschen ausdrücken sollten. Im Rückblick verwundert es nicht, daß die mit Aplomb vorgetragenen Naturrechtsfragmente bald in einer Wertphilosophie des Rechts ihre Erbin fanden, einer Wertphilosophie, die mittlerweile das Staats- und Verfassungsrecht mit moralisierenden Suggestionen und Gesinnungseinforderun-

gen zersetzt und die eine schreckliche Tochter gebar: die *political correctness*. Hier fehlt auch ein kritischer Blick auf das Surrogat einer Verfassung, auf das politisch wie intellektuell defizitäre Grundgesetz, das eher ein Oktroi der Besatzer war als eine eigene Schöpfung, – Hofmann rafft sich bei dieser Gelegenheit immerhin dazu auf, etwas spöttisch dessen »Sakralisierung« zu vermerken.

Gewiß hat sich der ideologische Überbau der Jurisprudenz seit den Jahren 1945 bis ca. 1955 beträchtlich verwandelt. Geblieben aber ist die Tendenz zur Abschaffung der Freiheit mittels der »Werte«. Zuweilen spürt man, daß Hofmann gegenüber einigen Aspekten dieser Entwicklung Einwände hegt, doch er spitzt nur mit großer Dezenz die Lippen und verbietet sich das Pfeifen. Die sich gemäß den hastigen Zeitläuften rasch ändernde Melange aus suggestiv sein sollenden Naturrechtselementen, aus dem Staate vorgelagerten »Werten« und aus einer eklektisch-vagen Humanitätsphilosophie, die zu unerbittlichen Exklusionen fähig ist, angereichert mit etwas Orwell und etwas Huxley – all diese so wandelbar scheinenden Ideologeme, die doch nur modernisierte Versionen der Melodie von 1945 sind, kommen zum immergleichen Refrain: Wen diese Worte nicht erfreuen, der verdienet nicht, ein Mensch zu sein.

Hofmann geht auch auf die Debatte zur analytischen Rechtsphilosophie, zur Rechtslogik und zur Topik ein, sowie auf die in den sechziger und siebziger Jahren Terrain gewinnende Rechtssoziologie. Man darf aber annehmen, daß sowohl das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung als auch die juristische Praxis von dieser Art theoretischer Erörterungen wenig beeinflußt wurden. Bedeutsamer scheint da wohl der bald die Verfassungsebene erreichende Weg vom Rechtsstaat zum sozialen Rechtsstaat zu sein. Wir möchten hier aber Hofmanns so knappe Skizze nicht mittels einer noch kürzeren abschildern und reflektieren.

Zum Schluß wirft Hofmann noch einen Blick auf die allüberall kundgetane »Ankunft in der Weltgesellschaft«. In dieser wird angeblich die »Frage nach Zukunft« (Hofmann) unabweisbar. Doch die Forderung Kants, daß die »Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen gefühlt« werde, ist nur eine trügerische, dazu noch intellektuell peinliche Hoffnung. Ein Weltbürgerrecht als Recht von Individuen, das an die Stelle des internationalen zwischenstaatlichen Rechts tritt, führt nur zu einem zügellosen Pan-Interventionismus und Menschenrechtsimperialismus, dessen »Vorgriffe« auf das Weltbürgerrecht uns in den letzten Jahren einige entsetzliche Blutbäder bescherten. Der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Jürgen Habermas, hielt den Kosovo-Krieg, in dem die NATO alle bisherigen Rekorde in der Disziplin »Propagandalüge« brach, für einen derartigen »Vorgriff« auf die von ihm geliebte schwarze Utopie des Weltbürgerrechts, – wenn auch, wie es einem kritischen Intellektuellen bei uns ziemt, aus Naivität und nicht aus Bosheit.

Soll man zum Ewigen Frieden durch den Ewigen (dazu noch Gerechten) Krieg gelangen? Es gibt einige alte, sich immer wieder bestätigende Wahrheiten: Wer Menschheit sagt, will betrügen, und Ordnung kann nur auf Ortung beruhen. An diesen Wahrheiten festzuhalten, wäre die ehrenvolle Aufgabe eines Rechtsdenkens, das, um seine fast ausweglose Schwäche wissend, die furchtbaren Tatsächlichkeiten beim Namen nennt und diese weder ganz oder partiell beschweigt, verharmlost, noch, nachdem man sich zum Hans Wurst des Gerechten Krieges machte, mit etwas Bedauern rechtfertigt. Dazu sollte man auch verstehen, daß das Recht nicht den Frieden schaffen kann, sondern – im Glücksfall! – der Frieden das Recht.

Vertreibung – neuer Anlauf

von Alfred M. de Zayas

R.M. Douglas ist Professor für Geschichte in New York. Er hat jüngst ein Buch mit dem Titel *Ordnungsgemäße Überführung. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg* vorgelegt (C.H. Beck, München. 560 S., 29,90 €). Er behandelt darin in 13 Kapiteln Vorgeschichte, Planung, Durchführung und Konsequenzen der Vertreibung – eines megahistorischen Ereignisses mithin, das viel größer und verlustreicher war als die »ethnischen Säuberungen«, die man aus den Jahren 1991–99 im ehemaligen Jugoslawien kennt und die durch eine Resolution der UNO-Generalversammlung als »Völkermord« bezeichnet wurden.

Obwohl die Vertreibung ungeheure politische, kulturelle, wirtschaftliche und menschenrechtliche Folgen hatte, war die Thematik bis in die siebziger Jahre weitestgehend tabu. Relativ wenig einschlägige Literatur war publiziert, immerhin die monumentale *Dokumentation zur Vertreibung* von Theodor Schieder und Hans Rothfels sowie einige völkerrechtliche Abhandlungen. Seit den achtziger Jahren sind ideologische Studien erschienen, die die Vertreibung in einer monokausalen Perspektive betrachten (Hitler ergo Vertreibung) und wenig differenzierte Wissenschaft bieten – u.a. von Götz Aly, Wolfgang Benz, Micha Brumlik und Eva Hahn, die das komplexe Geschehen in eine Täter-Opfer-Schablone pressen und die völkerrechtlichen Aspekte außer acht lassen. Das Buch von Douglas ist über solchen Unfug erhaben. Vielleicht gelingt es dadurch, eine aufrichtige Diskussion über die Tragweite und Tragik der Vertreibung zu eröffnen, und zwar nicht nur in Deutschland.

Welchen Gewinn kann man aus der Arbeit von Douglas ziehen? Zwar werden wenige neue Dokumente veröffentlicht, aber das Buch erzählt diese wichtige Geschichte nüchtern und ohne Polemik in einer verständlichen Sprache (die Übersetzung von Martin Richter ist fließend und elegant). Am besten vielleicht sind Douglas' Schlußbetrachtungen, wo er mit einigen bundesdeutschen, polnischen und tschechischen Verzeichnungen aufräumt und zeigt, daß die Argumente der Apologeten der Vertreibung nicht standhalten. »Die ›Unvermeidlichkeits‹-These wird am häufigsten genannt, vermutlich weil sie schwierigen Fragen über Moral oder Klugheit der Operation ausweicht. So schrieb der Historiker Wlodzimierz Borodziej vor kurzem: ›Man kann sich nur schwer vorstellen, welche realistischen Alternativen es 1945 zur Aussiedlung der Deutschen gab‹«. Das Ende des Krieges wäre aber ohne Vertreibung durchaus vorstellbar gewesen, vor allem, wenn man sich an die Atlantik-Charta gehalten hätte – also Grenzveränderungen nicht vorgenommen hätte. Nach der Flucht der 2,2 Millionen Deutschen, die in Vorkriegspolen lebten, gab es genug Platz für die Polen, die die Sowjetunion aus den annektierten Gebieten östlich der Ribbentrop-Molotow Linie vertreiben wollte. Es gab absolut keine historische, moralische oder politische Berechtigung, Provinzen wie Ostpreußen, Pommern und Schlesien den Polen zuzuschlagen. Man soll auch daran denken, daß die Deutschen aus Köln oder Trier von den Niederländern und Franzosen nicht vertrieben wurden, obwohl die Nationalsozialisten auch in Frankreich, Belgien und den Niederlanden Verbrechen begangen hatten.

Methodisch hat der Autor seriös gearbeitet, die einschlägigen internationalen Archive besucht, Rotkreuzbestände ausgewertet und die Sekundärliteratur berücksichtigt, auch tschechische und polnische. Was fehlt oder hätte ergänzt werden können, sind Zeugnisse der Opfer, Berichte über Nemmersdorf, Methgethen, die Gustloff, das Lager Lerchenberg. Dies hätte die Beweiskraft des Buches nur erhöht. Eine Tragödie wie die Vertreibung der Deutschen kann nicht geschrieben werden, ohne den Opfern mehr Gehör zu geben – sei es Hans Lehndorff, Wenzel Jaksch oder Peter Glotz. Man kann die Aussagen von Opfern hinterfragen, wie es sich übrigens für die Aussagen aller Zeitzeugen und Politiker gehört. Aber man darf sie nicht auslassen. Dafür aber werden die Massaker in Aussig, Prerau, Postelberg und das Sterben in den Lagern Lamsdorf, Filipovo, Gakowa und Rudolfsgnad erwähnt. Die Beschreibungen des Leidens der Opfer durch den britischen Militärarzt Adrian Kanaar und durch Robert Murphy, den Berater Eisenhowers, sind erschütternd und würden noch verstärkt, wenn Douglas hinzu das Eisenhower-Telegramm von Oktober 1945 an das Kriegsministerium zitiert hätte: »In Schlesien verursachen die polnische Verwaltung und ihre Methoden eine große Flucht der deutschen

Bevölkerung ... viele werden in Lager interniert, wo unzureichende Rationen und schlechte Hygiene herrschen. Tod und Krankheit in diesen Lagern sind extrem hoch. Die von den Polen angewandten Methoden entsprechen in keiner Weise der Potsdamer Vereinbarung ... Die Todesrate in Breslau hat sich verzehnfacht, und eine Säuglingssterblichkeit von 75 Prozent wird berichtet.« Douglas beschreibt aber, wie ein antideutscher US-Botschafter in Warschau die Proteste abmilderte. Die ethische Verurteilung



der Vertreibung durch Lord George Bell, Bischof von Chichester, Bertrand Russell und Victor Gollancz vervollständigen das Bild. Ein Kapitel über die Verschleppung von Volks- und Reichsdeutschen zur Sklavenarbeit in die Sowjetunion wäre sinnvoll gewesen. Darüber gibt es Tausende Zeugnisse im Bundesarchiv, Rotkreuzberichte und Memoirenliteratur.

Bezüglich der Vertreibung kann man das Historische vom Völkerrechtlichen kaum trennen. Darum ist eine interdisziplinäre Behandlung unerläßlich. Douglas ist kein Jurist, und so kommt er zu einer abwegigen Aussage: »Ob die Vertreibung zum Zeitpunkt ihrer Durchführung rechtmäßig war, bleibt also ungelöst.« Vielleicht kennt Douglas die einschlägigen Publikationen des UNO-Sonderberichterstatters Awn Shawkat Al-Khasawneh und des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte, Dr. José Ayala Lasso, nicht, oder die Stellungnahmen der Professoren Redslob (Den Haag 1931), Blumenwitz, Gornig, Kimminich, Horn und Tomuschat. Spätestens seit der Haager Landkriegsordnung (Artikel 42–56) waren Vertreibungen völkerrechtswidrig, wie auch in den Nürnberger Prozessen bestätigt, wo mehrere NS-Größen u.a. wegen Vertreibungen von Polen und Franzosen zum Tode verurteilt wurden. Artikel 6b des Nürnberger Statutes definierte Vertreibungen als Kriegsverbrechen und Artikel 6c als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Vielleicht weil Douglas kein Jurist ist, zitiert er einen abstrusen Artikel von einem unbedeutenden amerikanischen Juristen, der eine »Sudetenklausel« postuliert, als ob im Völkerrecht ganze Völker einfach entrechtet werden könnten. Dies wäre Völkerrecht nach Belieben, à la carte!

Etwas »übervorsichtig« sind die niedrigen Statistiken der Opferzahlen (500000 Tote), die der Autor verwendet, ohne zu erklären, warum die professionelle Arbeit des Statistischen Bundesamtes (2,25 Millionen Vermißte und Tote) und der Studien von Gerhard Reichling und Hans Peter Habel fehlerhaft sein sollten. Die niedrigeren Schätzungen von einigen deutschen und polnischen Autoren sind keinesfalls überzeugend. Dabei darf bemerkt werden, daß Adenauer in seinen Memoiren noch von sechs Millionen Vertreibungstoten ausging, Heinz Nawratil immerhin drei Millionen annimmt. Warum wird auf 150 Tote beim Massaker in Aussig abgestellt? Andere, seriöse Schätzungen sprechen von 1000 oder gar 2500 Todesopfern. Die Vorsicht Douglas' ist aber nuanciert: »Unbestritten bleibt, daß die sieben Monate lange Periode der ›wilden Vertreibungen‹ einen gewaltigen Ausbruch staatlich geförderter Gewalt bedeutete, der nach vorsichtigen Schätzungen Hunderttausende von Opfern forderte. Als solche sind sie einzigartig in der Geschichte der Friedenszeiten im Europa des 20. Jahrhunderts.«

Hat die Welt von der deutschen Tragödie gelernt? Leider ereignen sich bis heute Völkermorde und Vertreibungen. So stellte Ayala Lasso anläßlich des 50. Jahrestags der Vertreibung in der Frankfurter Paulskirche fest, daß, »hätten die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Implikationen der Flucht, der Vertreibung und der Umsiedlung der Deutschen nachgedacht, die heutigen demographischen Katastrophen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in dem Ausmaß vorgekommen wären.«

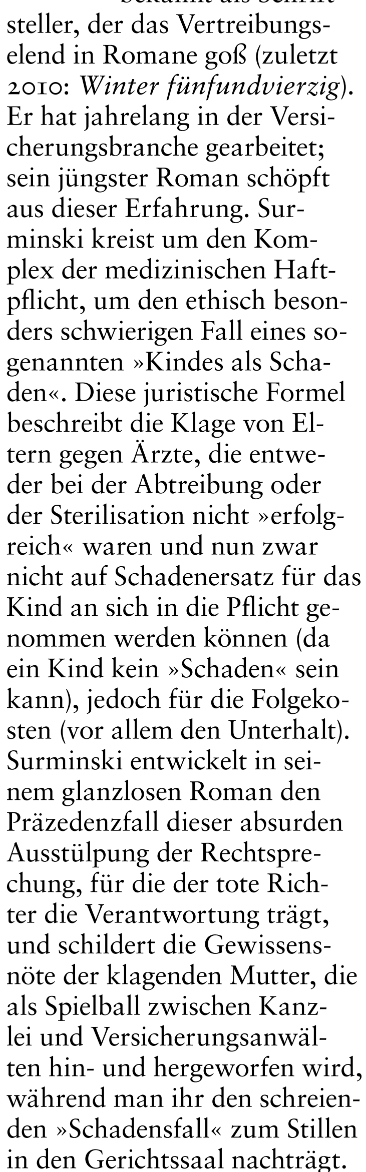
Die englische Urfassung des Buches erschien soeben nach der deutschen Übersetzung bei Yale University Press unter dem Titel *Orderly and Humane: The Expulsion of the Germans after the Second World War.* Es ist unbedingt zu begrüßen, daß sich bedeutende Verlage wie Yale, C.H. Beck und – in Frankreich – Flammarion dieser Thematik annehmen. Als der Verfasser dieser Rezension im Jahre 1977 *Nemesis at Potsdam* und 1993 *A Terrible Revenge* veröffentlichte (deutsche Fassungen bei C.H. Beck und Kohlhammer), blieb trotz guter Verlage und passabler Verkaufszahlen die Resonanz verhalten. Eine Generation später ist nun vielleicht der Zeitpunkt für eine öffentliche Diskussion gekommen. Man kann Professor Douglas nur wünschen, daß sein Buch viel Aufmerksamkeit erregt.

Schöne Literatur

Hans Bergel: *Am Vorabend des Taifuns. Geschichten aus einem abenteuerlichen Leben,* Berlin: Noack & Block 2011. 368 S., 18 €

Der Name des aus Siebenbürgen in Rumänien stammenden Schriftstellers Hans Bergel könnte jenen *Sezession*-Lesern bekannt sein, die das »Lehrstück« über den ebenfalls siebenbürgischen Autor Eginald Schlattner aus der *Sezession* Nr. 47 gelesen haben: Bergel ist einer der fünf Verurteilten des großen Kronstädter Schriftstellerprozesses von 1959, in dessen Verlauf den Intellektuellen des Landes unmißverständlich klargemacht wurde, was ein Kritiker im kommunistischen Rumänien zu gewärtigen hätte. Hans Bergel ist der einzige der damals zu langen Haftstrafen Verurteilten, der noch lebt. Er konnte 1968 nach Westdeutschland ausreisen, beschrieb siebenbürgisches und eigenes Schicksal in Romanen wie *Die Rückkehr der Wölfe* und *Der Tanz in Ketten* und arbeitet bis heute als ungemein produktiver Autor und Vortragsreisender. Seinem Erzählband *Am Vorabend des Taifuns* hat er ein Rudolf Augstein zugeschriebenes Zitat vorangestellt: »Die Generation nach uns wird sich mit Inhaltsleere abmühen müssen und am Ende an der Langeweile zugrunde gehen. Sie hat kein Lebensthema.« Bergel weiß, daß er mehr erlebt und überlebt hat, als einem Menschenleben gemeinhin zugeteilt ist. Wer nur ein paar seiner künstlerisch durchgestalteten Geschichten gelesen hat, wird sich an Leute erinnern, die mit einer einzigen vergleichbaren Anekdote ihren erzählerischen Lebensabend bestreiten würden. Hans Bergel indes kann eine ungeheuerliche Begebenheit an die andere reihen und auf diese Weise das in die Mühlen der Zeitgeschichte geratene Ich als leidende, beobachtende, handelnde Gestalt herauspräparieren. Konsequent ist, daß Bergel aufgrund seiner Erlebnisse eine Neigung zur novellistischen Form, also zur überraschenden Wendung und verblüffenden Zuspitzung entwickelte. Sie prägt auch sein jüngstes Buch. Augsteins Verdikt bedarf insofern einer Ergänzung, als Lebensinhalt und Lebensthema begriffen und angenommen werden müssen. Bergel hat ein Talent darin, in bestimmte Situationen zu geraten oder alltägliche Begebenheiten ins Exemplarische zu wenden. »Dichtung und Wahrheit« nannte Goethe diese Formungskunst, zu der vor allem die Fähigkeit gehört, das Besondere wahrzunehmen. Nur zwei Goldkörner aus diesem an Funden so reichen Buch: Überlebenskampf und Weltpolitik prallen in Bergels Bericht über einen seiner Botengänge für nationale Widerstandsgruppen aufeinander, als er nebenbei einem englischen Wintersportler im Range eines Militärattachés das Leben rettet. Konsterniert muß er dessen »übergeordnete Gründe« zur Kenntnis nehmen, die eine Unterstützung des antikommunistischen Kampfes durch England ausschließen; in einer anderen Geschichte sind Leidensfähigkeit und Kameradschaft im rumänischen Gulag exemplarisch an der Figur des »Schwarzen Fürsten» ausgeführt, der sich erhängte, um der erpresserischen Anwerbung durch den Geheimdienst zu entgehen. Mit Blick auf derlei menschliche Größe legt Bergel fest: »Und so wird jeder den Maßstab gutheißen müssen, den ich daraus abzuleiten gezwungen bin.« Auch sein jüngstes Werk ist geprägt von diesem Anspruch.





Arno Surminski: *Tod eines Richters. Roman über ein ungewolltes Kind,* Hamburg: Ellert & Richter 2012. 270 S., 19.95 €

Ein pensionierter Richter stirbt an einem Schlaganfall. Seine Tochter erhält die Nachricht von einem Unbekannten, der wohl neben dem Richter saß, als es passierte. Ein Privatdetektiv soll den Anrufer ausfindig machen, der kein Mörder ist, aber gegenüber der Tochter äußerte, ihr Vater »hatte es verdient zu sterben.« Arno Surminski ist bekannt als Schriftsteller, der das Vertreibungselend in Romane goß (zuletzt 2010: *Winter fünfundvierzig*). Er hat jahrelang in der Versicherungsbranche gearbeitet; sein jüngster Roman schöpft aus dieser Erfahrung. Surminski kreist um den Komplex der medizinischen Haftpflicht, um den ethisch besonders schwierigen Fall eines sogenannten »Kindes als Schaden«. Diese juristische Formel beschreibt die Klage von Eltern gegen Ärzte, die entweder bei der Abtreibung oder der Sterilisation nicht »erfolgreich« waren und nun zwar nicht auf Schadenersatz für das Kind an sich in die Pflicht genommen werden können (da ein Kind kein »Schaden« sein kann), jedoch für die Folgekosten (vor allem den Unterhalt). Surminski entwickelt in seinem glanzlosen Roman den Präzedenzfall dieser absurden Ausstülpung der Rechtsprechung, für die der tote Richter die Verantwortung trägt, und schildert die Gewissensnöte der klagenden Mutter, die als Spielball zwischen Kanzlei und Versicherungsanwälten hin- und hergeworfen wird, während man ihr den schreienden »Schadensfall« zum Stillen in den Gerichtssaal nachträgt.

Götz Kubitschek

Keine Statusmeldung von Hans Scholl

Barbara Ellermeier: *Hans Scholl. Biographie,* Hamburg: Hoffmann und Campe 2012. 429 S., 24.99 €

Natürlich freut man sich über dieses Buch. Während die populäre Geschichtsschreibung aus Sophie Scholl eine quasifeministische Widerstandsikone fabriziert hat (und die verzweifelte Gottsucherin, die sie war, dabei überging, mit Ausnahme von Barbara Beuys' opulenter Biographie; *Sezession* 36/2010), hat man Hans, den Kopf der Weißen Rose, bis dato vernachlässigt. Erst 2005 wurde die Dokumentensammlung der ältesten Scholl-Schwester Inge im Münchener Institut für Zeitgeschichte zugänglich gemacht. Die Historikerin Barbara Ellermeier, Jahrgang 1980, hat vor allem unter Zuhilfenahme eines Konvoluts an Briefe von und an Hans Scholl (1918–1943) einen beinahe romanhaften Zugang zum Leben des schneidigen HJ-Führers und späteren Widerständlers gewählt. Es gibt weder Fußnoten noch Einleitung noch Epilog, nur ein schmales Literaturverzeichnis; wer an einer Auflistung der Quellen und an Belegen interessiert ist, wird auf Internetseiten verwiesen. Mithin liest sich das Buch als liebevoll kommentierte Chronologie, die 1937 einsetzt, also knapp ein Viertel des kurzen Lebens Hans Scholls umfaßt. Über die »soliden neuen Fakten«, die der Klappentext verspricht, bleibt der Leser im unklaren. Eine Auseinandersetzung mit neueren Erkenntnissen oder etwa den Mutmaßungen Sönke Zankels (der Scholl durch eine Indizienkette als drogenkonsumierenden, antidemokratisch gesinnten Radikalen ansieht) fehlt. Über den als tollkühn und arrogant geltenden Hitlerverehrer Scholl, der in HJ-Uniform zur Konfirmation ging, erfahren wir nur am Rande etwas, seine Wurzeln in der bündischen Jugend werden genannt, aber nicht erhellt, das »Bündische« bleibt ein Fremdbegriff in Anführungszeichen. Ein »Seitensprung« des Vaters wird per Halbsatz erwähnt, nicht aber der außereheliche Halbbruder. Desgleichen mit Hans Scholls Anklage gemäß §175, sie (1938) kommt nebenbei zur Sprache, den Hintergründen – eine langwährende Affäre mit einem Jüngeren – wird nicht nachgegangen. Den gewaltigen Liebesdurst des späterhin geradezu notorischen Frauenschwarms Hans Scholl kann Ellermeier nicht übergehen, zumal die Briefwechsel mit seinen teils parallel unterhaltenen Liebschaften einen Großteil der ausgewerteten Korrespondenz ausmachen. Seine letzte Liebe, Gisela Schertling, stand als Tochter strammer Nationalsozialisten jeglichem Widerstandsgedanken fremd gegenüber, sie sagte später aus, sie sei körperlich so sehr beansprucht gewesen, daß ihr das politische Tun ihres Liebhabers entgangen sei: »Ich unterlag eben seiner Verführungskunst, die Hans Scholl ja besonders gegeben war.« Hans Scholl war ein Feuerkopf, leicht entflammbar, stets glühend, nie zufrieden, stets in rasendem Aufbruch. Die Autorin verzichtet einerseits dankenswerterweise auf Küchenpsychologie, analysiert andererseits allzu artig. Dabei fiele es nicht schwer, Scholls teils tiefe Melancholie (»eine verrückte Traurigkeit« nennt er es), teils berstenden Aktivismus in das klinische Erscheinungsbild einer manisch-depressiven Persönlichkeit einzuordnen. Scholl zeigt sich während all der Jahre Stimmungen unterworfen, die sich nicht allein mit dem Unbill der Zeit erklären. Lange wartet der Medizinstudent auf eine Abberufung an die Front, gern wäre er »dort, wo Heldentaten am laufenden Band vollbracht werden«, er schätzt den Krieg als Läuterungsmaschine und ja, das französische Volk habe »die Knute verdient!« Nach mehrwöchigem Einsatz weist er den Glauben zurück, der Mensch müsse weiser und reifer aus dem Krieg zurückkehren. Dies sei bei den wenigsten der Fall. Er, der Jahre kaserniert nächtigen muß, nimmt sich dennoch ein eigenes Zimmer – wie er auch trotz Geldmangels reichlich Bücher erwirbt – und beschwört seine Freundin Rose, sie möge sich nie gemein machen mit gleichaltrigen Mädchen. »Mit 17 oder spätestens mit 20 Jahren« gäben diese ihr Ich auf und ließen sich im trüben bürgerlichen Strom treiben. Scholl spricht von Ekel gegenüber der Masse, mit der man Mitleid haben solle, »aber ein Mitleid, das der Verachtung entspringt.« Ergreifend ist der – auszugsweise und teils erzählerisch wiedergegebene – Briefwechsel, den Scholl mit Mutter, Vater, Inge und Sophie unterhielt. Wie eng diese Familienbande waren – die Briefe, niemals schnöde Statusmeldungen, flogen nur so hin und her –, wie warmherzig und ernsthaft der Ton! Über ähnlich tiefgreifenden Austausch mit Alexander Schmorell, Christoph Probst oder auch Hans Hirzel, den Mittätern der Weißen Rose, erfahren wir wenig. Anscheinend schweigen die Quellen hierzu. Diese Männer platzen wie unverhofft in Scholls Leben. Deutlich wird allein, wie Scholl Ende 1941 durch den charismatischen väterlichen Freund Carl Muth und dessen Kreis aus katholischen Intellektuellen Christus als Wegweiser begreift. »Dann ist es von Zeit zu Zeit heller geworden. Dann ist es wie Schuppen von meinen Augen gefallen. Ich bete. Ich spüre einen sicheren Hintergrund und sehe ein sicheres Ziel. Mir ist in diesem Jahr Christus neu geboren.« Am 22. Februar 1943 hat Hans Scholl sein Kreuz auf sich genommen. Seine Flugblätter waren ohne Wirkung geblieben. Prozeß und Urteil waren maßlos, sein populärer Nachruhm fußt auf einem Mythos. Seine Biographin hat dieses Bild übernommen und ihm immerhin einige Schattierungen beigegeben.

Ellen Kositza

Die Gerüchte klangen übertrieben

Bart van der Boom: *»Wij weten niets von hun lot«. Gewone Nederlanders en de Holocaust (»Wir wissen nichts über ihr Schicksal«. Durchschnittliche Holländer und der Holocaust),* Amsterdam: Uitgeverij Boom, 2012. 536 S., 29.90 €

Die bedeutende und aktuelle Untersuchung eines holländischen Geschichtsdozenten der Eliteuniversität Leiden hat eine Diskussion in Holland entfacht, die in Deutschland um so notwendiger wäre. Positiv rezensiert in *Volkskrant, Trouw, NRC* und *Groene Amsterdammer,* gibt das Buch Antwort auf die Frage, was die Holländer in den Kriegsjahren über den Holocaust wußten: beinahe nichts. Sogar bei der überwiegenden Mehrheit der 112000 holländischen Juden war das Schicksal ihrer Glaubensbrüder im Osten unbekannt. Offiziell gingen sie in Arbeitslager. Die meisten wollten es glauben und haben deshalb wenig Widerstand bei den Deportationen geleistet. Was wußten die übrigen Holländer? Äußerst wenig, denn Gerüchte klangen übertrieben und unglaubwürdig, außerdem hatten die Holländer andere Sorgen, das Abhören von Auslandssendern war gefährlich, sich selber zu informieren unmöglich, Wikileaks gab es nicht. Der Titel des Buches stammt aus einer Tagebucheintragung vom 24. August 1943 einer Amsterdamer Jüdin, Etty Hillersum, die im Lager Westerbrok interniert war und später in Auschwitz starb.

Methodisch hat Boom sauber gearbeitet – in 20 Archiven geforscht, Berichte der Judenräte, 164 Tagebücher von Juden (auch Anne Frank) und Nichtjuden aus jener Zeit ausgewertet, Zeitzeugen und Angehörigen befragt. Er weiß, daß Zeugen subjektiv sein können, daß sie sich täuschen können, daß sich Erinnerung wandeln kann. Aber auf Zeitzeugen zu verzichten, wäre wissenschaftlich unverantwortlich. Er kontextualisiert und ist bemüht, Tagebücher zu zitieren, die repräsentativ erscheinen, achtet auf die Geheimhaltung, Tarnung, Desinformation und den Terror als Merkmale der »Endlösung«. Er will wissen, wie der Durchschnittsholländer 1940–1945 dachte, was er eigentlich wußte, was er vielleicht gehört hat, was er glaubte. Eine Entlastung des holländischen »Beobachters«, der angeblich nichts für die jüdischen Mitmenschen tat, ist nicht beabsichtigt. Boom geht es aber auch nicht um Politisierung oder Moralisierung, nicht um »Vergangenheitsbewältigung« im deutschen Stil, sondern um klassische Geschichtsschreibung.

Nach Boom ist die Vorstellung, wonach die Holländer weggeschaut hätten, eine Karikatur der Wirklichkeit. Er widerlegt die anachronistischen Geschichtsklitterungen mancher holländischen Historiker, vor allem Ies Vuijsjes, der 2006 das Machwerk *Tegen beter weten* (Trotz besseres Wissens) veröffentlichte, wo Fakten manipuliert, Tagebücher willkürlich ausgelegt und undifferenzierte moralische Anklagen erhoben werden. Boom lehnt auch die Methoden eines Goldhagen ab und widerlegt den »Mythos« des »schuldigen Beobachters« als Voreingenommenheit und Hindernis bei der Wahrheitssuche. Er verwendet zwar nicht das Wort »Zeitgeist«, protestiert aber gegen die »dominante collectieve herinnering«, die eben vereinfacht und verfälscht; er lehnt die »politiek-morele-sjabloom« (politisch-moralische Schablone) als unwissenschaftlich ab.

Freilich kann man monieren, daß Boom in seiner Analyse nicht ganz konsequent ist. Er beschränkt sich auf die Feststellung, daß die Holländer sehr wenig wußten, aber kümmert sich nicht um das Nichtwissen des Durchschnittsdeutschen. Er neigt dazu, die Verallgemeinerungen über den Grad des Wissens in Deutschland ohne weitere Analyse zu übernehmen. Anscheinend kennt er die Untersuchungen Konrad Löws (*Deutsche Schuld?,* 2010), Fritjof Meyers (*Sezession* 17/2007) oder des Rezensenten (*Völkermord als Staatsgeheimnis,* 2011) nicht. Er tendiert zur Meinung Ian Kershaws und hält die Extrapolierungen von Peter Longerich für »spekulativ«. Kurz: es ist ein wichtiges Buch, das eine baldige deutsche Übersetzung und eine aufrichtige Diskussion – auch in Deutschland – verdient.

Alfred de Zayas

Deutsch-französische Kollaboration

Sebastian Liebold: *Kollaboration des Geistes. Deutsche und französische Rechtsintellektuelle 1933–1940* (= *Beiträge zur Politischen Wissenschaft,* Bd. 170), Berlin: Duncker & Humblot 2012. 352 S., 78 €

Die 1930er Jahre bedeuten für die französische Rechte eine »Achsenzeit« im Sinne Mohlers. War das Weltbild der Action française um Charles Maurras, aber auch das eines virtuosen Schriftstellers vom Format Maurice Barrès' noch von bissiger Feindschaft zu Deutschland geprägt, gewann in eben jenen Jahren eine neue Generation an Einfluß, für die politisches Engagement weit mehr als revancheorientierten Nationalismus beinhaltete. Im Paris der Dritten Republik war eines der zentralen Themen dieser vom Nationalchauvinismus emanzipierten rechten Intelligenz das Verhältnis zum nationalsozialistischen Deutschland. Kontakte und Beziehungen zu deutschen Protagonisten bestanden beim Gros der späteren *collabos* bereits seit Zusammenkünften verschiedener Art, etwa des bündisch geprägten und von Otto Abetz geführten deutsch-französischen Sohlbergkreises. Die zehn Jahre später einsetzende politische

Kollaboration entstand daher nicht in einem Vakuum, sondern konnte zumindest partiell auf der »Kollaboration des Geistes« aufbauen. Sebastian Liebold wählt für seine Studie drei französische und drei deutsche Autoren dieser ideologischen Akklimatisierung aus, deren Zusammenstellung eine reizvolle Mischung ergibt.
Auf französischer Seite wird das Deutschlandbild André Germains, Alphonse de Châteaubriants und Bertrand de Jouvenels untersucht. Germain, aristokratischer »Europäer des 19. Jahrhunderts«, Châteaubriant, feudal-katholischer Parteigänger Hitlers, und de Jouvenel, jugendbewegter Anhänger eines elitären Europakonzeptes (und nach 1945 liberalkonservativer Politikwissenschaftler von Format), einte die Sympathie für den ostrheinischen Nachbarn und idealisiert-selektive Interpretationen des Nationalsozialismus. Nach der Konfrontation mit dessen Herrschafts- und Besatzungspraxis in Frankreich entschieden sich freilich zwei der drei Franzosen, Germain und de Jouvenel, für das Exil; nur Châteaubriant blieb betört. Das blieb er auch deshalb, weil sich in seinem direkten Umfeld mit Karl Epting ein begnadeter Trommler für das pangermanische »Neue Europa« aufhielt, der erst 1944 das völkische Denken als Hindernis für die europäische Versöhnung erkannte. Epting besaß eine ambivalente Haltung zu Frankreich: Kultur und Volk wurden geschätzt, die Idee der *civilisation* verschmäht. Beeinflußt war der Chef des Pariser DAAD-Büros u.a. von Friedrich Sieburgs *Gott in Frankreich?*. Sieburg dürfte der populärste der drei untersuchten Deutschen sein. Johannes Stoye, ein geopolitischer Denker, ist hingegen kaum noch bekannt. Dabei ist diesem eine beinahe prophetische Gabe zuzumessen, wenn er 1939 en détail die islamische Bedeutung für das französische Kolonialreich beleuchtet und den Maghreb plastisch als dynamisches Reservoir künftiger Krisen schildert. Beachtlich erweitert Liebold den mithin verengten Blick auf die Kollaboration von 1940 bis 1944 durch den Verweis auf die vorhergehende Zusammenarbeit rechter Intellektueller. Kleinere Unstimmigkeiten (Châteaubriant wurde in der Nouvelle Droite nicht rezipiert; Drieu la Rochelle ließ sich eben nicht »von Vichy einspannen«) sollten den hervorragenden Gesamteindruck nicht trüben. Dies vermag höchstens der Preis.

Benedikt Kaiser

Mittelstand im Jordan

Adolf Georg Höher: *Die Wirtschaft im Visier. Der Untergang des Mittelstandes,* Tübingen: Hohenrain 2012. 282 S., 19.80 €

Aus seiner Perspektive als erfolgreich Selbständiger versucht der Autor die wirtschafts-, kultur- und staatstragende Rolle des Mittelstandes zu unterstreichen und Globalisierung, Finanzkapital und Wertewandel als verhängnisvoll anzumahnen – nicht erst, seitdem »Heuschrecken« Unternehmen ausweiden, sondern eigentlich schon, seit Jakob Fugger seine hohen Zinsen einstrich.
Höhers Anliegen ist ein geradezu volksaufklärerisches, wenn er in »leichtverständlicher Sprache für einen breiten Kreis von Lesern« seine Schlußfolgerungen vermitteln möchte. Er versucht nicht weniger, als die Krise des Mittelstandes in einen welthistorischen Kontext zu stellen, zeigt dabei aber kaum große Bögen auf, sondern greift ihm passend erscheinende Versatzstücke heraus.
Seine Argumentationen mühen sich zu episodisch an einer Zusammenfassung der Wirtschaftsgeschichte ab. Es wird – etwa hinsichtlich der Zinsproblematik im allgemeinen und des deutsch-amerikanischen Verhältnisses im besonderen – kaum hintergründig dargestellt und zu schnell verallgemeinert. Die Gedankenführung geht, sich passagenweise verplaudernd, an der Thematik vorbei, indem etwa Probleme ruandischer Landwirtschaft und deutsche Goldreserven in den USA ungenau einbezogen werden. Und was sollten die Geschichten aus dem dekadenten Lebenswandel eines Disko-Königs und die Kreditnöte eines Skiherstellers mit der eigentlichen Problematik zu tun haben? Stilistisch liest es sich zudem nicht glücklich, wenn »das stolze Lebenswerk des Quelle-Gründers Schickedanz im Jordan versinkt« und beim Kaufhausriesen Hertie »die Sterbeglocken läuten.«
Wenn Höher auf 280 Seiten, beginnend in der Frühgeschichte und über Jahrhunderte hinweg ihm symptomatisch erscheinende Punkte aufzeigend, gegenwärtige Probleme erläutern will, für die die Josephinischen Reformen, Napoleon, die industrielle Revolution und das amerikanische Agrar-Business von gleichrangigem Belang sein sollen, überfordert er den Leser mit allzu diffusen Bezügen.

Heino Bosselmann

Das gäbe Bürgerkrieg

Pitt von Bebenburg/Matthias Thieme: *Deutschland ohne Ausländer. Ein Szenario,* München: Redline Verlag 2012. 272 S., 19.99 €

Was nimmt eigentlich die knappe Mehrheit der Deutschen, die in Umfragen regelmäßig einräumt, es gebe zu viele Ausländer, billigend in Kauf? Dank der Autoren des vorliegenden Buches und der zu Rate gezogenen Experten wissen wir es endlich: Wenn eine rechtspopulistische Partei an die Macht käme und sich das Volk in einem Referendum für eine sofortige Ausweisung aller Ausländer aussprechen würde, dann hätten wir sofort »ein Deutschland der leeren Klassenzimmer«, etliche verödete Stadtteile, nicht genügend Arbeitskräfte für »einfache« Berufe, »schlurfende Kolonnen von deutschen Zwangsarbeitern« (Arbeitswissenschaftler Gerhard Bosch), keine »Völkerverständigung von unten« mehr (»Prostitu-

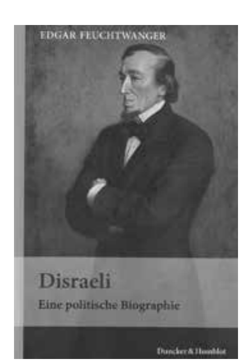
tionsmigration«), dafür aber einen restriktiven Polizeistaat. Der Bildungsforscher Wassilios E. Fthenakis fürchtet gar einen »Atombombenabwurf auf die Familien in Deutschland«, weil das »rechte« Deutschland binationale Ehen auseinanderreißen würde.
»Am Ende wären die Sarrazins unter sich! Da würde man sich eher die Kugel geben«, ist sich Günter Wallraff absolut sicher. Die »Sarrazins« freilich erhalten in diesem Buch keine Gelegenheit, ihre Pläne für die Zeit nach ihrer Machtübernahme auszubreiten. Die hier zu Wort kommende politisch-mediale Klasse führt ihr Gedankenspiel über ein »Deutschland ohne Ausländer« somit allein in diffamierender Absicht aus. Da kommt es nicht auf Details, die Meinung der Gegenseite oder gar die Realität an. Der Bildungsforscher darf also vergessen, wie viele Klassenzimmer es gibt, in denen kein normaler Unterricht mehr möglich ist. Der Ökonom unterschlägt die überproportional hohe Arbeitslosigkeit der Einwanderer und den Vogel schießt schließlich der Kriminologe Dieter Rössner ab, dem es mit viel Zahlenakrobatik gelingt, Ausländerkriminalität wegzurechnen.
In dem ganzen Buch findet sich nur ein Gedankenblitz, der erahnen läßt, was passieren würde, wenn eine deutsche Regierung den Ausländeranteil drastisch reduzieren wollte. Ausgerechnet Daniel Cohn-Bendit legt den Finger in die Wunde, indem er auf den zu erwartenden Widerstand der Mehrheit der Ausländer bei drohender Rückführung hinweist: »Das gäbe Bürgerkrieg. Ich glaube nicht, daß die Ausländer sich so behandeln lassen würden wie die Juden im Nationalsozialismus.« Das ist der Grund, warum Deutschland wirklich am Abgrund steht: Selbst wenn sich eine neue Elite dazu entschließen würde, das Problem der Überfremdung anzugehen, heißt das noch lange nicht, daß die Deutschen genug Kraft zur Selbstverteidigung hätten.

Felix Menzel

Kaukasischer Rassegipfel

Edgar Feuchtwanger: *Disraeli. Eine politische Biographie,* Berlin: Duncker & Humblot 2012. 235 S., 28 €

Seit der umfangreichen Arbeit von Robert Blake 1980 war lange kein Buch über den konservativen britischen Politiker Benjamin Disraeli (1804–1881) in Deutschland erschienen. Daß es jetzt kurz hintereinander gleich zwei sind, ist erfreulich. Nach dem das Jüdische in den Mittelpunkt stellenden Psychogramm von Adam Kirsch (2011) liegt jetzt die Übersetzung der 2000 in England erschienenen Biographie von Edgar Feuchtwanger vor. Feuchtwanger (geb. 1924) ist Neffe des Schriftstellers Lion Feuchtwanger. Er ging mit seinem Vater Ludwig, dem wissenschaftlichen Leiter des Verlages Duncker & Humblot, 1939 ins englische Exil. Dort lehrte er seit den sechziger Jahren Geschichte und veröffentlichte zahlreiche Bücher, vor allem zur Geschichte des 19. Jahrhunderts. Daß er sich in der Epoche gut auskennt, belegen seine Monographien zu Gladstone, dem liberalen Gegenspieler Disraelis, und zu Bismarck, dem Verhandlungspartner Disraelis beim Berliner Kongreß 1884.



Feuchtwangers Buch über Disraeli ist eine knappe Lebensbeschreibung, die von Umfang und Breite nicht an das maßgebliche Buch von Blake heranreicht. Allerdings sind seitdem zahlreiche Quellen und Bücher zu Disraeli ediert und geschrieben worden. In bibliographischen Anmerkungen geht Feuchtwanger kurz auf den Stand der Forschung ein. In seinem Buch hat er diese neuen Informationen und Erkenntnisse eingearbeitet, ohne das Buch mit dem Referieren von Forschungsliteratur zu belasten.
Feuchtwanger präsentiert das Leben Disraelis ausgesprochen nüchtern, ohne langweilig zu sein. Er stellt auch nicht die antisemitischen Anfeindungen gegen Disraeli in den Mittelpunkt. Es hat diese Angriffe gegeben, aber sie gehörten zum Alltag politischer Auseinandersetzungen, und Disraeli hat sich von ihnen kaum beeindrucken lassen, sondern im Gegenteil darauf beharrt, daß die Juden der Gipfel der »kaukasischen Rasse« seien und das Christentum nichts anderes als Judentum für Nichtjuden bedeute.
Disraelis Lebensweg wäre ohne dieses Selbstbewußtsein undenkbar. Das Wunderbare seines Aufstiegs, vom getauften Sohn eines jüdischen Literaten zum geadelten Premierminister des Empires, wird von Feuchtwanger zwar relativiert, allerdings bezieht sich das vor allem auf die finanziellen Verhältnisse, aus denen Disraeli stammte und die keineswegs so schlecht waren wie oft angenommen. Hinzu kommt, daß bei Disraeli eine außergewöhnliche Doppelbegabung vorlag – Romancier und Politiker – und daß Disraeli, der zeitlebens über seine Verhältnisse lebte und verschuldet war, von den Wählern immer wieder das Vertrauen erhielt und schließlich als erstes Amt das des Schatzkanzlers bekleidete.
Bedeutung hat Disraeli bis heute als ein Begründer des modernen volksverbundenen Konservatismus, der den Schulterschluß zwischen Königtum und Volk suchte. Dieses Modell war auch noch im Wilhelminismus erfolgreich, in dem der Kaiser, allen sozialdemokratischen Unkenrufen zum Trotz, im Volk ausgesprochen beliebt war. Daß damit der Siegeszug demokratischer Verfassungen nicht aufzuhalten war, hat Disraeli am Ende seines Lebens resigniert festgestellt. Insofern bietet Disraelis Biographie kaum Lösungen für die Gegenwart. Als Politiker war er immer auch bereit, sich den Gegebenheiten anzu-

passen. Feuchtwangers Buch legt jedenfalls nahe, Disraeli nicht nur als Politiker zu sehen, sondern auch seine Romane zu lesen, die für die Geschichte des Konservativismus außerordentlich bedeutsam sind.

Erik Lehnert

Wagnerpflege

Udo Bermbach: *Richard Wagner in Deutschland. Rezeption – Verfälschungen,* Stuttgart/Weimar: Metzler 2011. 508 S., 39.95 €

Werner P. Seiferth: *Richard Wagner in der DDR – Versuch einer Bilanz* (= *Leipziger Beiträge zur Wagner-Forschung* 4, hrsg. vom Richard-Wagner-Verband Leipzig e.V.), Beucha/Markkleeberg: Sax 2012. 416 S., 21.90 €

Zwei ganz unterschiedliche rezeptionsgeschichtliche Arbeiten über Richard Wagner – theorielastig die eine, praxisorientiert die andere – fordern zu erneutem Nachdenken über den politischen Standort des großen Komponisten heraus. Nach Publikationen über Wagners Werk und Weltanschauung hat Udo Bermbach, der Hamburger Politologe unter den Wagner-Spezialisten, nun eine Studie über dessen deutsche Wirkungsgeschichte vorgelegt, die in ihrem stupenden Material- und Kenntnisreichtum das Zeug zu einem Standardwerk hat. Umfassend gesichtet wird nicht nur die Wagner-Biographistik und die völkische Publizistik des »Bayreuther Kreises« mit seinen Wortführern Hans von Wolzogen und Houston Stewart Chamberlain – auch die Stoff- und die Inszenierungsgeschichten der Musikdramen finden sich zeitkritisch einbezogen. Allerdings folgt Bermbach auch in diesem Buch seinem bekannten Erkenntnis- und Entlastungsinteresse, Wagner auf jenen »linken« Revolutionär zu reduzieren, der 1848/49 gemeinsam mit Bakunin auf die Dresdner Barrikaden ging und den erst die »rechte« Bayreuther Ideologisierung anschlußfähig ans Dritte Reich gemacht habe. So wohltuend sich Bermbach damit von den Legionen von Bewältigungshistorikern absetzt, die einen geraden Weg von Wagner zu Hitler verlaufen ließen, so weit schießt er doch übers Ziel hinaus, indem er die nicht einmal von nationalsozialistischen Apologeten bestrittenen revolutionären Neigungen des jungen Wagner zum unwandelbaren Kern von dessen Weltanschauung stilisiert und die konservative Wende, die den reifen Wagner schließlich zu einer dezidiert antimodernen und gegenrevolutionären Regenerationslehre führte, notorisch bagatellisiert. Dabei lassen gerade Wagners politische Irrungen und Wirrungen ihn eher als einen »Politischen Romantiker« und »Occasionalisten« im Sinne Carl Schmitts erscheinen, dem es einzig mit seiner Kunst und der deutschen Kultur wirklich ernst war. In seinem unermüdlichen Bestreben, Wagner um jeden Preis als lupenreinen Demokraten zu rehabilitieren und für unsere linksliberale Leitkultur akzeptabel zu machen, riskiert Bermbach sogar die kuriose Behauptung, Wagners Sprachphilosophie und Kunstreligion hätten bereits Habermas' Ideal des herrschaftsfreien Diskurses vorweggenommen. Bei allem Respekt vor der archivarischen Leistung Bermbachs möchte man Wagner dann doch gegen seinen linken Liebhaber verteidigen, der ihn zu seinem scheinbar Besten so gründlich meint umerziehen zu müssen.

Als Probe aufs Exempel der These eines allzeit revolutionären Wagner empfiehlt sich ein Blick auf die Wagner-Pflege in der DDR, die ebenso kundig wie lebendig darzustellen dem Leipziger Theatermann Werner P. Seiferth geglückt ist. Angesichts der zahlreichen international renommierten Wagner-Sänger, -Dirigenten und -Regisseure, welche die DDR hervorgebracht hat, überrascht es kaum zu erfahren, daß der von der Obrigkeit gewiß ungeliebte Wagner keineswegs durchweg ideologisch verfemt oder politisch marginalisiert wurde. Überraschend ist allerdings, daß die geneigten Kulturpolitiker und Künstler weniger den episodischen Revolutionär als den exemplarischen Repräsentanten deutscher Kultur zu beerben suchten – was in den fünfziger Jahren zu einem regelrechten Wagner-Boom führte. In Dessau etwa wurden Wagner-Festwochen institutionalisiert, die alsbald zu einem Gegen-Bayreuth avancierten, das dem ätherischen Formalismus Wieland Wagners einen geerdeten Realismus entgegensetzte. Bereits 1948 kam in der Berliner Staatsoper eine Neuinszenierung der »Meistersinger« zur Aufführung, und Seiferth läßt keinen Zweifel daran, welche Aktualität das begeisterte Nachkriegspublikum in der SBZ der Schlußansprache des Hanns Sachs beimaß: »Zerging in Dunst das heil'ge röm'sche Reich, uns bliebe gleich die heil'ge deutsche Kunst!«

Siegfried Gerlich

Klaglos litt er

Winfried Baumgart (Hrsg.): *Kaiser Friedrich III. Tagebücher 1866–1888,* Paderborn: Schöningh 2012. 615 S., 74 €

Hartnäckig hält sich die Meinung, wäre dem nach 99 Tagen an Kehlkopfkrebs verstorbenen Kaiser Friedrich III. eine längere Herrschaft beschieden gewesen, hätte Deutschland unter seiner liberalen Führung eine parlamentarische Verfassung bekommen, dann hätte der Erste Weltkrieg, die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, vermieden werden können. Diese Auffassung hat alle historischen Argumente gegen sich – und nun auch das hier erstmals publizierte Tagebuch. Die Notate belegen, daß der preußische und spätere deutsche Kronprinz zum Regieren denkbar ungeeignet war. Sie charakterisieren den Kronprinzen als schwächlich und kleinlich. Häufig schwankt er zwischen Euphorie und Resignation. Zudem stand er unter dem Einfluß seiner in Preußen äußerst unbeliebten Ehefrau

Viktoria, der Tochter Königin Victorias von England. Ihre festsitzende Abneigung gegen Deutschland und ihre kritiklose »Engländerei« färbte auf den Gatten ab. Friedrich selbst hatte höchst rückwärtsgewandte Vorstellungen vom Kaisertum, er spielte mit dem Gedanken, sich in Anlehnung an die deutsche Kaisergeschichte als Friedrich IV. zu titulieren. Auch war sein Verhältnis zum Reichskanzler Otto von Bismarck bei weitem nicht so schlecht wie kolportiert. Friedrich hatte letztlich eingesehen, daß an Bismarck kein Weg vorbeiführte. 1885 hatte er sich mit dem Kanzler ausgesöhnt und ihm bedeutet, daß er auch unter seiner Führung im Amt bleiben würde. Über das tragische Ende des Kaisers ist viel geschrieben worden. Die Einträge zeigen, daß er seit Jahrzehnten unter Halsbeschwerden litt. Schon 1867 mußte ihm ein Geschwür nahe des Kehlkopfs entfernt werden. Sein Leben endete mit 57 Jahren am 15. Juni 1888. Nichts spricht dafür, daß er seiner Regentschaft einen besonderen Stempel aufgedrückt hätte. Dafür war seine Persönlichkeit zu einfach strukturiert gewesen.

Olaf Haselhorst

Einheitsmurks

Dirk Laabs: *Der deutsche Goldrausch. Die wahre Geschichte der Treuhand,* München: Pantheon 2012. 384 S., 16.99 €

Eine ähnlich zähe Legende wie die von der politische Einheit stiftenden Rolle des Euro ist jene vom Erblühen des Marktsystems aus den Industrieruinen der DDR durch die segensreiche Wirkung der Treuhandanstalt. Dirk Laabs kann eindrucksvoll nachweisen, daß deren Fehlentscheidungen und Korruptionsskandale nicht nur eine Einheit in gegenseitigem Respekt verhinderten, sondern ökonomisch mehr Schaden anrichteten als Nutzen bewirkten. Nicht allein, daß die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben der Treuhand mit Schlußbilanz von 1994 von 4,1 auf 1,2 Millionen gesunken war und Privatisierungserlösen von 76 Milliarden die Kosten von 332 Milliarden gegenüberstanden, in denen auch die gezahlten Schmiergelder steckten, nicht nur, daß die von der Treuhand erzeugten Schulden von 250 Milliarden in die »Erblastenfonds« eingingen, waren es noch spürbarer das imperiale Auftreten der neuen westdeutschen Chefs, die Bonussysteme für Geschäfte und Privatisierungen und die mangelnde Kompetenz des übernehmenden Personals und der Lobbygruppen, die Schaden anrichteten, ganz zu schweigen von der Vereinigungskriminalität. Abgewehrt wurden diese Vorwürfe stets mit dem nachvollziehbar wirkenden, im Detail aber klar zu differenzierenden Vorwurf, die DDR-Industrie wäre durchweg marode gewesen.

Die nach Detlev Rohwedders Ermordung die Treuhand führende Birgit Breuel hatte schon vor der Wende im Westen neoliberal missioniert. Ihr Ansatz im Osten: Schnell und um jeden Preis privatisieren, dann die neuen Eigner subventionieren, am Ende im Zweifel stillegen, um so Konkurrenz auszuschalten. Laabs zeigt, daß die wenigen Beispiele gelungener Privatisierung eher gegen das Treuhand-System zustande kamen. Durch die unmittelbare Entfesselung des Marktes und die totale Privatisierung eines als Volkseigentum deklarierten Staatseigentums wurde der Preis der Einheit durch hohe fiskalische Kosten aufgebläht. Der Privatisierung der Erlöse für wenige stand am Ende die Sozialisierung der immensen Verluste für alle gegenüber.

Heino Bosselmann

Marxismus kontra links

Alexandre Kojève, George Lichtheim, Noam Chomsky u.a.: *Dialektische Untersuchungen. Philosophica et philologica minora. Für Henning Ritter,* hrsg. von Stefan Dornuf, München: Müller & Nerding 2012. 128 S., 12 €

Mit einem furiosen »Salut für Henning Ritter« anläßlich der Verabschiedung des langjährigen Leiters der »Geisteswissenschaften« bei der *FAZ* eröffnet Stefan Dornuf seine »dialektischen Untersuchungen« – ein so schmales wie gehaltvolles Bändchen, in dem der stets originelle Privatgelehrte und brillante Polemiker vorwiegend eigene philosophische Essays, aber auch bislang unveröffentlichte Texte von Alexandre Kojève und Noam Chomsky versammelt hat und als besondere Rarität einen Hegel-Vortrag von Reinhold Oberlercher präsentiert, worin der rechtsextreme »Nationalmarxist« sich als exzeptioneller Kenner des deutschen Idealismus ausweist. Daß am Marxismus gerade dessen konservative Züge das Interessanteste seien – wie der vom Herausgeber hochgeschätzte Ernst Nolte befand –, wird durch diese Publikation schlagend bestätigt. Immerhin ist Dornuf bei den konservativen Marxisten Leo Kofler und Wolfgang Harich in die Lehre gegangen, die sich stets freimütig zur deutschen Nation bekannten. In den Fußstapfen des doktrinären Karl Marx, der die »Linken« Lassalle, Proudhon, Bakunin schärfer attackierte als den konservativen Hegel, geht Dornuf mit starken Worten gegen Habermas und die hedonistischen, humanitaristischen und multikulturalistischen Verfallsformen des Liberalismus in die Offensive. Daß er sich dabei an die Gebildeten unter dessen Verächtern wendet, muß Dornuf angesichts der von ihm beklagten Geistesarmut der Linken wie der von Freund Maschke beanstandeten Lesefaulheit der Rechten freilich zur Verzweiflung treiben: »Wo nur steckt das Bil-

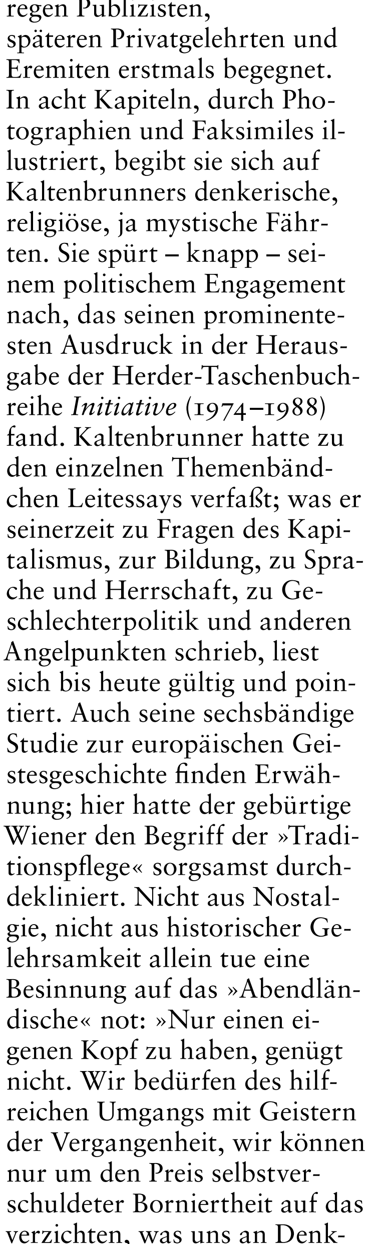
dungsbürgertum, wenn man es am nötigsten braucht?«
In der Tat kreist diese Essaysammlung um »Denker obersten Ranges« wie Carl Schmitt, Arnold Gehlen, und Theodor W. Adorno – übrigens ohne sich darum zu scheren, daß einige dieser Klassiker politisch schwer belastet sind. Denn die leichtgewichtigen Ersatz-Klassiker unserer Tage haben vergleichbar fruchtbare Konzepte und freisinnige Kontroversen nimmermehr zu bieten. Unverhohlen gibt Dornuf der *political correctness* die Schuld am eklatanten Niveauverfall der deutschen Intelligenz und bringt den genuin autoritären Marxismus, dessen philosophisches und historisches »Wissen« er wieder in seine alten Rechte einsetzen will, gegen eine dekadente Linke in Stellung, die nur mehr über eine libertäre oder moralistische »Gesinnung« verfüge, deren intellektuelle Dürftigkeit sich in »sentimentalem Allerweltsverbesserertum« und folkloristischer Anbiederung an Randgruppenbefindlichkeiten offenbare. In Anbetracht des untergegangenen Bildungsbürgertums sei dieses Buch um so eindringlicher all jenen empfohlen, die in der Lücke zwischen den Enden des Mohlerschen Hufeisens ihren Ort zum Lesen gefunden haben.

Siegfried Gerlich

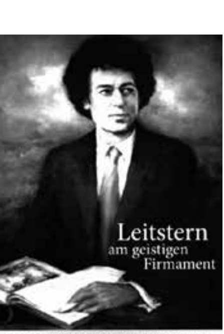
Tolle lege!

Magdalena S. Gmehling: *Leitstern am geistigen Firmament. Erinnerungen an Gerd-Klaus Kaltenbrunner,* Kißlegg: Christiania-Verlag 2012. 128 S., 9.95 €

Wir sehen auf der einen Seite einen großen Geist und Denker, einen, der mal als »absoluter Superstar der Konservativen« (Claus Leggewie) plakatiert wurde. Auf der anderen Seite haben wir eine Lehrerin, ein paar Jahre nach ihrem Idol geboren, die ersterem als »Leitstern am geistigen Firmament« huldigt. Magdalena S. Gmehling nähert sich



entlang eines langjährigen Briefwechsels und einiger persönlicher Begegnungen dem Philosophen und Universalgelehrten Gerd-Klaus Kaltenbrunner (1939–2011; siehe *Sezession* 28/2009); sie tut es obendrein in einer poetischen, innerlichen Sprache. Kann ein solch heikles Unterfangen – dazu hinter ästhetisch streitbarem Bucheinband – gutgehen? Und ob!



Daß Gmehling keine vertiefte Auseinandersetzung mit Kaltenbrunners (kultur-)politischem Schrifttum liefern will, schickt sie voraus; ebenfalls, daß eine solche hocherwünscht wäre.
1992 war die Autorin dem ehemals regen Publizisten, späteren Privatgelehrten und Eremiten erstmals begegnet.
In acht Kapiteln, durch Photographien und Faksimiles illustriert, begibt sie sich auf Kaltenbrunners denkerische, religiöse, ja mystische Fährten. Sie spürt – knapp – seinem politischem Engagement nach, das seinen prominentesten Ausdruck in der Herausgabe der Herder-Taschenbuchreihe *Initiative* (1974–1988) fand. Kaltenbrunner hatte zu den einzelnen Themenbändchen Leitessays verfaßt; was er seinerzeit zu Fragen des Kapitalismus, zur Bildung, zu Sprache und Herrschaft, zu Geschlechterpolitik und anderen Angelpunkten schrieb, liest sich bis heute gültig und pointiert. Auch seine sechsbändige Studie zur europäischen Geistesgeschichte finden Erwähnung; hier hatte der gebürtige Wiener den Begriff der »Traditionspflege« sorgsamst durchdekliniert. Nicht aus Nostalgie, nicht aus historischer Gelehrsamkeit allein tue eine Besinnung auf das »Abendländische« not: »Nur einen eigenen Kopf zu haben, genügt nicht. Wir bedürfen des hilfreichen Umgangs mit Geistern der Vergangenheit, wir können nur um den Preis selbstverschuldeter Borniertheit auf das verzichten, was uns an Denkweisen, Einsichten und Geistesrichtungen überliefert ist«, wird aus einem Brief zitiert.
Interessanter ist für Gmehling jedoch der fromme Katholik Kaltenbrunner, dessen »fast kindliche tridentinische Treue« sie tief ergriffen hat.
Gmehlings Spurensuche ist durchaus persönlich. Es ist hingegen keine unangenehme Intimität, sondern ein auch sprachlich eloquentes Erinnerungsbuch. Ihre teils künstlerische, emphatische Tonlage gemahnt bisweilen an Elisabeth Langgässers *Prosperina;* nur in Einzelfällen (»unsere Blicke kreuzen sich«) erscheint dieser Zugriff als Gratwanderung.
Kaltenbrunners geistige Unabhängigkeit beschreibt sie als total und radikal; in seiner Persönlichkeit integrierte er Züge, die nur scheinbar sich widersprachen: Der »dichterische Mensch« und leidenschaftliche Gärtner Kaltenbrunner, der in seinen späteren Lebensjahrzehnten jegliches »Geschwätz« so sehr ablehnte, daß er sämtliche Kommunikationsmittel aus seinem Haushalt verbannte – Gmehling spricht von »Weltüberdruß« –, war Aufklärer und Romantiker, Konservativer und Revolutionär, Anarchist und Hierarchist zugleich. Der Autorin gelingt es, diese Wesenszüge und Affekte zu verdeutlichen. Kaltenbrunner gilt als Wiederentdecker Hugo Balls. Er stimmte mit diesem »Narren in Christo« überein, daß es nur eine Macht gebe, die der Auflösung gewachsen sei: der Katholizismus, der hingegen mit der modernen Kirche wenig zu tun habe.
Tolle lege!, nimm und lies!, ruft Gmehling ihren Lesern wiederholt zu; ein guter Rat. Ein bislang unveröffentlichter Essay Kaltenbrunners über Theodor Haecker, den geistigen Mentor der Geschwister Scholl, sowie die profunde Grabrede (Georg Alois Oblinger) zu Kaltenbrunners Beerdigung ergänzen das Buch.

Ellen Kositza

Heeresbericht

Über Edlef Köppens Roman *Heeresbericht* – erschienen 1931 – urteilte Gottfried Benn: »Das Buch ist nicht nationalistisch und nicht pazifistisch, es ist groß und wahr.« Er hat recht. Mit Ernst Jünger »Wann hat dieser Scheißkrieg ein Ende?« zu fragen und die Materialschlachten des Ersten Weltkriegs als »Stahlgewitter« und »inneres Erlebnis« zu deuten, ist eine Möglichkeit. Wie Erich Maria Remarque »im Westen nichts Neues« zu sehen, ist aufgrund des Heiner-Geißler-Tons keine Option. Aber mit Edlef Köppen den Gang des Kriegsfreiwilligen Reisinger vom einfachen Kanonier zum Leutnant



der Artillerie und Führer einer Batterie zu machen, Teil der Schnellfeuer-Maschinerie zu werden, zerfetzte Kameraden zu sehen, im Urlaub nicht zurechtzukommen und nach und nach zu einem inneren Aufstand gegen das unausgesetzte Töten zu gelangen – das wiederum scheidet nicht aus: Das ist nach vier Jahren Kampf, Tod, Hunger und Dreck nachvollziehbar, zumal es bei Reisinger nicht in Meuterei endet, sondern – nach Pflichterfüllung bis zuletzt – in einem klaren »Ego non« (das ihm die Irrenärzte nicht abnehmen).

Köppens Roman ist ein Montage-Roman, Walter Kempowski hat diese Technik später auf die Spitze getrieben, und solche Bücher eignen sich vortrefflich dazu, mit verschiedenen Sprecherstimmen eingelesen zu werden. Im Falle Köppens hat der Hamburger Regisseur und Künstler Karmers die Montage vier Jahre lang nochmals ummontiert, rund 30 Sprecher beteiligt und am Ende in Zusammenarbeit mit der kleinen, feinen Edition Apollon (wir besprachen bereits den dort erschienenen *Waldgang* Ernst Jüngers) ein Hörbuch vorgelegt, das auf elf CDs dreizehn Stunden dauert (Königswusterhausen 2012, 39.90 €). CD-Box und Beiheft sind aufwendig und suggestiv gestaltet, die Sprecher glänzend ausgewählt, die Tonqualität hervorragend, der Preis angemessen. Obwohl die Versuchung groß sei, höre sich »kein Mensch 13 Stunden Hörbuch an«, befand man in einer Kritik. Warum nicht? Wir haben nebenher zwei Räume gestrichen.

Kontakt: www.edition-apollon.com

50 Jahre SWG

Die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (SWG) ist eine jener konservativen Organisationen, an deren Werdegang man die Verschiebung des politischen Koordinatensystems in Deutschland exemplarisch studieren kann. Gegründet wurde die SWG am 9. April 1962 durch unionsnahe, überregional bekannte Publizisten, Wirtschaftsleute und ehemalige Militärangehörige. Die Grundhaltung war betont antikommunistisch, die Arbeitsweise typisch für metapolitische Bildungsorganisationen: Vortragsreihen, Publikationen, Anzeigenkampagnen, Aufrufe. Man kam aus der Mitte der Gesellschaft, verfügte über Mittel und konnte Bundesminister, Hochschulprofessoren und hohe Offiziere für Vorträge und als Autoren gewinnen.

Zeitgeschichtlich interessant sind die Zersetzungsversuche, denen die SWG aus der DDR ausgesetzt war. Anzeigenserien gegen die Ostpolitik Willy Brandts waren der Auslöser für eine personelle Katastrophe: Der Geschäftsführer der SWG, »Wolfgang Sinnemann«, setzte sich 1972 spurlos ab, nachdem er kurz vor der Bundestagswahl CDU und CSU durch »Enthüllungen« aus der Arbeit der SWG in Erklärungsnot zu bringen versucht hatte.

Dargestellt ist diese Geschichte in einer Sonderausgabe des SWG-Magazins *Deutschland-Journal* (»50 Jahre«, Hamburg 2012, 2.50 € zzgl. Porto). In diesem Heft sind außerdem einige programmatisch wichtige Vorträge der vergangenen Jahrzehnte abgedruckt und interessante Dokumente zur Arbeit der SWG aufgenommen.

Kontakt: SWG, PF 261827, 20508 Hamburg, www.deutschlandjournal.de (dort ist auch das Sonderheft vollständig online abrufbar).

Deutschlands verstörendste Jugendbewegung

Welche mag das sein? Wolf Schmidt nennt sie eine Bewegung »wütender junger Männer«, vereinzelt seien Frauen beteiligt. Oft kommen sie aus schwierigen sozialen Verhältnissen, aber auch Abiturienten finden sich darunter. Sie hassen Homosexuelle und Andersdenkende, tauschen im Netz ihre menschenverachtenden Haßbotschaften aus, planen Attentate und führen diese vereinzelt auch durch. »Hysterisch sollte man deshalb nicht werden«, findet Schmidt. Es gäbe in Deutschland nur wenige tausend dieser »jungen Leute«. Unmut über die Mißstände in ihrem Land treibe diese »jungen Männer und Frauen« an, die liberale Gesellschaft und das System seien ihnen zuwider.

Wird hier etwa neugierig eingetaucht in die rechtsradikale Szene, werden deren Motive und Selbstverständnis herausgearbeitet? Nein, *taz*-Journalist Schmidt berichtet nach ausgiebiger Recherche »differenziert« über junge Islamisten. Schmidt fand heraus, daß viele dieser deutschen Gotteskrieger – die Yassin oder auch Daniel heißen können – »durch Zufall in diese Szene« kamen, »in vielen Fällen hätte es genauso gut die NPD sein können.« Schmidts Buch (*Jung, deutsch, Taliban*, 206 S.) war im Frühjahr im Christoph Links Verlag erschienen, kurz darauf hat es die Bundeszentrale für politische Bildung in ihr Programm genommen. Nun kostet es ein Viertel des Verlagspreises. Bestellbar für 4.50 € bei der BpB, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, im Netz unter www.bpb.de.

Ausnahmezustand, hier und jetzt

»Widerstand ist gegenwärtig immer Widerstand gegen die Marktgetriebenheit der Massen und ein Marktgebaren, das die Politik beherrscht – ökonomisch, ökologisch und sozial sowieso, aber auch kulturell, insofern sich beispielsweise Bildung auf die Aus-Bildung von Markttauglichkeit reduziert findet. … Da die Systemparteien konsequent lobbyistisch zugunsten des Status quo agieren und die Linke tendenziell auf Kooperation und Koalition setzt, ist vom Parlamentarismus keine entscheidende Korrektur zu erwarten, sondern nur Krisenmanagement zugunsten der Finanzindustrie sowie eine weitere Marginalisierung der Nation im Rahmen der als Völkerverständigung propagierten Globalisierung des Kapitals. Widerstand ist insofern nicht undemokratisch, schon gar nicht grundgesetzwidrig, aber vielfach nur außerparlamentarisch möglich. … Es ist das Los des Widerstandes, daß er von verunglimpften Minderheiten ausgeht, so wie es das Los der Mehrheit ist, verzweifelt an überholten Versorgungs- und Wohlstandsversprechen zu hängen, weil im weitesten Sinne die Kraft zur Bewegung fehlt.« Die aktuelle Ausgabe der *hier&jetzt* ist katalogdick und umfaßt neben den zitierten Ausführungen Martin Ebels (»Zur Legitimation moderner Radikalität«) u.a. Aufsätze von Alain de Benoist (»Der Reichsgedanke«), Chefredakteur Arne Schimmer (über den »permanenten Ausnahmezustand«, der durch die Causae NSU und Buback-Mord offengelegt worden sei), ein Interview mit Paul E. Gottfried (der einen Militärschlag Israels gegen den Iran befürwortet) sowie zahlreiche Buch- und Musikbesprechungen. Ausgabe 18 der *hier&jetzt* umfaßt 166 Seiten und ist für 8.50 € zu erwerben über das Bildungswerk für Heimat und nationale Identität, Pf 320133, 01013 Dresden (www.hier-und-jetzt-magazin.de).

Quester im Tigerfell

Anfang der neunziger Jahre schwoll nicht nur der Straußsche Bocks-, sondern auch der Questengesang an: Der eine brauste als ungewohnter Ton durch den Kulturbetrieb; der andere erklang im »Holden Reich« eines nur wenigen bekannten Dichters aus Nordhausen, der fast sein gesamtes Leben in der »Goldenen Aue« – derjenigen seiner Dichtung und der zwischen Harz und Kyffhäuser gelegenen – verbracht hatte. Auf verschlungenen Pfaden waren Manuskripte von ihm bereits über die innerdeutsche Grenze gelangt, in die kundigen Hände etwa von Ernst Jünger, der ihnen »das Kennzeichen der Autorschaft« zusprach, ihren Verfasser »eher isländisch als meridional« empfand und letztlich doch sagen mußte: »Ich finde keine Vergleiche.«

Wie selbstverständlich trat der Unbekannte nun hervor, veröffentlichte einen gemeinsamen Band mit Arno Breker, wurde in den Feuilletons



besprochen, gab Interviews und in einem kleinen Verlag erschien die zehnbändige Werkausgabe des damals erst in der Lebensmitte Stehenden. Seine erstaunlichen Bücher tragen Titel wie *Scharlach und Schwan, Die Häupter der Hydra* und *Was der Schatten sprach.*

Bald verharrschte das geistige Tauwetter wieder, und der Normalbetrieb wurde von Grass und Jelinek, einer rot-grünen Regierung und der »Generation Golf« weitergeführt. Noch ein Gedichtband, *Halkyon,* erschien 1997, dann wurde es still um »den Meister«, wie ihn seine Freunde und Kenner mit Bewunderung und einem Schuß Humor nennen; leider kam es zu schmerzlichen Trennungen von alten Weggefährten, und nicht wenige glaubten, der Dichter sei nun für immer verstummt. Tatsächlich schrieb er im Verborgenen weiter, besang den heimischen Garten und ferne mythische Welten, »Tigridia«, »Trojaburg« und den »Traum von Angkor«, und hat nun auch wieder einen Verlag gefunden. Soeben erschien im Telesma-Verlag – lange erwartet und nach einer kleinen Odyssee – ein Gedichtband, der einen Beinamen Shivas, des indischen Schamanengottes und »Tänzers im Tigerfell«, als Titel trägt: *Lingaraja.* Darin sind nun endlich in fünf Abteilungen über hundert neue Gedichte Rolf Schillings zugänglich gemacht, schön ausgestattet vom Verleger Baal Müller. Jener ist ja auch der Verfasser des Autorenportraits über Schilling, das in *Sezession* 45 (Dezember 2011) veröffentlicht wurde.

Rolf Schilling: *Lingaraja,* Treuenbrietzen: Telesma-Verlag 2012, 320 S., 19,80 €.

Nur für zwei Dinge lohnt es sich, innerhalb einer Gesellschaft zu kämpfen: daß Recht herrsche sowie Meinungsfreiheit gelte.

Wer beides garantiert, und sei es der Zar oder der Kaiser, ist der Freund, wer es angreift, und sei es die Demokratie oder die »Zivilgesellschaft«, ist der Feind.

(Michael Klonovsky, www.michael-klonovsky.de)

www.sezession.de